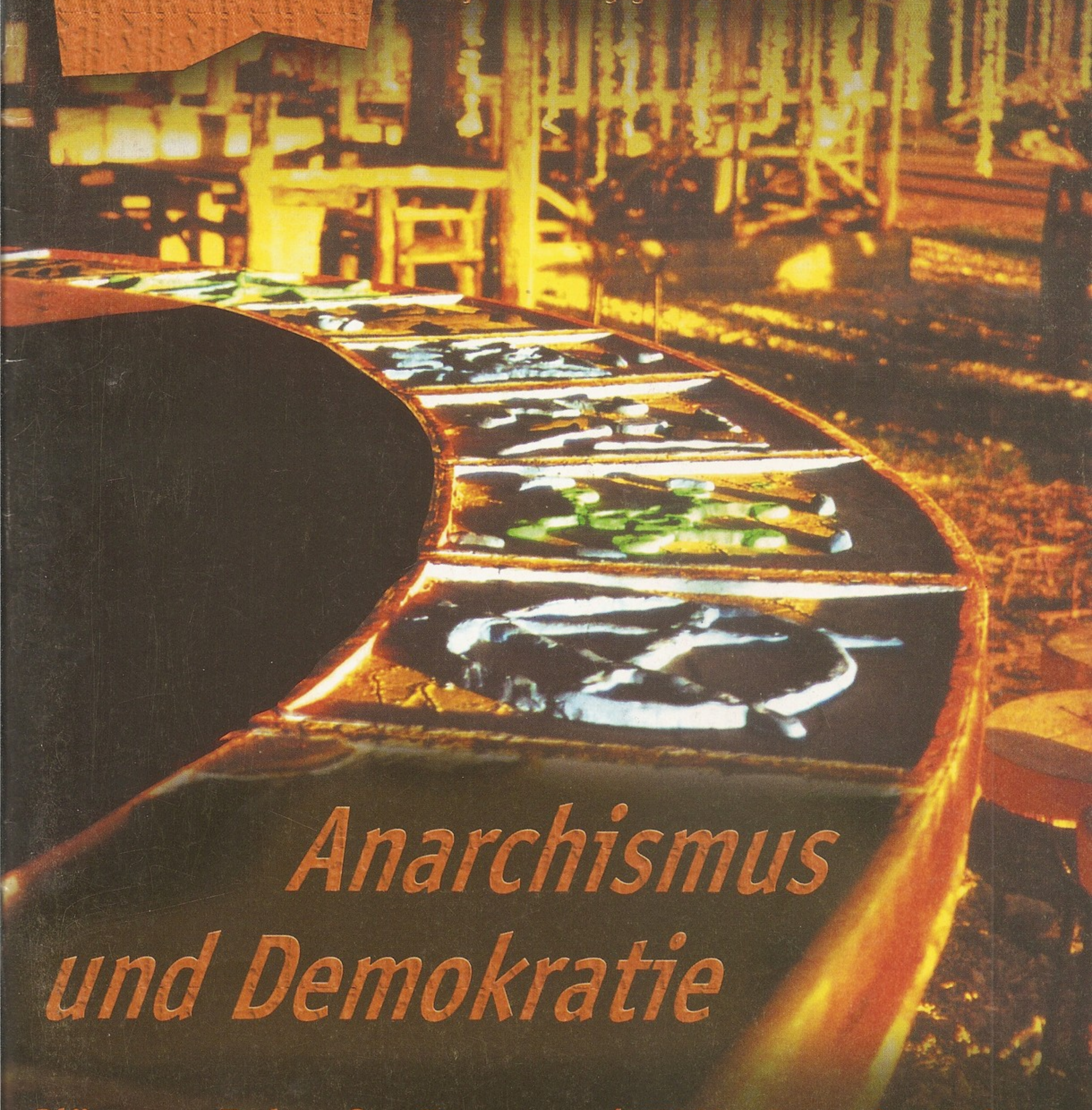
Nr.72 21.Jahrgang 2/2001 8,– DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahreschrift gegen Frust und Arbeit



Anarchismus und Demokratie

Gläserne Zukunft Zapatour/EZLN Austria-Kultur



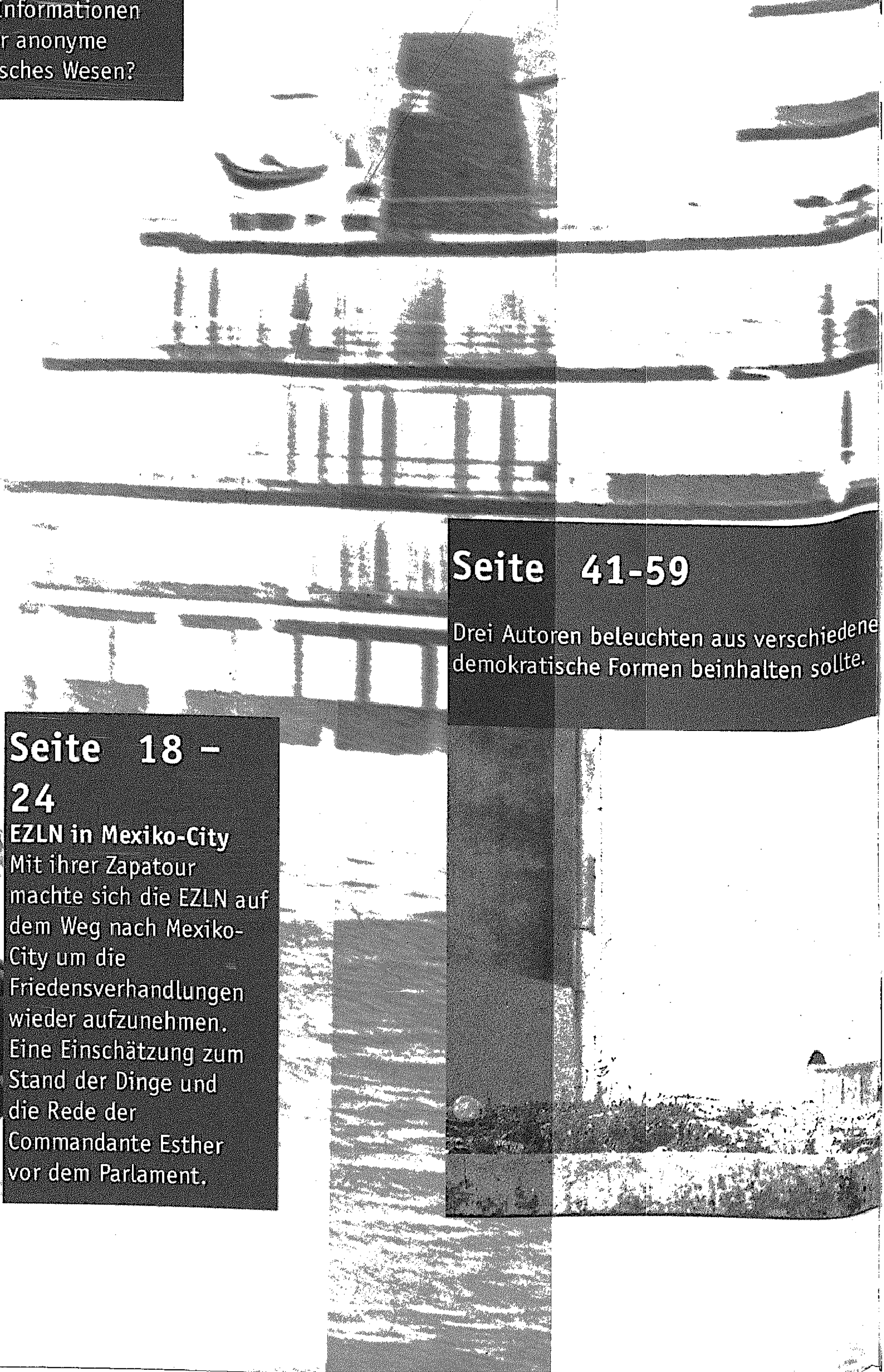
Seite 8 – 13

Gläserne Zukunft oder Orwell as usual?
In der Informationsgesellschaft wird Information zur Ware und das Sammeln von Informationen zum profitablen Geschäft. Ist der anonyme Bürger bald nur noch ein historisches Wesen?



Seite 14 – 17

Kultur ... und warum wir in einer klassenlosen Gesellschaft keine brauchen.
Es ist hart zur Zeit in Österreich zu leben.



Seite 41-59

Drei Autoren beleuchten aus verschiedene
demokratische Formen beinhalten sollte.

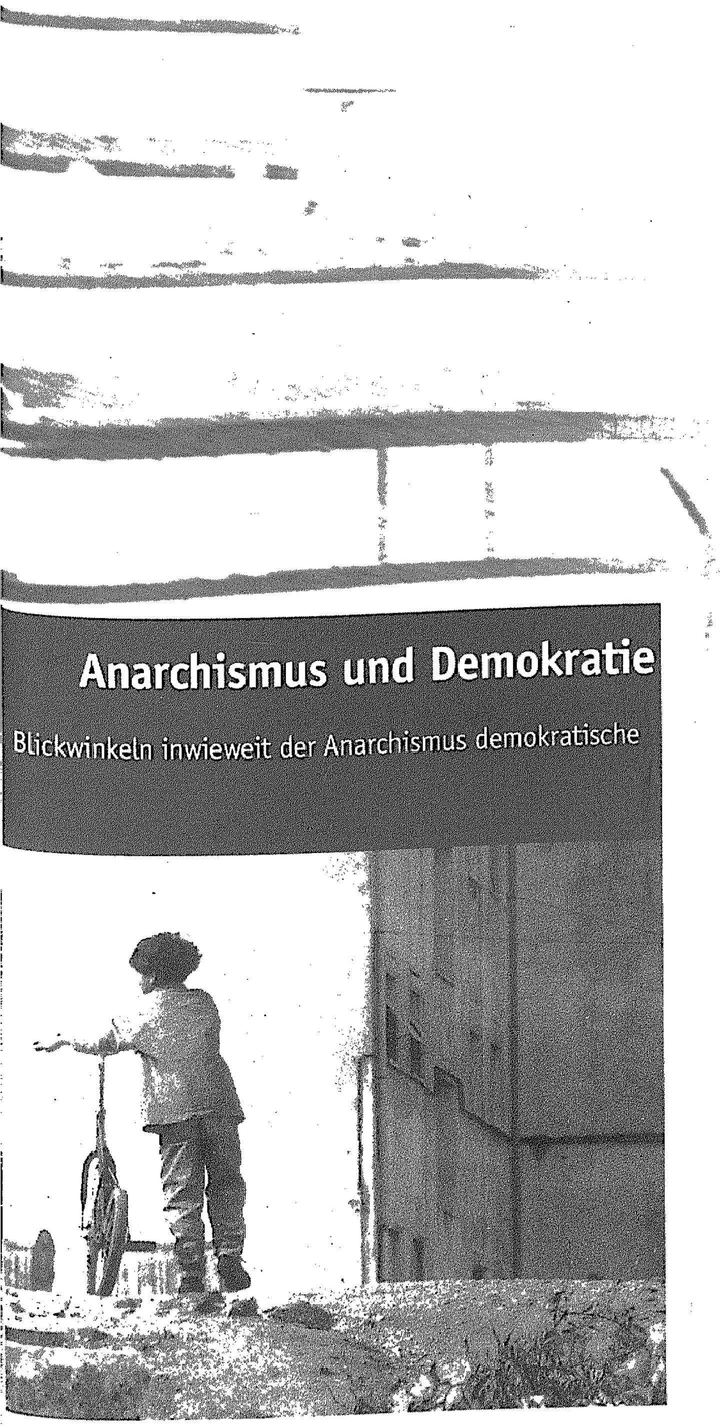


Seite 18 – 24

EZLN in Mexiko-City
Mit ihrer Zapatour machte sich die EZLN auf dem Weg nach Mexiko-City um die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen. Eine Einschätzung zum Stand der Dinge und die Rede der Commandante Esther vor dem Parlament.

Inhalt

Nr.72



Titelfoto: Herr Jakob Hintergundfoto: Umbruch Bildarchiv

Wenn der Kanzler dem Volk nach dem Mund redet, kommt selten Niveauvolleres dabei heraus, als wenn er sich seine Reden gleich schreiben lässt. Dabei ist es egal, ob er seine plötzliche wahltaktische Liebe für den Fussballclub Energie Cottbus mit leeren Fussballweisheiten und weissrotem Schal outet, oder in scheinbarer aufgesetzter und leicht zu durchschauender Bescheidenheit, aber mit gewundenden Sätzen das Bundeskanzleramt einweiht, oder aber ob er den Stammtischparolen, wonach viele Arbeitslose »Drückeberger«, viele Lehrer »faule Säcke« seien, aufs Heftigste entspricht, indem er erfindet, das »Recht auf Faulheit gibt es nicht«.

Nun wissen wir ja seit längerem, dass die Sozialdemokraten ihren Marx nicht mehr kennen, weshalb also sollten sie gar dessen Schwiegersohn Paul Lafargue noch kennen? Beide wurden bereits zu Bismarcks Zeiten mit den Sozialistengesetzen entsorgt. Aber leider hat unser Volksbeauftragter noch nicht mal die Zahlen im Kopf, denn wie sollen wir uns die 323.000 ehemaligen Arbeitslosen allein in Baden-Württemberg erklären, die in einem einzigen Jahr, nämlich 2000, wieder Arbeitsverhältnisse eingingen? Wir geben gern zu, dass unser Lafargue-Reprint diese Leute nicht rechtzeitig erreicht hat, um sie eines Besseren zu belehren, aber vermutlich würden sie uns eh zustimmen, wäre da nicht ein Problem: das soziale Elend unter Arbeitslosen und die gesellschaftliche Ausgrenzung von Langzeitarbeitslosen, die sie wieder in den Arbeitsprozess zwingt.

Schröder, der Ausgrenzer.

Aber Hauptsache Schröder kann es mit den Medien, und wenn »man« es mit denen kann, wird »man« wiedergewählt. Aber was ist, wenn die Medien eines Tages erkennen, dass es eine neue Form des Arschkriechertums gibt, nämlich das wortreiche, aber inhaltslose Kriechen in den Arsch der Medien? Dann werden sie anfangen, die gewundenen Sätze genüsslich zu zitieren und wir können uns das bedeutungsschwangere Hin und Her auf der Zunge zergehen lassen, wie im Fall des Abschieds vom Staatsratsgebäude zugunsten des neuen Kanzleramts imTiergarten: »Ich bin gern hier gewesen. Weil es mitten in der Stadt ist, weil es ein Gebäude mit sehr vielen historischen Traditionen, ja Brüchen, ist - jedenfalls hat es die erlebt. Und wenn ich mitgeplant hätte beim Neubau, dann hätte ich gesagt: Habt ihr's nicht ein bisschen kleiner?« (Schröder, Originalton)

Das hat doch was, oder? Und bescheiden der Mann!

Aber es brökelt schon; die New York Times hat kürzlich den neuen Begriff »Schröderism« geprägt. Was darunter zu verstehen ist? Am Beispiel von Schröders enger Freundschaft zu Putin und den USA wurde der »Schröderism« ganz genau beschrieben: drei Schritte in Richtung Putin, zwei zurück zu Bush, ein Nicken hier, ein Nicken da....

Ob die Masche zieht?

Wenn nicht, dann könnte man ja noch über den Teich schauen und von George W. Bush lernen, der wird weitgehend unterschätzt in Europa. Viele denken, er wäre dumm, nur weil er kurz vor seiner Amtseinführung erkennen liess, dass er noch nicht mal wusste, wie in Europa seine Kollegen heissen. Das ist ein krasses Fehlurteil, George oder »Baby Bush« wie er in den USA auch genannt wird, ist alles andere als dumm, er ist Präsident und Sprachschöpfer.

Und wenn man bedenkt, dass er doch einiges zu tun hat, wenn er weiterhin seine Spionageflugzeuge nach China schicken will und wenn er die gesamte Umweltpolitik seines Vorgängers »überprüfen« muss, und das Kyoto-Abkommen zur Reduzierung der Treibhausgase industrieverträglich unterlaufen will, uvam., dann gehört doch einiges dazu, wenn man gleichzeitig sprachschöpferisch tätig wird. »Bushism« nennt man das inzwischen in den USA und die »Bushisms« häufen sich, und uns kommt da eine Assoziation, da gab es doch mal so etwas ähnlich Nettes in der alten BRD, einen Präsidenten genannt Lübke, der hat ganze Bücher vollgeschrieben mit »Lübke-Englisch« a la Du und ich und Deutsch directly into English without circumstances, George wird es ihm gleichtun. Es darf fleissig mitgeschrieben werden, dabei hat er ganz einfach angefangen und nur immerzu einzelne Worte wiederholt, »tax cut, tax cut« (Steuerreduzierung) hat er gerufen, bis ihn die ganze US-Armee gewählt hatte.

Aber seither läuft er zu grosser Form auf, etwa wenn er seinen Kritikern vorhält: »They misunderestimated me«. (Bentonville, 6.11.2000) Eine geniale Verdopplung aus der Verbindung »misunderstood« (missverstanden mich) und underestimated (unterschätzten mich). Mit der mangelnden Anerkennung hat er zu kämpfen, deshalb thematisiert er es offen: »I think anybody who doesn't think I'm smart enough to handle the job is underestimating.« (U.S. News & World Report, 3.4.2000) (Ich glaube ein jeder, der nicht daran glaubt, dass ich gut genug für den Job (des Präsidenten) bin, untertreibt.) Aber immerhin steht er zu seinen Wortschöpfungen: »I've coined new words like 'misunderstanding'«. (Radio-TV, 29.3.2001) (»Ich habe neue Worte gepägt wie 'missverstehen'« - nun das gab es natürlich schon immer.)

Dafür kann er Spanisch, als Texaner eine klare Sache.

Bush: »First of all, Cinco de Mayo is not the Independence Day. That's diecisÈis de Septiembre, and....«

Matthews: »What's that in English?«

Bush: »Fifteenth of September«. (31.5.2000)

Ob in Texas auch andere Grammatikregeln gelten?

»You teach a child to read and he or her will be able to pass a literacy test.« (Tennessee, 21.2.2001) (Du unterrichtest ein Kind im Lesen und er oder ihr wird einen Literaturtest bestehen können.«)

Nur ein verbaler Ausrutscher, oder ein fundamental anderer Sprachgebrauch?

»And if you can't read, it's going to be hard to go to college. So when your teachers say, read - you ought to listen to her.« (Nalle Elementary School, Washington, 9.2.2001) (Und wenn man nicht lesen kann, ist es schwer ans College zu kommen. Wenn deshalb eure Lehrer sagen, lese - dann solltet ihr ihr zuhören.)

Als an seinen Fähigkeiten Zweifel aufkamen, verteidigte sich Shrub (Wort für Busch, wie er auch genannt wird): »The woman who knew that I had dyslexia - I never interviewed her.« (Orange, Calif., 13.11.2000) (Die Frau, die wusste, dass ich eine Lesestörung hatte - ich habe sie nie interviewt.)

Mit Aktiv und Passiv hat er es also auch nicht so, dafür weiss er ganz genau, was der Unterschied zwischen Exekutive und Legislative in einer Demokratie bedeutet:

»The legislature's job is to write law. It's the executive branch's job to interpret law. (Texas, 22.10.2000) (Die Aufgabe der legislative ist es Gesetze zu erlassen, die der Exekutive diese zu interpretieren.)

Nicht deutlich genug? Er macht es uns leichter:

»I am mindful of the difference between the executive branch and the legislative branch. I know the difference, and that difference is they pass the laws and I execute them.« (18.12.2000) (Ich denke an den Unterschied zwischen Exekutive und Legislative. I weiss den Unterschied und der ist, sie verabschieden die Gesetze und ich führe sie aus. Nett dabei ist, dass execute auch hinrichten heissen kann: »ich richte sie hin.«)

Noch irgendwelche Fragen?

»I think if you know what you believe, it makes a lot easier to answer questions. I can't answer your question.« (4.10.2001) (Ich denke, wenn man weiss, an was man glaubt, ist es viel einfacher Fragen zu beantworten. Ich kann Ihre Frage nicht beantworten.«)

Und was kann Bush nun eigentlich?

»This is what I'm good at. I like meeting people, my fellow citizens, I like interfacing with then.« (8.11.2000, Pittsburgh) (Ich kann sagen, worin ich gut bin. Ich mag es Leute zu treffen, meine Mitbürger, ich mag mich mit ihnen .... Bush nimmt interfacing, weil er vermutlich daran denkt, jemand ins Gesicht zu sehen, es müsste interacting (= austauschen) heissen, den interfacing ist ein Hauptwort und bedeutet »Einlage«.

Alexander Celso

Ein paar Highlights für Englischkundige:

»Dick Cheney and I do not want this nation to be in a recession. We want anybody who can find work to be able to find work.« (5.12.2000)

»I know the human being and fish can coexist peacefully«. (Michigan, 29.11.2000)

»We have the attitude that every child in America - regardless of where they're raised or how they are born - can learn. (18.4.2001, New Britain, Connec.)

»There's no such thing as legacies. At least, there is a legacy, but I'll never see it.« (31.1.2001)

»I confirmed to the prime minister that we appreciate our friendship.« (5.2.2001, an Canadas Premier Chrétien)

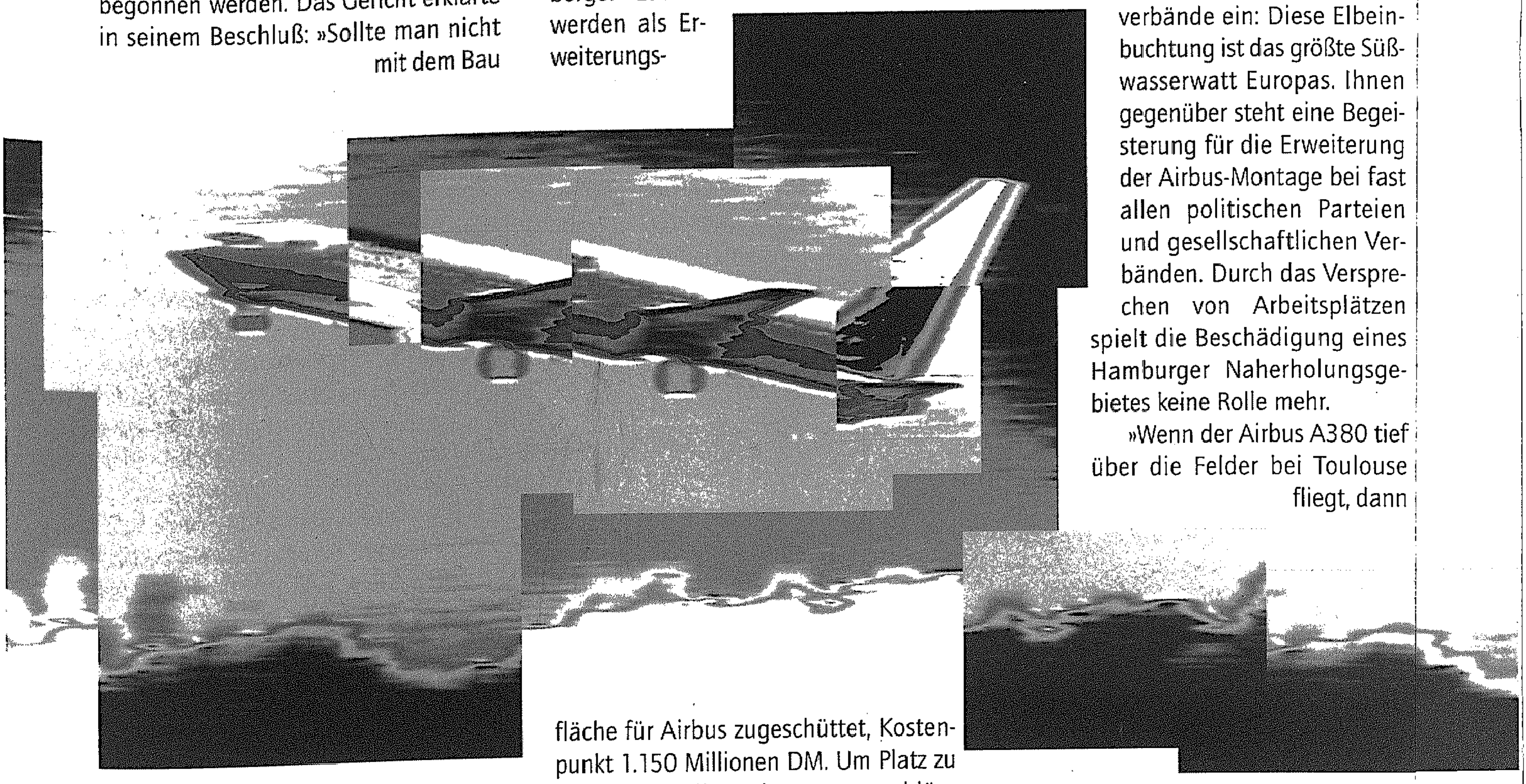
»The California crunch really is the result of not enough power-generating plants and then not enough power to power the generating plants.« (New York Times, Interview, 14.1.2001)

Lokalpatriotischer Standortwahn

Konflikt um Airbus-Werkserweiterung in Hamburg

Von Gaston Kirsche (gruppe demontage), Hamburg

Im Elbwatt darf gebaggert werden. Das Oberverwaltungsgericht Hamburg hat am 19. Februar abends den Baustopp aufgehoben für die Erweiterung des Airbus-Werkes Finkenwerder, einem Hamburger Stadtteil am Südufer der Elbe. Die 289 anhängigen Klagen gegen den Bebauungsplan werden zwar noch in der Hauptsache vor Gericht behandelt werden, aber in der Elbeinbuchtung Mühlenberger Loch kann ab sofort mit der Zuschüttung des Elbwattes für die Erweiterung des Airbus-Werksgeländes begonnen werden. Das Gericht erklärte in seinem Beschluß: »Sollte man nicht mit dem Bau beginnen können, wäre das Projekt auch dann endgültig gescheitert, wenn die Kläger später in den anhängigen Verfahren unterliegen würden.« Auf dieser Grundlage, so das Gericht, komme es im Rahmen seiner Interessenabwägung zu dem Ergebnis, dass die Nachteile eines weiteren Baustopps für die Behörde und die EADS schwerer wiegen als die der Kläger.

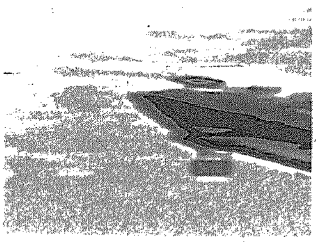


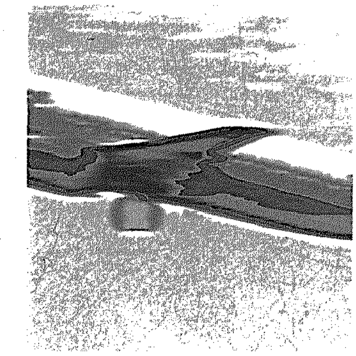
Das westeuropäische Airbus-Konsortium EADS spielte Standorte gegeneinander aus, drohte damit, den Airbus A 380 ausschließlich in Toulouse fertigen zu lassen, wenn es aus Hamburg im Februar keine rechtsverbindlichen Zusagen gibt. Auf Kosten der Stadt und der Natur wird nun ein Wattgebiet der Elbe bebaut werden. 160 Hektar des Mühlenberger Loches werden als Erweiterungsfläche für Airbus zugeschüttet, Kostenpunkt 1.150 Millionen DM. Um Platz zu schaffen für die Endmontage und längere Startbahnen für den neuen, großen Airbus A 380. Letztes Jahr hatte sich Hamburg gegen Rostock als alternativen Produktionsort durchgesetzt. Dabei wären in Rostock-Laaken bessere Voraussetzungen für die Produktion des Super-Jumbos gegeben: Platz für Werkhallen ist neben den kaum genutzten und geeigneten Startbahnen des Rostocker Flughafens vorhanden. Und es gibt viele qualifizierte Arbeitslose, auch Flugingenieure. Aber bei Standortentscheidungen geht es nicht nur um günstige Produktionsbedingungen. Die Chefs von Airbus lassen sich gerne von den Kommunen zusätzliche Geschenke machen in Form von Infrastruktureinrichtungen und politischer Rückendeckung für ihre Konzerninteressen. Darin ist Hamburgs SPD ebenso geübt wie beim Offerieren der sogenannten weichen Standortfaktoren.

Die 289 Klagen gegen die Werkserweiterung von Airbus kommen nicht nur von Anwohnern, die vermehrten Fluglärm befürchten. Es sind auch Bauern aus Hamburgs an das Airbus-Werk angrenzendem Obstanbaugebiet, dem »Alten Land«, die auf ihre Apfel- und Kirschbäume nicht für ein erweitertes Airbus-Gelände verzichten wollen. Für das einmalige und geschützte Feuchtbiotop Mühlenberger Loch, ein international anerkanntes Vogelschutzgebiet, setzen sich mehrere Naturschutzverbände ein: Diese Elbeinbuchtung ist das größte Süßwasserwatt Europas. Ihnen gegenüber steht eine Begeisterung für die Erweiterung der Airbus-Montage bei fast allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Verbänden. Durch das Versprechen von Arbeitsplätzen spielt die Beschädigung eines Hamburger Naherholungsgebietes keine Rolle mehr.

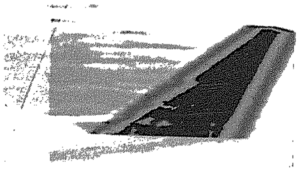
»Wenn der Airbus A380 tief über die Felder bei Toulouse fliegt, dann reißen die Bauern die Mütze vom Kopf und rufen »Vive la France!« Aber in Hamburg rennt der Bauer zum nächsten Telefon und beschwert sich sofort«. Horst Niehaus redete sich bei seiner Rede am

6. Februar ordentlich in Fahrt. Stichwortgeber für seinen Ausruf war ein Transparent mit der Aufschrift »Über Toulouse lacht die Sonne, über Hamburg die ganze Welt«. Als Betriebsratsvorsitzender im EADS Airbus-Werk Finkenwerder auf der Südseite der Elbe leitete er die Kundgebung. Niehus plapperte die Propaganda der Airbus-Werksleitung nach: Der A 380 sei die »größte Herausforderung in der Geschichte« von Airbus, deshalb hätte »die Sicherung des Standortes Hamburg jetzt absolute Priorität.« Dem Aufruf des Betriebsrates und der IG Metall waren 5000 Leute gefolgt, aus mehreren Airbus-Werken Norddeutschlands. Unter dem Motto »Arbeitsplätze für die Region - Welcome A 380« demonstrierten allein über 3000 Beschäftigte aus dem Airbus-Werk Finkenwerder nach der Mittagspause in die Hamburger City. Als





Betriebsversammlung deklariert, während der Arbeitszeit. Der Betrieb auf der Flugzeugwerft ruhte währenddessen. Das sei in diesem Fall aber OK, man ziehe schließlich an einem Strang, erklärte ein Sprecher der Airbus-Betriebsleitung. Den Produktionsausfall bezeichnete er als »Investition in die Zukunft«. Kaum verwunderlich, da auf der Kundgebung auch ein Vertreter der Handelskammer Hamburg eine flammende Rede für Investitionssicherheit bei Industrieprojekten halten konnte, für die er Applaus bekam von den anwesenden Gewerkschaftern. Die Kombination von roten IG Metall-Cappies und IG Metall-Fahnen mit Firmenaufklebern »Welcome Airbus« und Transparenten mit Werbeslogans für die Werkserweiterung von Airbus symbolisierte eine harmonische Betriebsgemeinschaft von Kapitalisten und Angestellten. Auf Transparenten wurde die Propaganda des Airbus-Konsortiums von ihren Angestellten präsentiert: »A 380 – der ist groß, 4000 Menschen nicht mehr arbeitslos!« Daneben das Firmenlogo »Welcome Airbus«. Auf Nachfrage bestätigten Airbus-Beschäftigte, dass sie an die Versprechen der Chefs von Airbus glauben. So eine junge Fluggerätemechanikerin: »Mit dem neuen Airbus können wir sicher sein, nach der Ausbildung übernommen zu werden«. Bärbel Ferwing, die als Konstrukteurin bei Airbus arbeitet, erklärte einem Reporter des Hamburger Abendblattes: »Wir sind hier, weil wir mehr Plätze für Auszubildende wollen.« Und dafür vertraut sie auf die Expansionspläne der Firmenleitung. Das Airbus auch nur ein Unternehmen ist, das auf Profitmaximierung orientiert ist und keine Arbeitsbeschäftigungsmaßnahme, war überhaupt kein Thema. Dabei gibt es im Airbus-Werk Finkenwerder gerade einen Konflikt um Überstunden: Laut einer betrieblichen Sonderregelung arbeiten 18 Prozent der Beschäftigten 40 statt der tariflich vereinbarten 35 Stunden. Airbus will diese Zahl jetzt sogar noch erhöhen. Die IG Metall ist im Prinzip dagegen, aber der Betriebsrat wird wohl zustimmen -im Interesse der Betriebsgemeinschaft. Das in den 90er Jahren reihenweise Fachkräfte entlassen wurden und seit dem durch Leistungsverdichtung und Rationalisierung weniger Beschäftigte mehr leisten müssen, davon redet eh keiner. 1995 plante Airbus mit dem Rationalisierungskonzept »Dolores« die rücksichtslose Entlassung von 2360 Beschäftigten. Vor sechs Jahren erreichten IG Metall und Betriebsrat durch ihren Protest eine teilweise Rücknahme der Massenentlassung. Heute rühren sie die Werbetrommel für den Airbus-Konzern. IG Metall, DGB und DAG haben sich in eine »Allianz für den A 380 in der Metropolregion Hamburg« einbinden lassen. In dem Appell dieser Allianz, der als ganzseitige Anzeige in hamburger Tageszeitungen erschien, wird das Interesse der Chefs und Aktionäre von EADS-Airbus zum Allgemeinwohl erklärt: »Niemand darf zu Lasten der Gemeinschaft sein Interesse durchsetzen, sondern die Metropolregion Hamburg verdient als Ganzes unsere Förderung. Entscheidend für eine gute Zukunft der Metropolregion Hamburg ist und bleibt eine florierende Wirtschaft. Der Bau des A 380 sichert auf mehr als eine Generation eine neben Seattle und Toulouse weltweit führende Stellung im Flugzeugbau, schafft und sichert tausende von Arbeitsplätzen...«. Das die Handelskammern und Industrieverbände der Region einen solchen Text gerne unterschreiben ist klar. Der Präsident der Hamburger Handelskammer Nikolaus Schües, ist denn auch federführend bei der Allianz dabei, um die Verwertungsbedingungen fürs Industriekapital abzusichern: »Wir brauchen unbedingt Erfolg für den A 380.« Schües versteht sein Geschäft, auch etwas Schreckensmalerei gehört dazu. Auf der Pressekonferenz der »Allianz für den A 380« prophezeite er, falls die Produktion nicht nach Hamburg käme, eine »erdbebenähnliche Erschütterung in ganz Norddeutschland. Dann bricht hier das Bestehende zusammen. Die Lage ist viel dramatischer, als es scheint.« Hamburgs Bürgermeister Ortwin Runde, SPD, sagte sofort eifrig seine Zustimmung zu: »Ich kann den Appell nur unterstützen.« Und Erhard Pumm, Vorsitzender des Hamburger DGB, versicherte der Handelskammer: »Da passt zwischen uns kein Blatt.« Die in Hamburg mitregierenden Grünen halten aus Koalitionsräson still oder beteiligen sich an der Standort-Beschwörung. So hat Bürgermeister Runde freie Fahrt für seine Phrasen: Er sei zuversichtlich, dass das Oberverwaltungsgericht »die europäische Dimension des Projekts« würdigen werde, was nur bedeuten könne, dass es »den Sofortvollzug für den Bau anordnet.«





Am 19. Dezember hat sich die EADS Airbus GmbH dafür entschieden, den neuentwickelten Super-Jumbo zu bauen. Das Großraumflugzeug A 380 wird bis zu 800 Passagieren befördern können und 16.000 Kilometer weit fliegen können -nonstop. Damit konkurriert das westeuropäische Airbus-

Konsortium das erste Mal in der Jumboklasse mit dem Marktführer Boeing aus Seattle. Aber nicht nur mit US-Firmen wird konkurriert: Auch die nationalen Firmen innerhalb von Airbus wetteifern darum, wer welche Produktionsanteile für welche Standorte sichert.

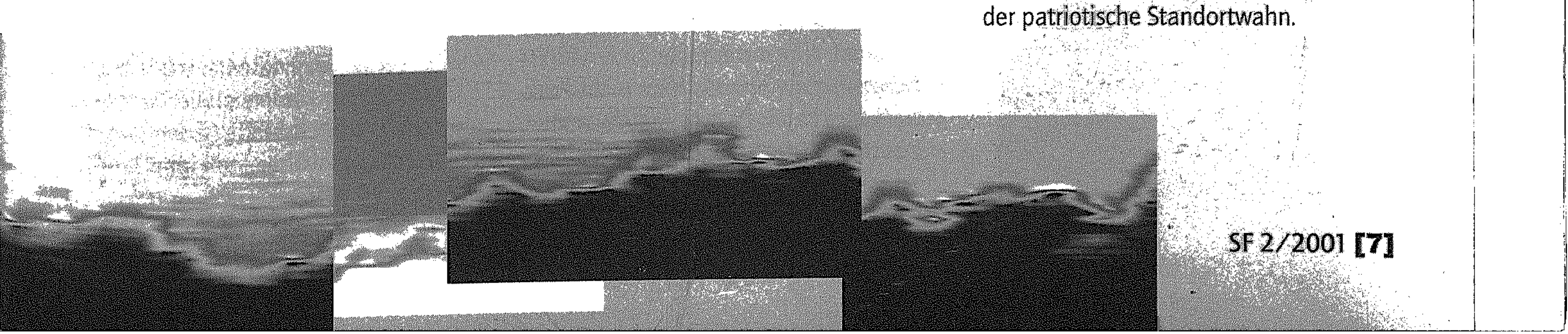
Die Stadt Hamburg hat sich in diesem Wettkampf frühzeitig engagiert. Beim Spazierengehen an der Elbe sind sie nicht zu übersehen: Die Informationscontainer von EADS Airbus auf den Anlegern der Elbbarkassen. Es wird einen Moment laut, wenn eine Beluga zur Landung in Finkenwerder ansetzt. Das riesige Transportflugzeug scheint in die Elbe zu stürzen. In den Belugas werden die Einzelstücke der bereits seit 1992 hier produzierten kleineren Airbusse zur Montage aus anderen Airbus-Werken eingeflogen. Auf Teufelsbrück, dem Anleger direkt gegenüber vom Airbus-Gelände auf der anderen Elbseite, klebt ein Aufkleber gegen die Werkserweiterung einsam am Infocontainer. Drinnen liegen Broschüren aus, mit Titeln wie »Hamburg -Die Standortalternative für den A3XX«. Verfasst von der Wirtschaftsbehörde, finanziert von der Stadt Hamburg. Auch große Buttons gibt es dort, bunt bedruckt mit einem Prototyp des A380 und dem Slogan »Arbeitsplätze für Hamburg«. Der Unterschied zwischen Privatwirtschaft und Behörde verwischt ebenso wie der zwischen Arbeitnehmerinteressen und Geschäftsführung.

Ende Januar schaltete EADS Airbus Vierfarbanzeigen. Dort verkündete scheinbar gar nicht die Geschäftsleitung die Airbus-Devise: »Am 19.12. 2000 hat Airbus Industrie beschlossen, die A 380, das größte Verkehrsflugzeug der Welt, zu bauen. Wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EADS Airbus...« Überschrift: »Wir wollen dabei sein!« Als Sympathieträger sind zwei Auszubildende abgebildet, im Text werden »4000 hochqualifizierte und dauerhafte Arbeitsplätze« angepriesen. Da der Firmenleitung aber kaum jemand widerspricht, wiederholen die Chefs von Airbus gerne diese Behauptung. Rainer Hertrich, einer der beiden Vorstandschefs von EADS Airbus, nannte kürzlich wieder die Zahl von 45.000 neuen Arbeitsplätzen bundesweit durch den A 380, davon über 4.000 in Hamburg. Auf Kritik, diese Prognose sei unrealistisch, antwortete er in einem Interview ungehalten: »Solche Überlegungen entbehren jeder Grundlage.« Stattdessen stellt Hertrich lieber der Stadt Hamburg ein Ultimatum: »Wenn der Termin gehalten werden soll, muss die Stadt bis Mitte Februar mit ihren Arbeiten anfangen. Schließlich soll der A380 im Jahr 2004 zum ersten Mal fliegen.« Nachdem das Verwaltungsgericht Hamburg am 19. Dezember per einstweiliger Verfügung einen Stopp des Baubeginns verfügt hatte, haben die Anwälte von EADS Airbus der zweiten Instanz, dem Oberverwaltungsgericht Hamburg, am 2. Januar einen eindeutigen Brief geschickt: nur noch bis spätestens 15. Februar sei eine Verzögerung des Baubeginns »unter Ausschöpfung aller Maßnahmen kompensierbar.« Ansonsten »wird die bereits früher erörterte Alternative (Toulouse) aufgrund der für Hamburg herrschenden Planungsunsicherheit erneut zum Gegenstand von Beschlußfassungen in den Gremien der Airbus Industrie gemacht werden.« Nun hat sich das OVG Hamburg ein paar Tage länger Zeit gelassen. In ungewohnter Deutlichkeit haben Hamburgs Bürgermeister Runde und sein Wirtschaftssenator Thomas Mirow eilig dem Gericht ihre Meinung kundgetan: Runde erklärte, es sei »relativ abwegig, den Gemeinnutz dieses Projektes nicht anzuerkennen.« Genau das war die Begründung für den Baustopp. Falls das Projekt Airbus scheitere, liege das »an der spezifischen Sichtweise des Gerichtes.« Mirow erklärte bereits im Dezember gegenüber dem Hamburger Abendblatt: »Was die Arbeitsplätze angeht, stehe ich unter dem Eindruck, dass es hier bei Gericht eine prinzipielle Auffassung gibt, die ich nicht teile. Nämlich die, es könne in einer Marktwirtschaft für Arbeitsplätze gleichsam eine juristische Garantie geben.« Nachdem Mirow so durch die Blume zu verstehen gibt, was von den angeblichen 4000 Arbeitsplätzen zu halten sei, wird er noch eindeutiger: »Sollte aber das Projekt endgültig scheitern, – wovon ich nicht ausgehe -wäre der Schaden für den Industriestandort Hamburg unübersehbar.« Jürgen Thomas aus dem Vorstand von Airbus griff Anfang Februar dieses Szenario erneut auf: Das Schicksal Hamburgs beim Bau des A 380 hänge am seidenen Faden, im Februar müsse entschieden werden. Gerichtssprecherin Angelika Huusmann gab daraufhin bekannt, die Entscheidung des OVG werde in der Woche ab dem 19. Februar fallen. Der Sprecher der Hamburger Wirtschaftsbehörde, Bernd Meyer beeilte sich zu versichern, dass damit noch die Frist von Airbus eingehalten werden könne: »Wir gehen davon aus, dass die achte Woche noch zeitgerecht ist.«

Der Präsident der Handelskammer, Schües, hat derweil eine klare Orientierung ausgegeben: Die HamburgerInnen dürften nicht mehr »fragen, wie man in Hamburg lebt, sondern wovon.«

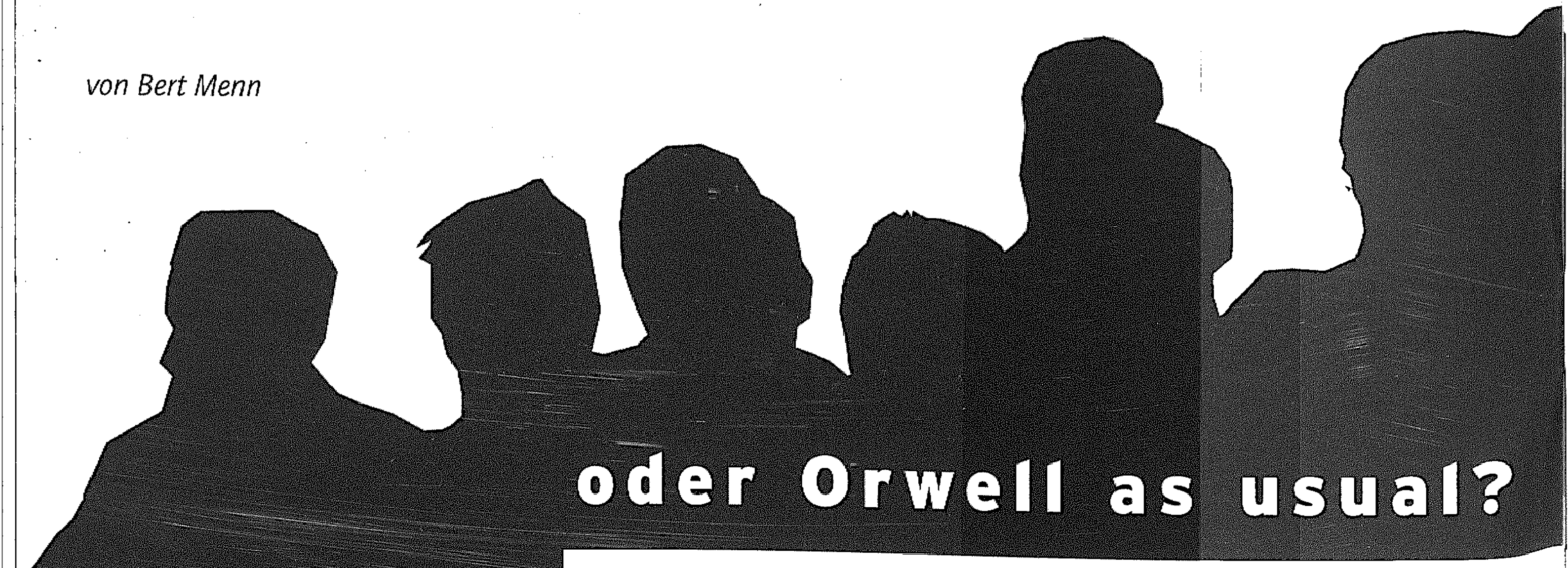
So ist das Versprechen und die Erpressung mit Arbeitsplätzen an seinem elendigen Endpunkt angekommen: Lebensqualität egal, Natur nebensächlich, Hauptsache irgendeine Arbeit.

Im Interesse eines vermeintliches Gemeinwohles appellierte Schües wiederholt an den Patriotismus der Airbus-Gegner: Es sei Zeit »nun patriotisch zu handeln und den gesamtstädtischen Interessen den Vorrang vor individuellen Anliegerinteressen einräumen.« Gemeinwohl gleich gute Verwertungsbedingungen für Kapital. Das zu behaupten ist auch sein Job. Nur gibt es außer ein paar Klägern kaum jemanden, der ihm widerspricht. Allein von der Bürgerschaftsfraktion Regenbogen, die sich wegen des Jugoslawienkrieges von der grünen GAL abgespalten hat, ist Kritik zu hören. Deren Abgeordneter Norbert Hackbusch sprach angesichts der Airbus-Propaganda von »einer Angstkampagne der Wirtschaft«. Die wolle damit »sicherstellen, dass Großprojekte durch Steuergelder subventioniert werden, unabhängig davon, wieviel Schaden sie anrichten.« Leider übersah Hackbusch, dass Gewerkschaften, SPD und Senat für diese Angstkampagne willfährige Erfüllungsgehilfen sind. In Hamburg grassiert der patriotische Standortwahn.



Gläserne Zukunft

von Bert Menn



oder Orwell as usual?

Ebenso selbstverständlich, wie sich einige Menschen in einem Container stecken lassen, damit ihr Zusammenleben gefilmt und an ein Millionenpublikum ausgestrahlt werden kann, lässt es die meisten Bürger unberührt, wenn Daten von ihnen gesammelt und ausgewertet werden. Eigentümlich, denn Anfang der achtziger Jahre entstand in der alten Bundesrepublik eine breite Diskussion über den Überwachungsstaat. Anlass war hierfür die bevorstehende Volkszählung und das symbolische Jahr 1984, das an George Orwells »grossen Bruder« erinnerte. Der »gläserne Bürger«, der »gläserne Arbeitnehmer« wurden Schlagworte für diese Diskussion. Knapp zwanzig Jahre später ist diese Diskussion eine Expertendiskussion, obwohl die Eingriffe in die Privatsphäre des bürgerlichen Individuums, zum Teil die entworfenen Szenarien übertreffen.

Spot 1 - Internet

Wenn Menschen im Netz surfen, hegen sie eine allgemeine Erwartung der Anonymität, die stärker als in der realen Welt ist, aber das Internet erzeugt einen sehr komplexen Datenpfad, der detailliert jeden Schritt der Person im Netz zeigt. Stellen sie sich vor, sie gehen durch ein Einkaufszentrum und jedes Geschäft klebt ihnen, ohne dass sie dies bemerken, ein Zeichen auf den Rücken. Dieses Zeichen zeigt jedem, welche Geschäfte sie besucht haben, was sie sich angeschaut und was sie gekauft haben. Solch ein Daten-Pfad, bekannt als Transaktionsdaten, der durch die Benutzung des Internets entsteht, ist eine reichhaltige Informationsquelle über die Lebens- und Konsumgewohnheiten der Nutzer. TA-Daten, click-stream-Daten, oder Mäusekot, so die alternative Bezeichnung, können die IP-Adresse des eigenen PC, den benutzten Browser, den Computertyp und die Aktivitäten des Nutzers auf verschiedenen Webseiten beinhalten. Diese Daten, die ausreichend sein können um eine Person zu identifizieren, sind an verschiedenen Punkten im Netz gespeichert und somit für die Benutzung und die Bekanntgabe erhältlich. Einige dieser Daten sind wesentlich für das Funktionieren des Internet, wie die Telefonnummer, die einen Nutzer verbindet, oder die IP-Adresse, ohne die das Netz nicht funktionieren kann. Es gibt jedoch andere Daten, die für Zwecke außerhalb dieser Funktion verwendet werden können. Gemeinsam mit den Daten, die absichtlich durch Käufe oder registrierte Aktivitäten bekannt werden, können die TA-Daten zur Entwicklung eines Persönlichkeitsprofils des Nutzers verwendet werden. Gesammelt ergeben diese Daten den Fingerabdruck eines Individuums.

Technologien wie z.B. Cookies, die direkt auf der Festplatte des Nutzer-PC's gespeichert werden, erlauben es den Webseiten-Betreibern, unbemerkt Informationen über die Online-Aktivitäten der Nutzer zu sammeln und für zukünftige Zwecke zu speichern. Ursprünglich erdacht wiederholte Besucher zu erkennen und ihnen entsprechend zu antworten, wurden Cookies schnell von Webseiten-Betreibern adaptiert, um spezifische Daten individueller Nutzer von Webseiten für kommerzielle Zwecke zu nutzen. Die unbemerkte Sammlung von Informationen über individuelle Akti-

vitäten im Netz, ermöglicht durch das Abspeichern von Cookies auf fremden PC's, erregt inzwischen das Interesse von Internet-Nutzern, Technikern und Politikern. Firmen wie Doubleclick benutzten die so gewonnenen Informationen für gezielte Online-Werbekampagnen. Andere wie z.B. Adfinity kombinieren diese Daten mit persönlichen Daten aus anderen Quellen zu vollständigen Profilen des Nutzerverhaltens online und offline. Auch einer der diesjährigen US-amerikanischen BigBrotherAward-Preisträger ist in diesem Berich des Datensammelns und Datenschürfens tätig. Die Firma »Choice Point«, mit Firmensitz in Atlanta und über 4.000 Mitarbeitern weltweit, wurde für ihren umfangreichen Verkauf von Datenbeständen ausgezeichnet.

Ob es sich um Suchmaschinen für persönliche Daten, den durchdringenden Gebrauch von Cookies und anderen problematischen Datenträgern, die auf Festplatten gespeichert werden, um Informationen für gezielte Werbekampagnen zu erhalten, oder den Versuch von Intel, jeden PC im Netz mit einer einzigartigen und auffindbaren Identität zu versehen, handelt, - der gewaltige Appetit der Geschäftswelt nach persönlichen Informationen ist offensichtlich und dieser Hunger ist für Marktforschunginstitute ein sehr lukrativer Markt. In einer gewissen Hinsicht macht dieses System das gleiche wie andere Firmen mit ihrer Post-Werbung seit Jahren. Aber das Internet-System ist genauer, es stellt nicht nur fest, welche Magazine man abonniert hat, sondern auch, welche Artikel man liest. Im Netz können sehr spezifische Informationen, die in den klassischen Erhebungsweisen oftmals nicht erhältlich sind, erhoben werden und dementsprechend ausgefeilte Kundenprofile erstellt werden. Von daher ist die letztjährige deutsche BigBrotherAward-Preisverleihung an Apache Konsortium auch wohl begründet. »Der Apache Webserver ist mit geschätzten 40-60 Prozent Marktanteil einer der meistverwandten Webserver im Internet. Er ist als Open Source Software kostenlos verfügbar und wird sowohl von kommerziellen als auch privaten Internet-Anbietern eingesetzt ... In der Standard-Konfiguration protokolliert der Apache Webserver unter anderem die IP-Adresse des Abfragenden und die Namen der abgerufenen Webseiten mit. Diese Informationen stellen eine Verletzung der Privatsphäre des Benutzers dar, da mit Hilfe von verhältnismässig einfachen Analysewerkzeugen im Nachhinein ermittelbar ist, welcher Anwender welche Seiten in welcher Reihenfolge abgerufen und wie lange er sie sich angesehen hat.«

Aber nicht nur aus kommerziellen Interessen wird versucht an persönlichen Daten im Internet zu kommen. Auch das Interesse von Regierungsstellen an einer Überwachung des Internets ist sehr groß, ob es nun Strafverfolgungsbehörden oder Geheimdienste betrifft. Das berühmteste Beispiel ist die juristische Auseinandersetzung, um das Verschlüsselungsprogramm »Pretty Good Privacy«, das us-amerikanische Regierungsstellen verbieten wollten, weil sie im Interesse der nationalen Sicherheit, nicht an Informationen kommen könnten, die mit dieser Software verschlüsselt worden sind. Die e-mail Observation ist wohl einer der grössten Begehrlichkeiten von Geheimdiensten. Immer wieder werden Gesetzesvorhaben eingebracht um eine vollständige Überwachung des e-mail-Verkehrs zu erreichen. Im europäischen Parlament wurde letztes Jahr das Enfopol-Projekt verabschiedet, was im Groben eine Überwachung des gesamten Telekommunikationsnetz in Europa bedeutet. Allein die noch schwierige Zusammenarbeit mit Providern, die für die Sicherung und Weitergabe der Internet-Daten verpflichtet werden sollen, lässt dieses Projekt noch ein wenig in der Luft hängen (s.a. Kasten BigBrotherAward 2001, FBI). Weitaus weiter ging das Interesse des amerikanischen Geheimdienst NSA, das ebenfalls den gesamten e-mail-Verkehr überwachen wollte, in dem sie die Computerhersteller verpflichten wollte sogenannte Clipper-Chips in ihre Computer einzubauen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Einführung von digitalen Unterschriften, die zu rechtsverbindlichen Vertragsabschlüssen führen sollen, wenig attraktiv.

Spot 2 - Videoüberwachung

Videoüberwachung ist in letzter Zeit sehr in Mode gekommen. Vor allem konservative Politiker sind von der Vorstellung mittels Videoüberwachung eine harmonischere Zukunft herzustellen, begeistert. Sie führen Statistiken aus Großbritannien ins Felde, ein Land in dem diese Praxis schon eingeführt ist. Diese Statisken sind aber zumindest fragwürdig.

Die fantastischen Werte von Kriminalitätsrückgängen basieren nicht auf wissenschaftlichen Studien, sie sind lediglich Produkt von »ärmlichen ad-hoc Bemühungen unqualifizierter und eigennutzigen Praktiker«, wie es R.Parson und N.Tilley in der Zeitschrift »British Journal of Criminology« 1998 ausdrückten. Es gibt keine Langzeitstudien in diesem Bereich. Auch Thilo Weichert konstatiert: »Vorliegende Statistiken, wonach in beobachteten Gebieten Straftaten massiv zurückgegangen sein sollen, scheinen diese Vorteile zu bestätigen. Tatsächlich ist mir aber bis heute, trotz des seit über 30 Jahren erfolgenden Einsatzes dieser Technik, keine seriöse wissenschaftliche Studie bekannt, wonach Videoüberwachung im öffentlichen Raum durch die präventive

und repressive Wirkung zu einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage allgemein geführt hätte.« Obwohl mittlerweile fast alle britischen Städte die Videoüberwachung eingeführt haben, schlägt sich dies nicht in der allgemeinen Kriminalitätsstatistik nieder. Die Auswirkungen der Installationen von Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen ist eine relativ teure Investition und ihre Wirkung ist zumindest fragwürdig oder gar kontraproduktiv: »Straftäter weichen auf unbeobachtete Bereiche aus. Eine vollständige technische Überwachung sämtlicher möglicher Risikoorte ist nicht möglich. Durch Fehlalarme und unbegründete Interventionen können Sicherheitsrisiken erst ausgelöst werden. Die technische Kontrolle gewährleistet nicht, dass in Gefahrensituationen kurzfristig Hilfe kommt. Voraussetzung hierfür ist ein jederzeit verfügbares, personell aufwändiges Alarmsystem. Existiert dieses nicht, so erweist sich ein eventuell bestehendes subjektives Sicherheitsgefühl als trügerisch. Durch eine solche Fehleinschätzung können Risikosituationen erst provoziert werden. Der Eindruck, eine Gefahrensituation werde durch Videoüberwachung technisch kontrolliert, führt u.U. dazu, dass dringend notwendige, vor Ort verfügbare nichtprofessionelle Hilfe unterbleibt, auch aus Angst vor der Dokumentation unsachgemäßer Hilfeleistung. Der Beweiswert von (v.a. digitalen) Bildaufnahmen ist wegen der äußerst einfachen Manipulationsmöglichkeiten fragwürdig.« (Thilo Weichert ......) Warum also erfreut sich diese Technologie so großer Beliebtheit?

In Frankfurt wurde der erste Feldversuch an der Konstabler Wache eingeführt. Zwei schwenkbare Kameras stehen sich gut sichtbar gegenüber und haben den gesamten Platz in ihrem Blickfeld. Die Konstabler Wache ist einer der zentralen Plätze Frankfurts und einer der Knotenpunkte des öffentlichen Nahverkehrs. Zwischen Konstabler Wache und Hauptwache erstreckt sich die »umsatzstärkste Meile« der Bundesrepublik, wie die Zeil gerne in Nebensätzen genannt wird. Hier an der Konstabler Wache konnte auch Haschisch etc. in kleineren Mengen gekauft werden. Diese »mobilen Einkaufsmöglichkeiten« regten aber auch die Kriminalitätsphantasien Frankfurter Politiker an und so wurde, neben dem Bahnhofsviertel, die Konstabler Wache zum Kriminalitätsschwerpunkt Frankfurts hochstilisiert. Die Szenerie hat sich nun zur Hauptwache verlegt und fügt sich mit der sich dort treffenden Obdachlosenszene zu einer ganzheitlichen Outlaw-Szenerie zusammen. Inmitten vom Einkaufstrubel. Es scheint derselbe Verdrängungsvorgang stattzufinden, wie vor Jahren mit der Vertreibung der Junkie-Szene aus den Grünanlagen an der Taunusanlage, weil dies den Bankern auf dem Weg zur Arbeit und in der Mittagspause übel aufgestossen war. Mit der Installation von Videoüberwachungsanlagen wird vor allem versucht, unliebsame Personengruppen zu vertreiben. In diese Logik passen auch die Untersuchungergebnisse von Clive Norris und Gary Armstrong, die in Großbritannien die Kamera-Beobachter von drei Videokontrollzentren beoabachtet haben. Sie kommen zu folgendem Schluss: »Signifikant aber waren jene Fälle , bei denen Personen nur deshalb als »verdächtig« eingestuft werden, weil sie zu einer bestimmten Kategorie, zu einer sozialen oder subkulturellen Gruppe gehören.« Zu gleicher Einschätzung kommt auch Thilo Weichert: »Erfahrungen zeigen, dass vornehmlich Minderheiten und gesellschaftliche Außenseiter (z.B. AusländerInnen, Jugendliche, Punks, DrogenkonsumentInnen) ins Visier der Videoüberwachung geraten auf Grund der besonderen Auswahl der Kamerastandorte und auf Grund der selektiven automatisierten wie der personalen Auswertung.«





Aber es gibt auch andere Bereiche der Videoüberwachung: private Grundstücke, Immobilien, Banken, Kaufhäuser, Verkehrsregelungen, an wichtigen Kreuzungen und Einfallstrassen von Städten, Bahnhöfe etc. So ist letztes Jahr auch die Deutsche Bahn AG in den Genuss der Verleihung, eines deutschen BigBrotherAward gekommen. Gewürdigt wurde das »3-S-System« der Deutschen Bahn AG, dass »in der Hauptsache aus einer lückenlosen Videoüberwachung von zunächst 42 Bahnhöfen in ganz Deutschland (besteht), wo zwölf bis 24 Mitarbeiter des Privatunternehmens Bahn das Tun der Menschen im ver-

meintlich öffentlichen Raum beobachten.

Tatsächlich sind die Bahnhöfe längst Privatgrund. Der entstaatlichte Bahnbetrieb findet an Orten statt, wo die Bahn AG als Eigentümerin Hausrecht ausübt.

So haben nicht nur die Mitarbeiter der 3-S-Zentrale der Bahn, sondern auch die Angehörigen der betriebseigenen Bahn Schutz und Service GmbH (BSG) Zugang zu den gemachten Aufnahmen. Außerdem gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der lokalen Polizei und dem Bundesgrenzschutz (BGS), die dauernd Zugriff zu den Videos haben.



Die Behörden können jederzeit auf die gesamte Technik der Beobachtungszentralen zugreifen, die nicht nur die Bahnhofsgebäude, sondern auch die Vorplätze und angrenzenden Flächen »bestreichen«.

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz fand eine deutliche Abgrenzung der Tätigkeiten und Zielrichtungen zwischen Bahnpersonal und Polizei/BGS notwendig. Das widerspricht allerdings den praktischen Aufgaben, denn nur über direkte Kommunikation ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zu gewährleisten. De facto ist die Erfüllung dieses Trennungsanspruchs weder kontrollierbar noch von den Beteiligten angestrebt.«

Mit der Weiterentwicklung von technischen Möglichkeiten erhalten diese Umstände einen qualitativ anderen Charakter. Während der Europameisterschaft in England wurden Bilddatenbanken von Hooligans mit denen der Stadionbesucher abgeglichen, in Florida wurde dieser Ansatz ebenso angewandt (s. Kasten BigBrotherAward 2001). In London sind die Kameras des Innenstadtrings mit den nationalen Polizeicomputern verbunden, so dass es möglich ist jedes Fahrzeug zu identifizieren, damit es mit der Datenbank verdächtiger oder gesuchter Fahrzeuge abgeglichen werden kann.

»Diese Kombination von digitaler Fotografie, Bilderkennung, Rasterfahndung und neuen Datenbanktechnologien birgt in sich die Aussicht auf eine Gesellschaft überwachter Massen«, stellen Clive Norris und Gary Armstrong fest.

Spot 3 - Nützliche Datenbanken

Die Sammelwut von Regierungsstellen ist hinlänglich bekannt. Ob es Datenbanken zu Punkern, Homosexuellen oder Besucher von linken Kneipen waren, die Datensammler haben schon in der Vergangenheit für lautstarke Proteste gesorgt. Ähnlich jener Fälle ist ein aktueller, in dem wieder eine gesellschaftliche Gruppe ins Visier der Datenjäger gekommen ist: »Ausländer«. Das Bundesverwaltungsamt in Köln hat ein Ausländerzentralregister geschaffen. Für die Leistung haben sie den BigBrotherAward von Deutschland verliehen bekommen. In der Begründung der Preisverleihung heisst es:

»Im AZR wird jeweils ein umfangreicher Datensatz von über 10 Millionen AusländerInnen gespeichert. Gespeichert werden nicht nur Daten zum Zweck der Identifzierung und Aktenerfassung, sondern Angaben zum gesamten Lebenslauf oder zu polizeilichen Erkenntnissen. Gespeichert werden zudem Begründungstexte von für die Person negativen, nicht aber von positiven ausländerrechtlichen Entscheidungen. Diese Daten werden allen Behörden in Deutschland zur Verfügung gestellt, allen voran neben den Ausländer- und Asylbehörden der Polizei und den deutschen Geheimdiensten. Die Betroffenen werden über die Erfassung nicht informiert. Selbst das verfassungsmäßige Recht auf Auskunft über die eigenen Daten auf Antrag wird durch hohe bürokratische Hürden hintertrieben.

Die Nutzungsmöglichkeiten – und Befugnisse zu Kontroll- und Überwachungszwecken sind dagegen fast ohne Begrenzung: Jede deutsche Behörde kann im AZR nach einer Ausländerin oder einem Ausländer per Suchvermerk-Ausschreibung fahnden lassen. Unter dem harmlosen Begriff ›Gruppenauskunft‹ werden der Polizei und den Geheimdiensten Rasterfahndungen ermöglicht. Insbesondere die sog. Sicherheitsbehörden können den teilweise hochsensiblen Datenbestand des AZR online und ohne effektive Kontrolle abrufen und nutzen.«

Das Interesse ist nicht nur auf Randgruppen gerichtet, es ist eher allgemeiner Natur, so dass das Ausländerzentralregister keine Besonderheit sein dürfte, die sich jetzt explizit gegen Ausländer als solche richtet, es zeigt vielmehr wie weit der »Wissensdurst« von Behörden reicht. Handybenutzer sind jetzt keine gesellschaftliche Gruppe als solche, aber auch sie sind ins Visier von Regierungstellen geraden. Mobilfunktelefone, sobald sie angeschaltet sind, senden Signale an die nächste Mobilfunkantenne eines Netzes, sie melden sich sozusagen an oder ab. Auf diese Art und Weise ist jedes Mobilfunktelefon lokalisierbar und schöne Bewegungsprofile können angelegt werden. Privatwirtschaftlich werden diese Daten schon genutzt in Form von »individualisierter Werbung«. So sind solche Daten zum Beispiel für Autohändler interessant, die entsprechende Vielfahrer zielgerichtet bewerben können und auch haben. Auf diese Daten haben sich nun Regierungsstellen per gerichtlichen Beschluss Zugriff verschafft. Mo-

Big-Brother-Award 2001



Seit 1998 wird der Big-Brother-Award an die grössten Datenschutzsündern verliehen. Die von der der Organisation »Privacy International« initierte Konferenz »Computer Freedom and Privacy« wählt alljährlich Preisträger in verschiedenen Kategorien. Im März diesen Jahres wurden folgende Organisationen/Firmen ausgezeichnet:

Der Geheimdienst NSA. Mit der Preisverleihung in der Kategorie »lebenslange Bedrohung« wird die fünfzigjährige Spionagetätigkeit dieser Organisation gewürdigt. Mit rund 70.000 Mitarbeitern betreiben sie seit dem Kalten Krieg das Lauschsystem Echolon, mit dem die weltweite Satelittenkommunikation abgehört wird. Ebenso gewürdigt wurde der Versuch dieser Organisation die gesamte E-Mail-Kommunikation über sogenannte »Clipper-Chips«, die in die User-Rechner eingebaut werden sollten, zu überwachen.

Das FBI gewann den Preis in der Kategorie »vorgeschlagene« Verletzung der Privatsphäre. Gewürdigt wurde mit diesem Preis das Abhörsystem Carnivore mit dem bei den einzelnen Providern, die gesamte E-mail-Kommunikation abgehört werden sollte. Über sein Versuchsstatus ist dieses System nicht herausgekommen, es musste aufgrund öffentlicher Proteste eingestellt werden.

Die Stadtverwaltung von Tampa erhielt den Preis für die schlimmste öffentliche Stelle. Gewürdigt wurde damit ihre Verbrecherjagd bei einem Footballspiel. Die Polizei liess zehntausende von Besuchern eines Footballspiels mit Videokameras aufnehmen und glich die Aufnahmen mit Hilfe eines modernen Gesichtserkennungssoftware mit den Bestand einer Datenbank von Kriminellen ab.

Die Firma »Choice Point« erhielt den Preis für ihren umfangreichen Verkauf von Datenbeständen an »Cops, Direktvermarkter und Wahlleiter«. Das in Atlanta ansässige Unternehmen mit weltweit rund 4.000 Beschäftigten ist im Bereich Daensammeln und Datenschürfen tätig. Ihre Kunden sind Großuntenehmen, wie auch Regierungsstellen. So ließ sich auch George W. Bush bei der Präsidentschaftswahl von Choice Point beraten.

Der deutsche BigBrotherAward wird im Herbst verliehen. Im Augenblick werden noch Vorschläge gesammelt. Alle die es intereessiert:
www.bigbrotheraward.de

bilfunkbetreiber haben nun diese Daten zur Verfügung zu stellen. Ja, das organisierte Verbrechen – es lauert überall.

Spot 4 - Marktforschung und Politik

Politik wird nicht mehr gemacht, sie wird verkauft oder vermittelt. Politik als solche taucht nicht mehr auf, reduziert sich auf Botschaften, die verstanden werden oder nicht »rübergebracht« worden sind. So suggerieren es Wahlsendungen und andere öffentliche Auftritte von politischen Repräsentanten. Politik ist Produkt geworden. Politiker sind Produzenten, die sich auf dem Markt positionieren. Der Mechanismus der Marktforschung hat sich auf das Feld der Politik ausgeweitet, umgibt sich mit anderen Worthülsen, wie z.B. Stimmungsbarometer. Die Technik, die Werkzeuge sind die gleichen. Die Auswirkung dieses Prozesses ist, dass sich die Produkte (Politiker) dem Markt (populäre Positionen) angleichen. Politische Verlautbarungen werden zunehmend von Marketingunternehmen unter dem Gesichtspunkt der Markteffizienz ausgearbeitet. Politiker werden zu Sprechblasen der Demoskopen. Diese Vorspiegelei von Haltungen, Positionen, ist eine Form der politischen Manipulation. Eine anderer ist vorrausschauender, zukunftgestaltend: die Produktion von öffentlicher Meinung. Ein konkretes Beispiel dafür ist folgendes:

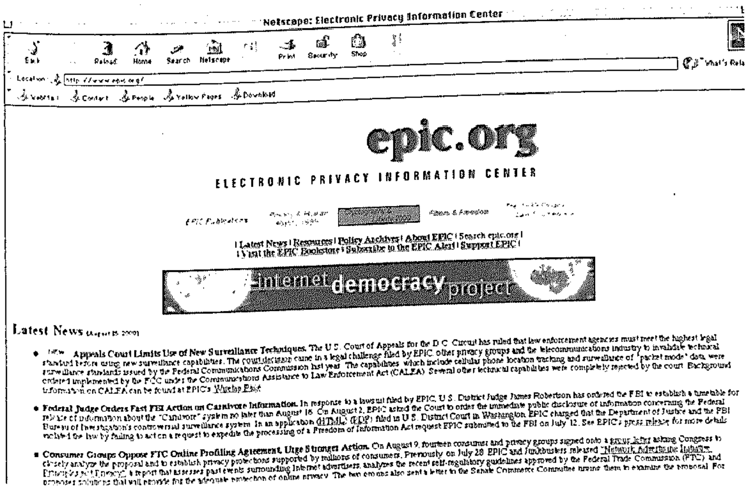
»... zur Vorbereitung des Kriegs gegen Irak (wurde) eine der größten PR-Agenturen in den USA unter Vertrag genommen. Ausgestattet mit einem Budget von 10,7 Mio. $ startete die PR-Agentur Hill & Knowlton 1990 einen Propagandafeldzug für die »Befreiung« Kuwaits. Höhepunkt der in der Geschichte wohl erfolgreichsten PR-Kampagne zu dieser Zeit, war eine gezielte Lüge, die von der Bush-Administration und der kuwaitischen Regierung gestreut wurde. Am 10. Oktober 1990 schilderte vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses die 15-jährige Kuwaiterin Nayirah unter Tränen von Greueltaten irakischer Soldaten. Diese hätten in einem kuwaitischen Krankenhaus 15 Babys aus Brutkästen gerissen, auf den Boden geworfen und dort sterben lassen. Die Brutkästen wären entwendet worden. Aus anderen Krankenhäusern wurden ähnliche Vorfälle ge-

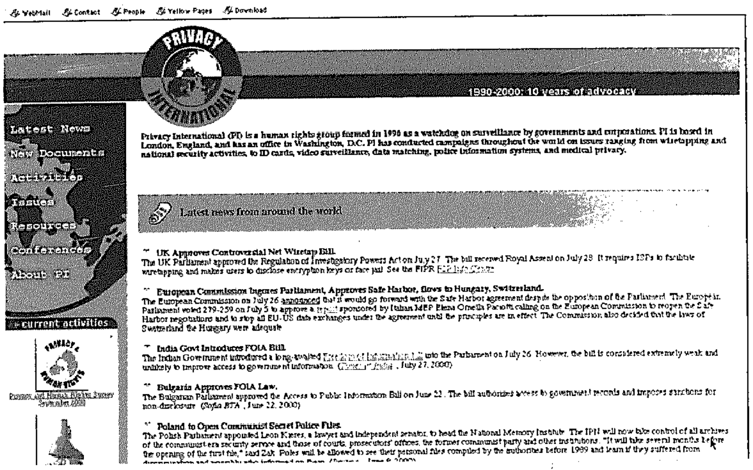
schildert, so dass u.a. Amnesty International 312 auf diese Weise getötete Babys und gestohlene Brutkästen zählte – ai dementierte diese Angabe später. Präsident Bush griff die Greuelgeschichte in seiner Kriegskampagne immer wieder auf, so dass der zunächst kriegskritische US-Senat der Intervention zustimmte und durch die mediale Aufbereitung der Geschichte auch innerhalb der US-Gesellschaft ein Meinungsumschwung zu verzeichnen war. Im Januar 1992 wurde die Identität der jungen Zeugin enthüllt – es handelte sich um die Tochter Saud Nasir al-Sabahs, dem kuwaitischen Botschafter in den USA. Das Mädchen war von Hill & Knowlton professionell als Zeugin aufgebaut worden. Präsident der PR-Agentur war Craig Fuller, Bush-Anhänger und dessen ehemaliger Stabschef. Weitere Untersuchungen ergaben, daß kuwaitische Ärzte offensichtlich gelogen hatten und die vorgeblich entwendeten Brutkästen an ihren Plätzen standen.«

Das ist Werbehandwerk. Man fragt was ist das verabscheuungswürdigste Verbrechen und schon liegt einem der Schlüssel für die öffentliche Meinung in den Händen. Ausserdem sind schon die Signalwörter allein brilliant: Baby – Kulleraugen, rundes Gesicht, wehrlos, herzöffnend. Brutkasten – Verstärkung der Wehrlosigkeit und fürsorgende Anteilnahme. 15-jährige weinende Zeugin – Unschuld, persönliche Anteilnahme versus persönlichen Angriff. Menschenrechtsausschuss – objektive Universalität. Wie kriegen wir unser Produkt, den Krieg, plaziert?

»Ich bin doch nicht blöd!«.

www.epic.org oder www.heide.de





www.privacyinternational.org oder www. junkbuster.com

Fazit

Internet als Denk-, Trieb- und Gefühlsüberwachungsmöglichkeit, Videoüberwachung als Strukturierungselement des öffentlichen Raums, die Handys als Bewegungskontrolle, Personengruppen-Datenbanken als Spielmaterial für die Politik und den Sicherheitsapparat und Falschinformationen mittels der Medien ergänzen sich heutzutage zu einem Szenario von dem jeder totalitäre Staat der Vergangenheit nur träumen konnte. „Spielserien", die mit dem weitverbreiteten Hang zum Voyeurismus kokettieren, gewöhnen uns an das Alltägliche, Allgegenwärtige von Überwachung. Dabei wird Überwachung immer weniger zu direkter Verfolgung oder gar Bestrafung führen, viel wichtiger ist die Veränderung unseres Denkens mittels der über uns gesammelten Daten. Wir werden – ganz nach dem Ansatz der Spontis – dort „abgeholt", wo wir stehen. Unser Denken ist die eigentliche Herausforderung, sowohl für die „freie Marktwirtschaft", die „ihren" Konsumenten kreiert, wie für den staatlichen Machtapparat, der den potentiellen Unruhestifter frühdiagnostiziert und fernlenkt . Unser Denken wird immer mehr von Modewörtern in Beschlag genommen wie „Transparenz" oder „Dialog", die zu nichts anderem dienen als zum Vertuschen der fehlenden Transparenz und der nicht stattfindenden wirklichen Auseinandersetzungen. Noch wissen wir, dass Politiker lügen, noch finden wir die Wahrheit heraus, wenn auch meist hinterher und selten weit publiziert. Aber es war diese Angst, die Wahrheit könne irgendwann endgültig ausgelöscht werden, die Orwell zu seinem Buch 1984 angetrieben hat. Und es war seine Überzeugung, dass die Existenz einer objektiven Wahrheit und die Kenntnis historischer Fakten die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit ist. Sobald wir nicht mehr in der Lage sind, objektive Wahrheiten zu erkennen und zu erinnern, verlieren wir den Boden unter den Füssen und es tut sich jene Horrorvision von begeisterter und hingebungsvoller Liebe für den Grossen Bruder auf.

Nachsatz

Die nächste Volkszählung wird momentan vorbereitet.

von Revolutionsbräuhof

Großmachtträume

Österreich kann sich bis heute nicht damit abfinden, dass es nichts anderes ist, als ein kleines, eher unbedeutendes Land in der Mitte Europas. Noch immer gebärdet sich dieses Land – mittels seinen politischen Repräsentanten, der Journaille und dem »gesunden Volksempfinden« – so, als ob es den halben Balkan und die Karpaten beherrschen und unterdrücken würde. Und in Wirklichkeit ist es mit dem Renommee dieses Land nicht weit her – dessen Bewohner sind überall in der Welt »willkommen«, als harmlose und lächerliche Zeitgenossen, von denen man nicht mehr kennt als »Sissi« und »Mozartkugeln«. Und trotzdem – oder besser gesagt, im totalen Verkennen der Realität – wähnt sich dieses Land immer wieder als »Weltmacht«: sei es nun im Sport (Hermann Maier versus 0:9) oder eben bei der Kultur (Neujahrskonzert, Lippizaner und Sacher-Torte). Die kulturelle Bedeutung dieses Landes – wie es sich selbst sieht und wie es gesehen wird – liegt rein rückwärts gewandt. Im allgegenwärtigen »Mir san mir« und »Mir wern immer bleibm« wird alles Neue prinzipiell abgelehnt, beschimpft und am besten »verboten«. Und am schlimmsten gebiert sich Österreich und seine Bewohner, wenn es seine »Kultur« bedroht sieht. Und bedroht fühlt man sich hier zulande sehr schnell. Da reicht es schon, wenn ein Moslem sich »weigert«


Foto: C. Ditsch/version

einen Gspritzten zu trinken, und dem hegemonialen Alkoholismus den Spiegel vors Gesicht hält. »Denn wenn die schon herkommen müssen, sollen sie sich gefälligst auch anpassen« – was heisst, Saufen und Schnitzelfressen. Der »gebratene Hammel im Hinterhof« ist nämlich eine Bedrohung unserer Identität. Bei uns werden gefälligst Kottelet und Würstel im Schrebergarten gegrillt! Und so wirklich schön typisch österreichisch

... und warum wir in einer

wird es, wenn es um die Akzeptanz und Förderung von Kunst geht. Und es sind nicht nur die augenfälligen »Peinlichkeiten«, wie die Ablehung eines neuen Musiktheaters in Oberösterreich, sondern es ist das gesamte Klima, die es der Kunstproduktion schwer macht, sich irgendwie auch nur zu behaupten. Denn es kommt nicht von ungefähr, dass die FPÖ prominente Künstlernamen benützt, um gegen fortschrittliche und moderne Kunstkonzepte aufzutreten... Ja, eine stolze Nation, die im »Dopplerwirrwarr«, auf »Manner-Schnitten« zeigend, sich der großen Tradition erinnert. Ja, »mein Gott«, wenns uns nicht gäbe, dann würde das christliche Abendland schon längst den Bach... Bezeichnenderweise ist das Blatt, das der größte Teil der Österreicher liest und von dem er seine


Foto: R.Maro/Version



»Meinung« bezieht, nach einer Insignie der Monarchie benannt. Komisch?

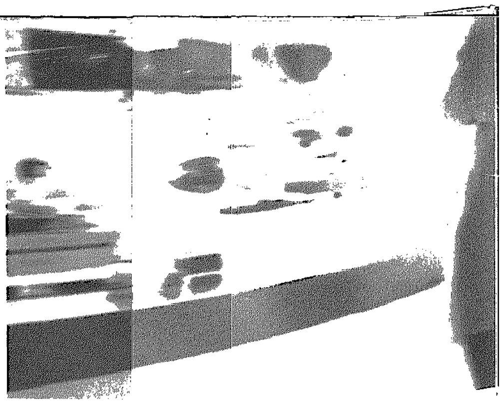
Kriegsgrund, Kriegsziel und Wunderwaffe

Auch nach längerem Nachdenken fällt kein Krieg ein, der im Namen der »Barbarei« geführt worden wäre. Aber auch die allergrößte Sauerei firmiert noch immer unter »Erhaltung, Rettung und Verbreitung der Kultur«. Jede Aggression und jeder Überfall auf ein anderes Land, lassen sich damit legitimieren, dass man den »armen Wilden« dort doch nur den Genuss der eigenen hochwertigen Kultur bringen wolle. Diese fadenscheinige Ausrede hat Raubzüge in der gesamten Menschheitsgeschichte begleitet: von der »pax romana« über das »christliche Seelenheil« zur modernen »Demokratie und Menschenrechte«. Und auch, wenn die eigene Kultur kaum geeignet ist, der gesamten Welt ein »goldenes Zeitalter« zu bescheren, so mag doch die Kultur noch immer gut genug sein, der Barbarei ein Tor zu öffnen. So hat Deutschland im letzten Jahrhundert zweimal einen Weltenbrand entfacht, nur um das Teutschtum vor den Bedrohungen der »asiatischen Despotie«, der »jüdisch-bolschewistischen Verschwörung« zu retten und auch einen »Platz an der Sonne« zu ergattern. Und selbst dann, wenn der Krieg verloren ist, der Feind vor den Toren steht, so ist es immer noch die eigene Kultur, die letztendlich siegen wird, irgendwann in der Geschichte, denn sie ist ja – ach – so überlegen. »Die Barbaren werden nicht ewig obsiegen können«. Obwohl man sich hierbei nicht so sicher sein sollte. Fakt ist immerhin, dass es nach dem Wegfall des »ideologischen Feindes« Sowjetunion – und seiner militärischen Stärke – es zur guten Kultur des Westens wird, seine hehre moralische Kultur mit Bomben und Granaten durchzusetzen. Man mag von den Husseins, Milosevics und Kim Il Jongs halten, was man will, aber es ist schon von einiger Eigenartigkeit, das diese Figuren, im Gegensatz von Somozas, Pinochets und Mobutos von der westlichen Kultur so angegriffen werden. Das Maß der Menschenrechtsverletzung wird es wohl nicht gewesen sein! Hähme pipapo – natürlich wissen alle, dass der Irak nicht wegen der angeblich misshandelten kuwaitischen Babys oder der Giftgasangriffe auf Kurden (siehe Hammel im Hinterhof) von hinten bis vorn bombardiert wurde und wird, sondern für unser Öl. Aber das – und das ist wahrscheinlich unsere höhere Kultur – kann man nicht einfach so sagen. Da braucht es dann schon die Anleitung des Höheren: von der Journaille bis zum Philosophen, die im großen Hallali zum Gemetzel aufrufen – für Friede, Freude und Eierkuchen. Aber: unsere Kultur ist ja sooo vielfältig, dass sie auch den Widerspruch verträgt. Alle tun mit, fast alle, und die, die sich – im Falle Irak zum Beispiel – dagegen wenden, berufen sich auch gleich wieder zum grossen Teil auf eine gute alte kulturelle »Leistung«, dem Antisemitismus.

klassenlosen Gesellschaft keine brauchen

Vom Überbau zur Basis

Und auch wenn es noch so schön klingen mag, wie eine Gesellschaft lebt, hat sehr wenig mit ihrer »Kultur« zu tun und sehr viel, wie sie die Produktion organisiert und den Reichtum verteilt. Diese Binsenweisheit des Materialismus enthält wesentlich mehr Wahres als die permanente Litanei der kapitalistischen Ideologieproduktion, dass alles schon immer so war, sein wird und quasi Naturgesetz sei. »Mit der schwindenden Aussicht, die Wirklichkeit im Rahmen der bestehenden Ordnung vernünftig, das heisst den Bedürfnissen der Allgemein-



heit angemessen zu gestalten, wurden die Unterschiede zwischen den einzelnen Konstruktionen der besten Welt, welche die früheren Systeme als das vernünftige Wesen der empirischen entworfen hatten, mehr und mehr belanglos.« (Horkheimer Max: Traditionelle und kritische Theorie, Frankfurt am Main, 1992 S. 9) Und diese kapitalistische Gesellschaft, deren ökonomische Grundlagen auf Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt beruhen, kultiviert ihre Unterworfenen und Unterwerfer in eben dieser speziellen Art und Weise. So gilt die Roheit der Geknechteten und Geschundenen als Unkultur in persona, währendessen die feine Art derjenigen, die es sich leisten können, Sitte, Moral und Anstand vor sich her zu tragen, weil sie vom Unmenschlichen genießen, als das Sinnbild kultivierten Lebens. Und auch nicht von ungefähr kommen die »pädagogischen« Rezepte, den armen Schluckern doch auch etwas Kultur beizubringen. Ganze Heerscharen von Religionsfanatikern und Moralaposteln, ganz gleich ob in Form des Wanderpredigers oder Fernsehsprechers, bemühen sich, dem »Proleten-Pöbel« genauso wie den »Wilden« endlich Kultur beizubringen. Und immer dienen diese Erweckungen dem Banalsten: sie sollen kusch sein! Es war schon immer unanständig, nach mehr oder auch nur genug zu verlangen, und kultiviert, sich dem Elend hinzugeben. Die letzten 2000 Jahre der christlichen Kirchen geben Zeugnis davon – eine große Kultur. Kultur – jegliche bisher bekannte Kultur war die Kultur der herrschenden Schichten. Alles, egal ob Schrift, Tischmanieren oder Opernhäuser, dient entweder direkt der Steigerung der Produktivität und der Sicherung von Herrschaft oder ist im Luxusgenuss der Ausbeuter begründet. Und im Allgemeinen ist die Lebensweise der Unterdrückten Unkultur. Darum wäre es immer auch gleich der »Untergang des Abendlandes«, wenn Reichtum und Macht mit den unterdrückten Schichten auch nur geteilt werden würde. Und selbst dann, wenn die Verhältnisse de facto schon umgeworfen sind, wähnt sich die (ehemals) herrschende Klasse noch immer im Besitz eines gewaltigen kulturellen Erbes. Und währendessen die Nachkommen jahrhundertelanger Inzucht – der »Adel« – sich in Eskapaden ergeht, sind die »anderen« allenfalls »neureich«. Und für die »Döblinger Hofratswitwen« bleiben Arbeiter, die kunstinteressiert Staatsoper oder Burgtheater besuchen, immer Proleten. Und schon lachhaft ist der Kulturkampf »unserer« Eliten gegen die Unkultur Amerikas. Diese hegemonialen Auseinandersetzungen um Vormacht bedienen allerhand Ressentiments. Denn beim Streit zwischen Hamburger und Leberkäs geht es weder um Geschmack, noch um Qualität, sondern um Absatzmärkte. Im Allgemeinen wird ein Hamburger aus weniger ungustiösen Material hergestellt als Leberkäs oder Burenwurst. Und dass die Schweinderl in der Wurst »glücklicher« gewesen seien, ist auch nur ein unhaltbares Gerücht. Der Kadaver lebt weiter – am Tropf der Subkultur und auch wenn es der seligste Wunsch Österreichs wäre, die kulturelle Entwicklung irgendwann am Beginn des 20. Jahrhunderts eingefroren zu sehen, lässt sich Geschichte nicht leugnen. Kultur wird produziert, sei es mittels Kunst oder Warenproduktion. Der Stillstand ist nicht möglich, die Wogen der gesellschaftlichen Entwicklung reißen das Alte nieder und schaffen immer wieder Neues. Selbst der hiesige K. u. K. Atavismus ist Produkt der »post-modernen« Kulturentwicklung. So etwas wie das »Sissi- Musical« galt früher eben als Blasphemie, heute ist es Kultur. Und jeder noch so vorsichtige Vorstoß, das bekannte Terrain zu verlassen und dann vielleicht sogar noch die Ehre des Landes, seiner Bevölkerung oder gar seiner Großväter zu beschmutzen (die Wahrheit sagen!), gilt als Affront. Jegliche Kritik an Geschichte und Gegenwart der österreichischen Gesellschaft wird von einer Koalition aus rechts-rechter Polit-Dobermännern und quälender Journaille niedergewälzt. Peymann, Jelinek und Co. waren und sind daher die beliebtesten Angriffspunkte des reaktionären österreichischen Kunst- und Kulturverständnisses. Aber andererseits ist das offizielle Österreich auch durch den selbstgewählten Nimbus der »Kulturhauptstadt der Welt« gezwungen, Kunst und Kultur zu fördern – schon allein in Hinsicht auf die Tourismusindustrie. Da sind sie in der Zwickmühle, denn um ungeliebte Künstler zu desavouieren, wird auf die immensen Kosten hingewiesen, die durch die Subventionierung des Betriebes entstehen. Diese Häme – »Kleiner Mann zahlt grosse Oper« – ist immer gut für populistisches Geschrei und Gekeife. Also, was ist die Lösung im Lichte neoliberaler Marktwirtschaft? Ganz klar: Die Kulturbetriebe müssen wirtschaftlich arbeiten und Sponsoren finden. Unterbrechung einer Theatervorstellung für Werbeauftritte? Erlebnis- und Wellnessparcours in den Museen? Dass sich so kritische Kunst von alleine erledigt ist klar; und dem heiligen Prinzip, dass sich nichts dem Warenzusammenhang entziehen darf, wird auch genüge getan. Herrschaft ist konservativ, sie scheut Veränderung, die immer auch Umwälzung und Verlust von Macht bedeuten kann. Die Widersprüche in der Gesellschaft lassen sich – auch mit Gewalt – nicht auf Dauer übertünchen. Und auch wenn



Foto: R.Maro/version



die Antagonismen nicht ausreichen, die Gesellschaft zu zerreissen, so produzieren sie immer kulturelle Gegenbewegungen. Diese Subkulturen – oftmals auch nur Resultat fraktioneller Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen – schaffen kreative Lebensausdrücke fernab des konservierenden Mainstreams. Die Stabilität der kapitalistischen Warenproduktion liegt unter anderem auch darin, dass er Bedürfnisse sehr schnell in Warenform zu befriedigen im Stande ist. Alles, was ein Geschäft ist, wird auch gemacht. Und noch keine Subkultur, die es nicht binnen kürzester Zeit geschafft hätte, aus vergammelten Subterrain-Lokalen in die Geschäftsauslagen der Einkaufsstraßen vorzustoßen. Und währendessen sich die Adepten der Subkultur noch als Underdogs und Revolutionäre wähnen, ist der jeweilige Unfug bereits verschlungen und wieder ausgekotzt.

Der Stumpfsinn hat einen Namen - Jugendkultur

Und was vielleicht einmal Aufstand gegen die verzopften Ansichten der Vorgeneration oder subkulturelle Revolte gewesen sein mag, erspart sich heute den Umweg durch den gesellschaftlichen Sumpf. Jugendkultur wird produziert, von der Unterhaltungsindustrie, den Modeschöpfern und Medienkonzernen. Unter Umständen klauen sie ihre Ideen in den schwarzen Ghettos Amerikas oder in den Slums von Manila, in der Geschichte der Jugendbewegungen oder den Forschungsinstituten der Technologiekonzerne. Aber sie schaffen nichts Neues. Und vorallem den großen »Hypes« gehen aufwendige Werbekampagnen voraus. Manches von dem, das »auftaucht«, trägt noch Spuren pubertierenden Widerspruchs in sich – Kleidung verkehrt rum anziehen ärgert immer die Omis, das meiste aber entspringt den Marketingabteilungen der Konzerne und wird vom Trommelfeuer der Life-Style Magazine und Konsorten eingebläut: Obwohl die Sinnhaftigkeit permanenter Musikbeschallung prinzipiell in Frage zu stellen ist, weist doch ein Gerät, das Kasetten oder CDs abspielt, einen weit höheren Gebrauchswert auf als ein MP3-Player: schon alleine dadurch, dass man relativ unkompliziert eine Unmenge an Musik mit sich herumführen kann und die Medien selbst an mehreren Ort leicht benutzbar sind. Wer aber bei solchen Dingen »rational« denkt, bleibt immer hinten, ist nie mit dabei, wenns losgeht mit dem Neuen. Die ewige Enttäuschung, die die Illusion, Leithammel der Warenkonsumation zu sein, erzeugt, lässt sich nur durch noch wirreres kaufen von Gimmicks überwinden. Wer schon ein Handy hat, braucht eben eines mit Internetanschluss, auch wenns sauteuer, unbedienbar und nutzlos ist. Aber keine Angst es geht schneller weiter, als einem lieb sein kann: schon bald soll man sich Filme übers Handy anschauen können. Und wer da im Angebot Vorreiter sein wird, kann man sich schon ausmalen: die Pornoindustrie. Interessant wird auch, wie sie den Spagat schaffen werden, dass einerseits die Dinger immer kleiner werden und man andererseits noch was drauf sehen kann. Aber das mag nicht unser Problem sein. Viel eher probelmatisch ist, dass durch die rasante Durchsetzung des Marktes mit solchen Gimmicks und der propagierten Prämisse des »privaten Anbieters«, Dinge verschwinden werden, die zwar nicht sonderlich spektakulär sind, aber ganz nützlich, z. B.: Telefonzellen und Postämter. Die Jugendkultur ist nicht nur das große Geschäft, sondern die Produktionsideologie von Befindlichkeit und Lebensstil – suche und finde wer in den »Shopping-Malls« ein Geschäft, dass sich nicht mit Hip oder Hop schmückt, das nicht »Event« verspricht. Jugendkultur ist nichts mehr, was nur die 14-25 Jährigen betrifft. Juvenilität selbst ist die Ware. Wenn sich Pensionisten, in grelle Neonkleidung gehüllt, mit Todesverachtung an ein Gummiband gebunden von Brücken schmeissen, hat das wenig mit Lebensfreude im Alter zu tun. Sozialismus oder Barbarei. Allem, was der Kapitalismus hervorbringt, haftet die Art und Weise der Produktion an. Nichts, das nicht mittels Schinderei, Plackerei und Schweiß hergestellt wurde. Die gesamte gesellschaftliche Ordnung beruht auf einer prinzipiellen Ungerechtigkeit. Gewalt und Erpressung sind der Motor dieser Gesellschaft. Hunger und Elend sind keine Missstände im Kapitalismus, sondern Absicht. Die Kultur des Kapitals ist eine Kultur der Angst. Angst davor, nicht genügend zum Beißen zu haben, wenn man sich nicht willfährig genug zeigt. Permanente Bedrohung und gezielte Zerstörung im Namen des Profits. Und selbst der tiefste Kotau und die größte Selbstverleugnung schützen nicht. Die Konsumation ist einerseits zur Erhaltung des körperlichen Wohls notwendig, denn in dieser Welt gibt es nichts, das den Warencharakter abgestreift hätte. Jede Kleinigkeit erinnert in sich selbst an die Verletzung, die es durch seine Produktion bewirkt hat. Und andererseits bleibt nichts außer Waren, die Menschen selbst sind in ihren Beziehungen zur Gesellschaft allein durch ihren Wert (Lohn) bestimmt. Und selbst im Wohlstand und Überfluss, der aber in der jetzigen Ökonomischen und politischen Lage für breite Schichten immer unwahrscheinlicher wird, bleibt der Genuss vermittelt. Nichts und niemand ist für sich da. Das Ende der Kultur Kultur ist immer hegemonial. Dort wo Menschen sich frei und selbstbestimmt ihr Leben organisieren gibt es nicht Kultur und Un-Kultur. Die unterschiedlichsten Lebenskonzepte werden nebeneinander existieren können. Es braucht keine ideologische Klammer einer »gemeinsamen Kultur«, um einen Zusammenhang künstlich herzustellen. Wo jeder für sich ist, Subjekt des eigenen Lebens, nach seinen Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnissen, können die Begierden erst erwachen.

Zapatour:

Massenkundgebung in Mexiko-Stadt - Zukunft der EZLN ungeklärt

Von Gerold Schmidt (Mexiko-Stadt, 12. März 2001, Poonal)

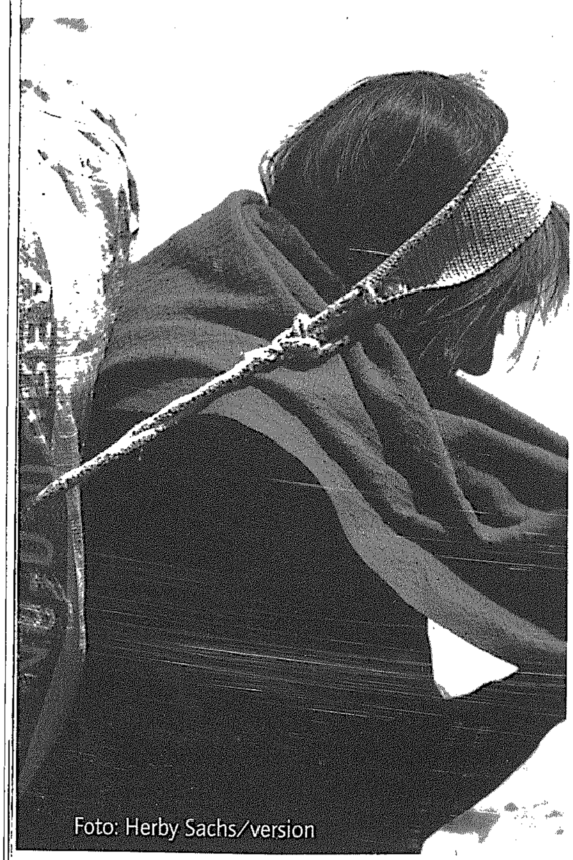


Foto: Herby Sachs/version

Wie vorgesehen bewegte sich die Karawane der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) zum Ende ihrer Mammutreise durch zwölf mexikanische Bundesstaaten auf den Spuren des Revolutionshelden Emiliano Zapata. Die letzte Etappe von Xochimilco am südlichen Rand der Hauptstadt bis ins Herz der Metropole vor den Nationalpalast kulminierte in einer Großkundgebung, an der knapp zweihunderttausend Menschen teilnehmen. Trotz der teilweise beeindruckenden Unterstützung, die die »Zapatour« unterwegs erlebte, bleiben viele Fragen über Zukunft und Einfluss der Bewegung offen. Ein Indiz dafür ist ein genauerer Blick auf den Vergleich mit Emiliano Zapata und seinem Befreiungsheer des Südens, der in den vergangenen Tage so gerne gezogen wurde. Als Zapata am 24. November 1914 in Mexiko-Stadt einmarschierte, hatten er und auch der zweite große Revolutionsheld Francisco Villa neben der militärischen die politische Macht in ihren Händen. Das sie sie nicht ergriffen, war eine andere Sache. Die Neozapatisten wiederholen immer wieder, dass es sie nicht nach der politischen Macht drängt. Aber sie sind anders als Zapata weit davon entfernt, die Machtfrage stellen zu können. Das Befreiungsheer des Südens und die Norddivision Villas defilierten im Dezember 1914 mit 58.000 Soldaten durch die Hauptstadt, nachdem sie den Nationalpalast wieder den Berufspolitikern überlassen hatten. Die EZLN hat als Waffe nur ihre Ausstrahlungskraft in der Öffentlichkeit, ist aber militärisch kein wichtiger Faktor. Die Frage ist daher die der politischen Zukunft der EZLN und damit zu einem guten Stück auch der gesamten mexikanischen Linken. Die Diskussion, wie weit es dabei um eine reformistische oder revolutionäre Linke geht, soll an dieser Stelle weitgehend anderen überlassen werden. Viele sprechen in der derzeitigen Situation zu Recht vom Duell zweier Marketingstrategien, was Regierung und die modernen Zapatisten angeht. Eine Mehrheit der Beobachter schätzt die Lage so ein, dass der Marsch durch die Republik momentan der EZLN einen leichten Vorsprung in diesem Duell gibt. Doch die von den Regierungsstrategen gewollte und von vielen Rebellensympathisanten mitgemachte personelle Zuspitzung auf Präsident Vicente Fox und EZLN-Sprecher Subcomandante Marcos birgt für die EZLN viele Gefahren. Wenn Fox einen Namen der Aufständischen nennt, dann ist es immer nur von »Marcos«. Erst am vergangenen Freitag (9.3.) lud der Präsident vor ausländischen Journalisten Marcos in die Präsidentenresidenz Los Pinos ein. Unter anderem, »damit wir von den Indigenas sprechen«. Auf der anderen Seite füllten deswegen so viele Menschen die Kundgebungen der Zapatisten, weil der Subcomandante dort redete. Hätte er dies nicht immer als letzter gemacht, wären viele Plätze wahrscheinlich vorzeitig leerer gewesen. Mit anderen Worten: gelingt es der Regierung, den Mythos Marcos zu stürzen, wird das ein schwerer Schlag für die gesamte Bewegung. Der konservative mexikanische Historiker Enrique Krauze legt mit dem Hinweis auf das »Messianische« bei der EZLN den Finger in die Wunde. Marcos selbst übte an den Jubelorgien für ihn zwar zuletzt eine offene Kritik, an der Realität ändert das vorerst nicht. Das hat auch damit zu tun, dass die Versuche, eine tief in der Bevölkerung abgestützte zivile Bewegung der Zapatisten trotz wiederholter beeindruckter Massenmobilisierungen bisher gescheitert sind. Die Zapatistische Kraft der Nationalen Befreiung (FZLN) ist eines der jüngsten Beispiele. Wirkliche Stärke hat sie nie entwickeln können. Es ist nicht verwunderlich, dass ihr als Organisation keine wichtige Rolle bei der Zapatour zukam, wenn auch viele ihrer Mitglieder in den Vorbereitungskomitees aktiv waren. Die sich vor knapp zwei Jahren abzeichnende Möglichkeit, zusammen mit der damals enorm starken streikenden Studentenbewegung die Menschen im Land zu mobilisieren, ist auch passé - zumindest in der Aktualität. Der Oberste Streikrat (CGH) konnte letztendlich über zum Teil umstrittene Protestmaßnahmen hinaus keine Konzepte vorlegen und verlor zunehmend an Legitimität bei der eigenen Klientel. Selbst das repressive Vorgehen der Regierung mit der Räumung der Autonomen Nationaluniversität (UNAM) vor gut einem Jahr konnte die Studenten nicht mehr einen. Auf eine große, linke und unabhängige Gewerkschaftsbewegung können sich die Zapatisten ebenfalls nicht stützen. Die heftigsten Impulse könnten vielleicht noch vom Nationalen Indigena-Kongress

(CNI) ausgehen, der im Gefolge des Zapatistenaufstandes gegründet wurde. Das dritte landesweite CNI-Treffen Anfang dieses Monats - unter Anwesenheit der EZLN-Delegation war das bisher größte. Die Indigenas kündigten nach dem Vorbild in Ecuador eine »friedliche Erhebung« an, falls die Regierung ihre Forderungen nicht ernst nehmen. Allerdings gilt auch hier: die vielen verschiedenen Forderung und Interessen der über 50 Ethnien Mexikos unter einen Hut zu bringen, wird kein einfaches Unterfangen sein. Auf die in der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) organisierte Linke hat die EZLN nie allzu große Hoffnungen gesetzt. Wenn die bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2000 arg gebeutelte PRD als politisch wichtige Partei überleben will, muss sie sich von Grund auf erneuern. Welche der verschiedenen Strömungen - mit sehr unterschiedlichem Verhältnis zu den Zapatisten - sich in der PRD durchsetzen wird, ist noch ungewiss. Zu erwähnen sind noch die anderen mexikanischen Guerilla- Bewegungen, deren Zahl auf über ein Dutzend geschätzt wird. Nicht ihre individuelle Stärke, sondern ihre Präsenz an verschiedenen Orten des Landes macht sie zu einem Faktor, der nicht einfach ignoriert werden kann. Die EZLN hat deutlich gemacht, das von der alten PRI-Regierung von Fox übernommene Spiel der Einteilung in gute (EZLN) und böse (die anderen) Aufstandsbewegungen nicht akzeptieren zu wollen. Als die Zapatisten durch den Bundesstaat Guerrero zogen, erwähnte Subcomandante Marcos ausdrücklich FARP, ERPI und EPR und dankte dafür, dass sie der Karawane den Weg innerhalb ihrer Einflusszonen erleichtert hätten. Zunächst einmal haben die Zapatisten angekündigt, in der Hauptstadt bleiben zu wollen, bis die Gesetzes- und Verfassungsreform zu den Rechten und der Kultur der Indigenas in ihrer 1996 von der parteiübergreifenden Cocopa-Kommission erarbeiteten Version verabschiedet ist. Voraussichtlich wird das in der nächsten Sitzungsperiode des mexikanischen Kongresses geschehen, die am 15. März beginnt. Trotz der Widerstände in Fox konservativer PAN und der PRI zeichnet sich aufgrund des Drucks vom Präsidenten letztendlich eine große Mehrheit für die Initiative ab. Im weiteren Szenarium könnte die Regierung auch noch die Freilassung der letzten zapatistischen Häftlinge durchsetzen sowie tatsächlich noch drei weitere Militärstützpunkte räumen wie von den Zapatisten als Vorbedingung für die Aufnahme von Direktgesprächen gefordert. Das böte Fox die geeignete Grundlage, die EZLN zu einem endgültigen Friedensabkommen zu drängen und sie in der Öffentlichkeit als Verweigerer zu präsentieren, wenn sie sich dazu nicht bereit erklärt. Die Zapatisten ihrerseits müssen sich dieser Herausforderung stellen. Abseits eloquenter Kommuniques und ständig neuer Mobilisierungsideen ist ihr politisches Projekt nach wie vor unscharf. Auf einen inhaltslosen Frieden können sie sich nicht einlassen, wirkliche Veränderungen können sie nicht alleine durchsetzen. Was kommt nach dem Marsch und der Gesetzesverabschiedung, das ist die eigentlich spannende Frage, auf die weder die EZLN noch die übrige Linke eine befriedigende Antwort wissen. Wenn die Karawane der Zapatisten nur dem reinen »Bewusstseinstourismus« diente, von dem Carlos Monsiváis in der Zeitschrift proceso schreibt, muss es der Regierung Fox nicht bange sein. Aber noch ist die Chance, dass sich der Marsch nicht darauf beschränkt, nicht vertan.

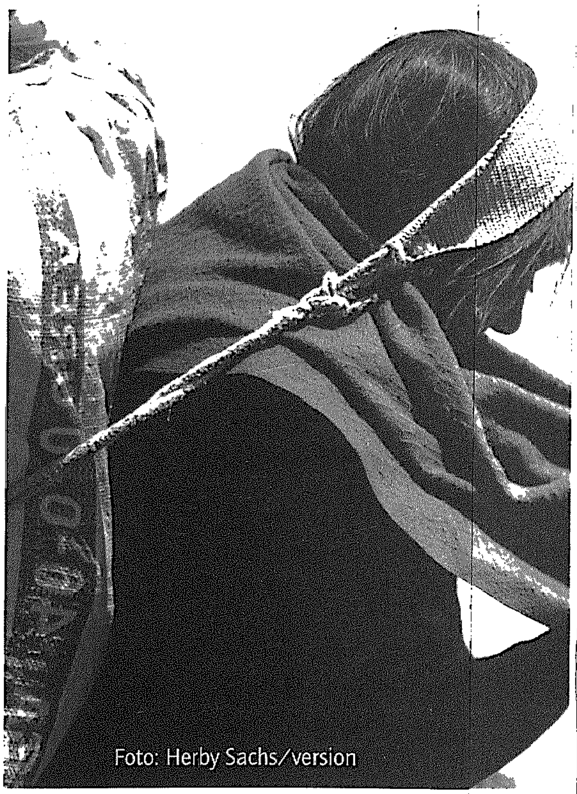

Foto: Herby Sachs/version


Foto: Herby Sachs/version

Verwässertes Indigena-Gesetz vom Senat verabschiedet.



Das viel diskutierte und seit Jahren von den Zapatisten geforderte »Gesetz über Kultur und Rechte der Indigenas« ist vom mexikanischen Senat mit den Stimmen aller Parteien verabschiedet worden. Es verändert unter anderem mehrere Artikel der Verfassung. Das noch ausstehende Votum im Abgeordnetenhaus wird spätestens für den 30. April erwartet, den letzten Tag der aktuellen Sitzungsperiode. Einige entscheidende Änderungen am ursprünglichen Entwurf der parteienübergreifenden Cocopa-Kommission lassen jedoch Zweifel aufkommen, ob auch die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) aus dem Bundesstaat Chiapas und das Bündnis »Nationaler Indigena Kongress« (CNI) der jetzt verabschiedeten Fassung zustimmen werden. Bei ihrem historischen Auftritt vor dem Parlament Ende März hatten sich die Zapatisten noch dafür eingesetzt, die Cocopa-Initiative zu verabschieden, »ohne einen Punkt oder ein Komma zu verändern«. Auch Präsident Vicente Fox, der an zügigen Friedensverhandlungen mit der EZLN interessiert ist und den Gesetzestext gleich zu Beginn seines Amtsantrittes im Dezember in das Parlament geschickt hatte, empfahl die vollständige Übernahme der Formulierungen. Im Senat setzten sich aber die Vorbehalte aus der konservativen Regierungspartei PAN und der größten Oppositionspartei PRI gegen einige Passagen des Entwurfes durch. Anders als ursprünglich vorgesehen wird den Indigena-Gemeinden nicht der Status einer juristischen Person in der Verfassung eingeräumt werden. Aus Einheiten öffentlichen Rechtes wurden »Einheiten öffentlichen Interesses«. Zwar ist das Recht der Indigena-Völker auf Autonomie erwähnt, doch der Begriff »Indigena- Territorien« kommt nicht mehr vor. Aus der »kollektiven« Nutzung der Naturschätze durch die Gemeinde ist in der verabschiedeten Gesetzesfassung die »preferenzielle« Nutzung der Naturschätze an den Orten geworden, die die »Gemeinden bewohnen und besetzen«.

Der neue Text trägt eindeutig die Handschrift derjenigen, die eine Sonderstellung der mexikanischen Indigenas befürchten und in Kollektivrechten einen Angriff auf das Privateigentum sehen. Eine Reihe weiterer Änderungen schränken die Rechte der Indigeans im Vergleich zur 1996 in der Cocopa beschlossenen Fassung ein. Die Unterschiede sind alles andere als Wortklauberei. Kritiker sprechen von der »Version Light« des Ursprungsentwurfes. Die verfassungsmäßige Anerkennung der Indigena-Völker sei »auf halbem Weg stehen geblieben«, meint die Juristin und Expertin in Indigena-Fragen, Magdalena Gomez. Andere sehen den Geist der Abkommen von San Andres nicht mehr gewahrt, die im Februar 1996 von der damaligen PRI-Regierung und den Zapatisten unterschrieben wurden. Die Parlamentskommission Cocopa hatte sich mit ihrer Initiative möglichst eng an die Abkommen halten wollen. Theoretisch könnte das mexikanische Abgeordnetenhaus das Gesetz wieder an den Senat zurück verweisen. Doch nur die linksgemäßigte PRD hat trotz ihrer generellen Zustimmung gegen einzelne Punkte der Initiative votiert. Sie sieht es auch als notwendig an, vor der Verabschiedung im mexikanischen Unterhaus eine erste Stellungnahme der EZLN abzuwarten. Aber die Mehrheit von PAN und PRI ist selbst dann noch ausreichend, wenn es einige Dissidenten in ihren Reihen geben sollte. Die Hoffnung, mit dem Gesetz endgültig den Weg für Friedensverhandlungen geebnet zu haben, könnte sich als trügerisch erweisen. Der Zeitungskommentator und frühere EZLN-Berater Luis Hernandez Navarro fasste in einem Interview zusammen: »Statt den Frieden einfacher zu machen, haben die Senatoren ihn kompliziert.«

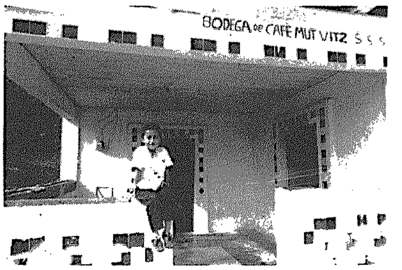
Worte von Comandanta Esther im Bundeskongress

Verehrter Bundeskongress: Legislatoren, Männer und Frauen des Komitees für Politische Koordination der Abgeordnetenkammer: Legislatoren, Männer und Frauen der vereinten Komitees für Verfassungsfragen und Indigene Angelegenheiten der Abgeordnetenkammer: Legislatoren, Männer und Frauen der vereinten Komitees für Verfassungsfragen und Indigene Angelegenheiten des Senates:Legislatoren, Männer und Frauen der Kommission für Versöhnung und Frieden (COCOPA)Abgeordnete: Senatoren:Brüder und Schwestern des Nationalen Indigenen Kongresses: Brüder und Schwestern aller indigenen Völker Mexikos:Brüder und Schwestern aus anderen Ländern: Menschen von Mexiko: Durch meine Stimme spricht die Stimme der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung. Das Wort das unsere Stimme ist, bringt einen Aufschrei. Aber unser Wort ist ein Wort des Respektes für diese Tribüne und für all jene, die ihn anhören. Sie werden weder Beleidigungen noch Unhöflichkeiten von uns erhalten. Wir werden nicht das gleiche tun, was sich am 1. Dezember 2000, im.fehlenden Respekt vor diesen legislativen Hallen ereignet hat. Das Wort das wir bringen ist wahr. Wir sind nicht gekommen um irgendjemanden zu erniedrigen. Wir sind nicht gekommen um irgendjemanden zu besiegen. Wir sind nicht gekommen um irgendjemanden zu ersetzen. Wir sind nicht gekommen um zu regieren. Wir sind gekommen, damit Sie uns zuhören könnnen, und wir Ihnen zuhören können. Wir sind gekommen um in ein Dialog zu treten.



Wir verstehen, dass unsere Anwesenheit in dieser Tribüne zu bitteren Diskussionen und Konfrontationen geführt hat. Es gab solche, die darauf zählten, dass wir diese Gelegenheit ausnutzen würden um zu beleidigen oder langanstehende Rechnungen zu begleichen,.dass dies alles Teil einer Strategie sei, um öffentliche Popularität zu gewinnen. Diejenigen die so dachten sind nicht anwesend.

Aber es gab auch solche, die auf unser Wort zählten und ihm vertrauten. Sie waren es, die diese Tür des Dialoges für uns geöffnet haben, und sie sind diejenigen die anwesend sind. Wir sind Zapatistas. Wir werden das Vertrauen, das viele in diesem Parlament und unter den Menschen von Mexico auf unser Wort setzen nicht verraten. Jene die wählten, unserem respektvollen Wort ein aufmerksames Ohr zu schenken, haben gewonnen. Jene die wählten, die Türen zum Dialog zu schliessen weil sie eine Konfrontation fürchteten, haben verloren. Denn die Zapatistas bringen das Wort der Wahrheit und des Respektes. Einige mögen gedacht haben, dass diese Tribüne von SupMarcos besetzt werden würde, und dass er es wäre der diese Hauptrede der Zapatisten halten würde. Sie können jetzt sehen, dass es nicht so ist. Subcomandante Insurgente Marcos ist genau das, ein Subcomandante. Wir sind die Comandantes, die gemeinsam kommandieren, diejenigen, die unsere Gemeinden gehorchend regieren. Wir gaben dem Sup und jenen, die seine Hoffnung und Träume teilen, die Mission uns zu dieser Tribüne zu bringen. Sie, unsere Kämpfer und Kämpferinnen, erfüllten diese Mission, dank der Unterstützung der zivilen Mobilisierung in Mexico und der Welt. Dies nun ist unsere Stunde. Der Respekt den wir dem Bundeskongress entbieten ist einer des Inhaltes, aber auch derForm. Der militärische Anführer einer Rebellenarmee befindet sich nicht in dieser Tribüne.



Alle Fotos: Rojo

Jene, die den zivilen Teil der EZLN repräsentieren sind hier, die politische und organisatorische Führung einer legitimen, ehrlichen, und konsistenten Bewegung sind hier, die zusätzlich, durch das Gesetz für Dialog, Versöhnung und einen Würdigen Frieden in Chiapas, eine legale Bewegung ist. Wir demonstrieren damit, dass wir nicht daran interessiert sind irgendeinen Groll und Misstrauen zu provozieren. Und so befinde ich mich hier, eine indigene Frau. Niemand wird irgendein Grund haben, sich angegriffen, erniedrigt oder herabgesetzt zu fühlen, wenn ich heute diese Tribüne betrete und spreche. Diese die jetzt nicht hier sind, wussten bereits, dass sie es ablehnen würden, dem zuzuhören, was eine indigene Frau ihnen zu sagen kam, und dass sie es ablehnen würden zu sprechen, weil ich es sein würde, die ihnen zuhören würde. Mein Name ist Esther, aber das ist jetzt nicht wichtig. Ich bin eine Zapatista, aber auch das ist in diesem Augenblick nicht wichtig.



Diese Tribüne ist ein Symbol. Deshalb verursachte sie so viel Kontroversität. Deshalb wollten wir in ihr sprechen, und deshalb wollten uns einige nicht hier haben. Und es ist auch ein Symbol, dass ich es bin, eine arme, indigene und zapatistische Frau, die das erste Wort haben würde, und dass die Hauptbotschaft unseres Wortes als Zapatisten die meine sein würde. Vor wenigen Tagen fand in diesen Legislativen Hallen eine sehr hitzige Diskussion statt, und in einer sehr knappen Wahl, gewann die Mehrheit. Jene die anders dachten und dementsprechend handelten, wurden nicht ins Gefängnis geschickt, noch wurden sie verfolgt, geschweige denn getötet. Hier, in diesem Kongress, gibt es kennzeichnende Unterschiede, einige von ihnen sind sogar widersprüchlich, und es gibt Respekt für diese Unterschiede. Aber auch mit diesen Unterschieden, fällt der Kongress nicht auseinander, er wird nicht balkanisiert, bricht nicht in viele kleine Kongresse auseinander, sondern - und genau wegen diesen Unterschieden - seine Regelungen werden aufgebaut. Und ohne das zu verlieren was jedes Individuum unterscheidet, wird Einheit bewahrt, und damit die Möglichkeit, durch gegenseitiges Einverständnis weiterzukommen.

Dies ist das Land, das wir Zapatisten wollen. Ein Land, in

dem Unterschiede anerkannt und respektiert werden. Wo anders zu sein und zu denken kein Grund ist, ins Gefängnis geschickt,.verfolgt, oder getötet zu werden. Hier in diesem Regierungspalast, gibt es sieben leere Sitze,.entsprechend den sieben Indigenas die nicht anwesend sein konnten. Und sie konnten nicht hier mit uns sein, weil die Unterschiede, die uns zu Indigenas machen weder anerkannt noch respektiert werden. Von den sieben, die abwesend sind, starb einer während den ersten Tagen des Januars 1994, zwei andere werden gefangen gehalten weil sie sich dem Abholzen der Bäume widersetzt haben, zwei andere befinden sich im Gefängnis, weil sie das Fischen als Lebensverdienst verteidigt und sich Piratenfischer widersetzt haben, und die letzten zwei befinden sich aus dem selben Grund unter Haftbefehl. Als Indigenas kämpften die Sieben für ihre Rechte, und als Indigenas erhielten sie als Anwort Tod, Gefängnis und Verfolgung.

In diesem Kongress gibt es verschiedene politische Kräfte, und jede von ihnen schliesst sich zusammen und arbeitet mit vollkommener Autonomie. Ihre Methoden, Vereinbarungen zu erzielen und die Regeln ihrer internen Koexistenz können mit Zustimmung oder Missbilligung betrachtet werden,.aber sie werden respektiert, und niemand wird dafür verfolgt, Teil der einen oder anderen parlamentarischen Fraktion zu sein, der Rechten, der Mitte, oder der Linken anzugehören. An dem Punkt an dem die Notwendigkeit erwächst, erzielen alle eine Vereinbarung und vereinen sich um etwas zu erreichen, das sie als gut für das Land erachten. Wenn sie nicht alle übereinstimmen, dann erzielt die Mehrheit eine Vereinbarung, und die Minderheit akzeptiert dies und handelt entsprechend des Mehrheitsbeschlusses. Die Legislatoren gehören einer politischen Partei an, einer bestimmten ideologischen Richtung, und sie sind gleichzeitig die Legislatoren aller mexikanischen Männer und Frauen, ungeachtet der politischen Partei der jemand angehört, oder der politischen Ideen.

Dies ist das Mexiko das wir Zapatisten haben wollen. Ein Mexiko in dem Indigenas Indigenas und Mexikaner sein werden, ein Mexiko in dem der Respekt für Unterschiede von dem Respekt für das was uns gleich macht ausgeglichen wird. In dem Anderssein kein Grund für Tod, Gefängnis, Verfolgung, Spott,.Erniedrigung und Rassissmus ist. In dem unsere von Unterschiede geformte Nation, immer souverän und unabhängig ist. Und nicht eine Kolonie, in der Plünderung, Ungerechtigkeit und Scham gedeihen. In dem, in den bestimmenden Momente unserer Geschichte wir alle über unsere Unterschiede hinweg zu dem aufsteigen was wir gemeinsam haben, das heisst, Mexikaner zu sein. Dies ist ein solcher historischer Augenblick.

In diesem Kongress regiert die Bundesexekutive nicht, noch tun es die Zapatisten. Noch regiert ihn irgendeine politische Partei. Der Bundeskongress besteht aus Unterschieden, aber alle haben als Gemeinsamkeit die Tatsache, Legislatoren zu sein, und die Sorge um das nationale Wohl. Diese Unterschiede und diese Gleichheit begegnen jetzt einer Zeit, die ihnen die Möglichkeit bietet sehr weit voraus zu sehen, und in diesem Augenblick, die kommende Stunde zu erkennen. Unsere Stunde, die Stunde der mexikanischen Indigenas, ist gekommen. Wir ersuchen darum, dass unsere Unterschiede und unser Mexikanertum anerkannt werden. Glücklicherweise für die indigenen Völker und für das Land, hat eine Gruppe Legislatoren wie Sie, ein Vorschlag für eine konstitutionelle Reform entworfen, die sowohl die Anerkennung der Indigenas sichert, als auch, damit zusammen, die nationale Souveränität bewahrt und stärkt. Dies ist der "COCOPA Gesetzesvorschlag", so genannt, weil es von Mitgliedern der Kommission für Versöhnung und Frieden des Bundeskongresses (COCOPA), Abgeordneten und Senatoren entworfen worden ist Wir sind uns dessen bewusst, dass dieser COCOPA Vorschlag einige Kritiken erhalten hat. In den letzten vier Jahren hat es eine Debatte gegeben, wie sie kein anderer legislativer Vorschlag in der gesamten Geschichte der Bundeslegislativen in Mexiko erhalten hat. Und während dieser Debatte wurden alle Kritik sorgfältig widerlegt, sowohl in Theorie als auch in Praxis.

Dieser Vorschlag wurde beschuldigt, das Land zu balkanisieren, die Tatsache ignorierend, dass das Land bereits gespalten ist. Ein Mexiko, das Reichtum hervorbringt, ein anderes, das sich diesen Reichtum aneignet, und ein anderes, ist das eine, das seine Hand um Almosen ausstrecken muss. Wir, die Indigenas, leben in diesem fragmentierten Land, dazu verurteilt uns für die Farbe die wir haben zu schämen, für die Sprache die wir sprechen, die Kleider, die uns bedecken, die Musik und der Tanz die unsere Trauer und Freude sprechen, für unsere Geschichte. Dieser Vorschlag wurde beschuldigt, Indianerreservate zu erschaffen, die Tatsache ignorierend, dass wir Indigenas in Wahrheit bereits getrennt leben, von dem Rest der Mexikaner abgegrenzt, und zusätzlich dazu, von Aussterben bedroht. Dieser Vorschlag wurde beschuldigt, ein rückständiges Gesetzessystem zu fördern, die Tatsache ignorierend, dass das gegebwärtige System nur Konfrontationen fördert, den Armen bestraft und dem Reichen Straflosigkeit sichert. Es verurteilt unsere Farbe und verwandelt unsere Sprache in ein Verbrechen. Dieser Vorschlag wurde beschuldigt, Ausnahmen im politischen Leben zu schaffen, die Tatsache ignorierend, dass jener, der gegenwärtig regiert, nicht regiert, sondern mehr seine öffentliche Position in eine Quelle des eigenen Reichtums verwandelt, und er weiss sich selbst sicher von Bestrafung und ist unantastbar, solange seine Amtszeit dauert. Meine indigenen Brüder und Schwestern, die mir im Gebrauch des Wortes folgen werden, werden genauer darauf eingehen. Ich würde gerne ein wenig über die Kritik sprechen, laut der das COCOPA-Gesetz die Diskriminierung und Marginalisierung der indigenen Frauen legalisieren würde.



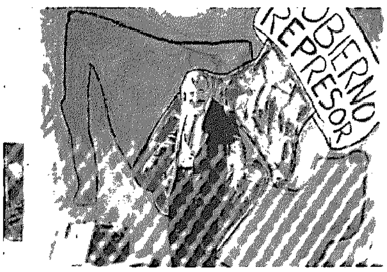
Señoras und Señores, Abgeordnete, Senatoren. Ich würde ihnen gerne die Situation der indigenen Frauen erklären, die in unseren Gemeinden leben, in der Annahme, dass Respekt für die Frauen vermeintlich von der Verfassung garantiert wird. Die Situation ist sehr hart. Viele Jahre lang haben wir Schmerz, Vergessen, Verachtung, Marginalisierung und Unterdrückung erlitten. Wir leiden unter dem Vergessen, weil sich niemand an uns erinnert. Sie schicken uns weg, um in den Ecken, den Bergen des Landes zu leben, damit niemand uns dort besucht oder sieht, wie wir leben. Währenddessen haben wir kein trinkbares Wasser, Strom, Schulen, würdige Behausung, Strassen, Klinken - geschweige den Krankenhäuser - während viele unserer Schwestern, Frauen, Kinder und Alte, an heilbaren Krankheiten, Unterernährung und bei der Geburt sterben, weil es keine Kliniken oder Krankenhäuser gibt, wo sie behandelt werden kön-

nen. Nur in der Stadt, wo die Reichen leben, haben sie wirklich Krankenhäuser.mit guter Fürsorge, und sie haben alle Diensleistungen. Wir erhalten keine Leistungen, auch in der Stadt nicht, weil wir kein.Geld haben. Es gibt keinen Weg zurück, wenn es einen gäbe, wären wir nicht in die Stadt gekommen. Wir kehren zur Strasse zurück, bereits tot. Es sind in erster Linie die Frauen, die den Schmerz der Geburt erleiden. Sie sehen ihre Kinder in ihren Armen sterben, an Unterernährung, an mangelnder Fürsorge. Sie sehen ihre Kinder auch ohne Schuhe, ohne Kleidung, weil sie nicht genug Geld haben, um sie zu kaufen; weil sie es sind, die sich um das Heim kümmern, sehen sie, dass sie nicht genug für Essen haben. Sie schleppen auch zwei oder drei Stunden lang Wasser, marschieren mit Eimern, ihre Kinder tragend, und sie erledigen alles, was es in der Küche zu erledigen gibt. Seit der Zeit, da wir sehr jung sind, fangen wir an, einfache Dinge zu tun. Wenn wir grösser sind, gehen wir raus, um auf den Feldern zu arbeiten, zu säen, Unkraut zu jäten, und unsere Kinder zu tragen. Währenddessen gehen die Männer weg um auf den Kaffeeplantagen und Zuckerrohrfeldern zu arbeiten, um ein wenig Geld zu verdienen, um mit ihren Familien davon zu zehren. Manchmal kehren sie nicht wieder, weil sie an Krankheiten sterben. Sie haben keine Zeit, um zu ihren Häusern zurückzukehren, oder wenn sie es tun, kehren sie krank zurück, ohne Geld, manchmal bereits tot. Und die Frau bleibt mit noch mehr Schmerz zurück, weil sie alleine für ihre Kinder sorgen muss. Wir leiden auch unter Verachtung und Marginalisierung seit dem Augenblick unserer Geburt, weil man nicht gut für uns sorgt. Man denkt nämlich, dass wir als Mädchen nichts wert wären. Wir wüssten nicht wie man denkt, oder arbeitet, oder wie wir leben sollen. Deswegen sind viele von uns Frauen Analphabeten, weil wir niemals die Gelegenheit hatten, zur Schule zu gehen. Und dann, wenn wir ein wenig älter sind, zwingen uns unsere Väter mit Gewalt zu heiraten. Es spielt keine Rolle, wenn wir es nicht wollen, sie fragen nicht nach unserer Zustimmung. Sie missbrauchen unsere Entscheidungen. Als Frauen schlagen sie uns, wir werden von unseren Ehemännern oder Verwandten misshandelt. Wir können nichts sagen, weil sie uns sagen, wir hätten kein Recht uns zu wehren. Die Mestizos und die Reichen verspotten uns indigene Frauen, wegen unserer Art uns zu kleiden, zu sprechen, unserer Sprache, unserer Art zu beten und zu heilen, und wegen unsere Farbe, welche die Farbe der Erde ist, die wir bearbeiten-Immer der Erde, weil wir dort leben.

Noch erlauben sie uns, uns an irgeneiner anderen Arbeit zu beteiligen. Sie sagen, wir sind schmutzig, weil wir, da wir Indigenas sind, nicht baden würden. Wir, die indigenen Frauen, haben nicht die selben Möglichkeiten wie die Männer, die alle Rechte haben, selbst zu entscheiden. Nur sie haben das Recht auf Land und Frauen haben keine Rechte, da wir das Land nicht bearbeiten und da wir keine menschlichen Wesen sind, leiden wir unter Ungleichheit.

Die schlechten Regierungen lehrten uns diese ganze Situation. Wir indigene Frauen haben keine gute Nahrung. Wir haben keine würdigen Behausungen. Wir haben keine medizinische Versorgung oder Bildung. Wir haben keine Arbeitsprogramme und deshalb darben wir in Armut. Diese Armut herrscht, weil wir von der Regierung aufgegeben wurden, die uns niemals als Indigenas bemerkt hat, und uns niemals in ihre Überlegungen miteingeschlossen hat. Sie haben uns wie irgendeine Sache behandelt. Sie sagen, sie würden uns Hilfe schicken, wie Progresa, aber das tun sie nur, um uns zu zerstören und zu spalten. Und das ist einfach wie das Leben und der Tod für uns indigene Frauen ist. Und sie sagen uns, dass das Cocopa Gesetz es zulassen wird, dass wir marginalisiert werden. Es ist das bestehende Gesetz das zulässt, dass wir marginalisiert und erniedrigt werden. Deshalb haben wir uns entschlossen, uns zu organisieren, um als zapatistische Frauen zu kämpfen, um die Situation zu verändern, denn wir sind des vielen Leidens ohne unsere Rechte müde.

Ich sage Ihnen das alles nicht, damit Sie uns bedauern oder kommen, um uns vor diesen Misshandlungen zu retten. Wir haben gekämpft, um das zu ändern, und wir werden dies weiter tun. Aber wir brauchen die gestzliche Anerkennung unseres Kampfes, denn bisher sind wir nicht anerkannt worden. Wir sind es, aber nur als Frauen, und auch dann, nicht vollständig. Zusätzlich dazu, dass wir Frauen sind, sind wir Indigenas, und als solche werden wir nicht anerkannt. Wir wissen welche die guten und welche die schlechten Sitten und Gebräuche sind. Die Schlechten sind das Schlagen und Verprügeln von Frauen, sie zu kaufen und zu verkaufen, die erzwungene Heirat gegen ihren Willen, und nicht befugt zu sein, an der Versammlung teilzunehmen oder das Haus zu verlassen. Deshalb wollen wir, dass das Gesetz für indigene Rechte und Kultur bewilligt wird. Es ist sehr wichtig für uns, die indigenen Frauen aus ganz Mexiko. Es wird dazu dienen, dass wir als Frauen und Indigenas anerkannt und respektiert werden. Das bedeutet, wir wollen, dass unsere Art, uns zu kleiden anerkannt wird, zu sprechen, zu regieren, uns zu organisieren, zu beten, zu heilen, unsere Methoden im Kollektiv zu arbeiten, das Land zu respektieren und das Leben zu verstehen, das die Natur ist, von dem wir ein Teil sind. Unsere Rechte als Frauen sind in diesem Gesetz ebenfalls enthalten, so dass niemand jemals wieder unsere Teilnahme, unsere Würde und Sicherheit in jeder Art von Arbeit, genau wie die Männer, verhindern kann.





Deshalb möchten wir allen Abgeordneten und Senatoren sagen, ihre Pflichten auszuführen und wahre Vertreter der Menschen zu sein. Sie sagen dass sie den Menschen dienen wollen, dass Sie für die Menschen Gesetze machen würden. Erfüllen Sie Ihr Wort, das wozu Sie Sich den Menschen gegenüber verpflichtet haben. Dies ist der Augenblick, den COCOPA Gesetzesvorschlag zu bewilligen. Jene, die für Sie gestimmt haben, und jene, die es nicht getan haben, aber auch Menschen sind, dürsten weiterhin nach Frieden und Gerechtigkeit. Erlauben Sie es niemandem noch länger unsere Würde zu beschämen. Wir bitten sie als Frauen, als Arme, als Indigenas, und als Zapatistas.

Señoras und Señores Legislatoren: Sie sind einem Aufschrei gegenüber empfindsam gewesen, der nicht nur der Aufschrei der Zapatisten oder der indigenen Völker ist, sondern aller Menschen Mexikos. Nicht nur derer die Arm sind wie wir, sondern auch der Menschen mit komfortablen Einkommen. Ihre Einfühlsamkeit als Legislatoren ermöglichte einem Licht die dunkle Nacht zu erleuchten in der wir Indigenas geboren werden, auf-

wachsen, leben und sterben. Dieses Licht ist der Dialog. Wir sind sicher, dass Sie Gerechtigkeit nicht mit Almosen verwechseln. Und dass Sie in unseren Unterschieden die Gleichheit zu erkennen wurden, die wir als menschliche Wesen und als Mexikaner, mit Ihnen und allen Menschen Mexikos gemeinsam haben. Wir applaudieren Ihnen dafür dass sie uns angehören, und deshalb wollen wir die Chance Ihres aufmerksamen Ohres nutzen, um Ihnen etwas wichtiges mitzuteilen: Die Ankündigung der militärischen Räumung von Guadalupe Tepeyac, La Garrucha und Río Euseba, und die Massnahmen die ergriffen werden um dies auszuführen, sind an der EZLN nicht unbemerkt verstrichen. Señor Vicente Fox antwortet nun auf eine der Fragen die unsere Menschen durch uns an ihn richteten: Er ist der oberste Befehlshaber der Bundesarmee, und die Armee folgt seinen Befehlen, ob zum Guten oder Schlechten. In diesem Fall sind seine Befehle ein Zeichen des Friedens gewesen, und deshalb werden, wir die Comandantes und Comandantas der EZLN, auch Befehle des Friedens an unsere Streitkräfte:



Erstens - Wir ordnen unseren Compañero Subcomandante Insurgente Marcos als militärischen Befehlshaber der regulären und irregulären Streitkräfte der EZLN an, alles nötige zu veranlassen, um sicherzugehen, dass keine militärische Vorstösse unserer Truppen auf die Positionen erfolgen, die von der Bundesarmee geräumt wurden, und anzuordnen, dass unsere Kräfte ihre jetzigen Positionen in den Bergen beibehalten. Wir werden auf ein Zeichen des Friedens nicht mit einem Zeichen des Krieges antworten. Die Waffen der Regierung werden nicht durch Zapatistische Waffen ersetzt werden. Die zivile Bevölkerung, die an den von der Bundesarmee geräumten Orten leben, haben unser Wort, dass unsere Militärkräfte nicht eingesetzt werden, um Konflikte oder Dispute zu beenden. Wir laden die nationale und internationale Zivilgesellschaft ein, an.diesen Orten Friedenscamps und Beobachtungsposten einzurichten, um auf diese Weise zu bezeugen, dass es dort keine bewaffnete Präsenz der Zapatisten gibt.

Zweitens - Wir weisen den Architekten Fernando Yañez Muñoz an, in kürzester Zeit mit der Kommission für Versöhnung und Frieden (COCOPA) und dem Friedensabgeordneten der Regierung, Senator Luis H. Alvarez Kontakt aufzunehmen, und vorzuschlagen, gemeinsam in den südöstlichen Staat von Chiapas zu reisen, um sich persönlich davon zu überbezeugen, dass die sieben Positionen frei jeder militärischen Präsenz sind, und somit eins der drei von der EZLN für die Wiederaufnahme des Dialoges geforderten Signale, erfüllt worden ist.

Drittens - Wir weisen den Architekten Fernando Yañez Muñoz an, sich bei der von Vicente Fox angeführten Bundesregierung in seiner Eigenschaft als offizieller Vermittler der EZLN mit dem Friedensabgeordneten der Regierung zu akkreditieren, und in Koordination mit ihm zu arbeiten, um die schnellstmögliche Erfüllung der verbleibenden zwei Signale zu erreichen, damit der Dialog formell wiederaufgenommen werden kann: die.Freilassung aller zapatistischen Gefangenen, und die konstitutionelle Anerkennung der indigenen Rechte und Kultur, gemäss des COCOPA. -Gesetzesvorschlages. Die Bundesregierung hat von diesem Augenblick an ein sicheres, vertrauenswürdiges und diskretes Mittel um bei den Bedingungen, die den direkten Dialog zwischen dem Friedensbeauftragten und der EZLN erlauben werden, Fortschritte zu machen. Wir hoffen, dass sie guten Gebrauch davon machen wird.

Viertens - Wir ersuchen den Bundeskongress respektvoll, da es hier ist, wo die Tür zum Dialog und Frieden geöffnet wurde, einen Raum in seiner Mitte zur Verfügung zu stellen, in dem - wenn der Friedensabgeordnete dies akzeptiert- das erste Treffen zwischen der Bundesregierung und dem Vermittler der EZLN stattfinden kann. In dem Fall, dass der Bundeskongress ablehnt, was wir verstehen würden,.ist der Architekt Yañez angewiesen, dafür zu sorgen, dass das Treffen, wo auch immer dies für angemessen erachtet wird, gehalten wird, wenn es sich dabei um einen neutralen Ort handelt, und die Öffentlichkeit über die Vereinbarungen, die dort geschlossen werden, immer informiert gehalten wird.

Señoras und Señores Legislatoren: Auf diese Weise machen wir unsere Bereitschaft für Dialog, für die Errichtung von Vereinbarungen und der Erzielung des Friedens deutlich. Wenn der Pfad zum Frieden in Chiapas nun mit Optimismus betrachtet werden kann, geschieht dies dank der Mobilisierung vieler Menschen in Mexiko und der ganzen Welt. Insbesondere ihnen würden wir gerne danken. Es wurde ebenfalls möglich gemacht von einer Gruppe Legislatoren, Männern und Frauen, die sich jetzt vor mir befinden, die einem legitimen und gerechten Wort ein Raum, ihr Gehör und ihre Herzen zu öffnen wussten. Einer Welt, die auf ihre Seite Vernunft, Geschichte, Wahrheit und Gerechtigkeit hat, die aber nichtsdestotrotz, noch nicht das Gesetz auf ihrer Seite hat. Wenn die indigenen Rechte und Kultur gemäss dem COCOPA Gesetzesvorschlag konstitutionell anerkannt sein werden, wird das Gesetz anfangen, seine Stunde mit der Stunde der indigenen Völker zu vereinen. Die Legislatoren, die uns heute ihre Türen und ihre Herzen geöffnet haben, werden dann die Befriedigung verspüren, ihre Pflichten erfüllt zu haben. Und dies wird nicht mit Geld bemessen, sondern mit Würde. Dann, an diesem Tag, werden Millionen mexikanische Männer und Frauen,.und jene aus anderen Ländern wissen, dass all das Leiden, das sie während diesen Tagen, und jenen, die noch kommen werden, ertragen haben, nicht umsonst gewesen ist. Und wenn wir heute Indigenas sind, werden wir darauf alle anderen sein, die wegen ihres Andersseins getötet, verfolgt und eingesperrt werden.

Señoras und Señores Legislatoren:Ich bin eine Indigena und eine zapatista Frau. Durch meine Stimme sprachen nicht nur die Hunderttausenden Zapatisten des mexikanischen Südostens. Milionen Indigenas aus dem ganzen Land und die Mehrheit der mexikanischen Menschen sprachen ebenfalls. Meine Stimme entbehrte kein Respekt für irgendjemanden, noch kam sie, um um Almosen zu bitten. Meine Stimme kam, um um Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie für die indigenen Völker zu ersuchen. Meine Stimme forderte und fordert, die konstitutionelle Anerkennung unserer Rechte und Kultur. Und ich werde mein Wort mit einem Ruf beenden, mit dem alle von Ihnen, jene die hier sind und jene die es nicht sind, einverstanden sein werden: Mit den indigenen Völkern! Viva Mexico! Viva Mexico! Viva Mexico! Demokratie! Freiheit! Gerechtigkeit! Aus dem San Lázaro Regierungspalast, Bundeskongress. Das Klandestine Revolutionäre Indigene Komitee - Generalkommandatur der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung Mexiko, März 2001, Ich danke Ihnen vielmals.

Solidaritäts-Plakat für die EZLN !



„Land und Freiheit! Unterstützt die EZLN!“

(A2-Format 4-farbig)

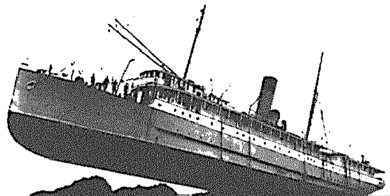
Alle Gewinne werden an die Zapatistische Bewegung in Chiapas / Mexiko gespendet!

Benefiz-Preis 5 DM + 3,- Porto (Versand in der Rolle + 10 DM)

ab 10 Stück 4 DM pro Ex.

Bestellungen an:

Gruppe B.A.S.T.A.
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64



...wenn Ideen nötig sind, die an die Wurzeln gehen

★ widerstand gegen staat und krieg ★ ökologie ★ antirassismus und antisexismus ★ gewaltfreier anarchismus u.v.m.

Jahresabo 45 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Straßburger Str. 24, 10405 Berlin, Tel./Fax: 030/4428185
www.comlink.de/graswurzel

graswurzel revolution

für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

Anzeigen

NEUERSCHEINUNGEN



Klaus Schönberger

VA BANQUE!

Bankraub. Theorie. Praxis. Geschichte.

Bei keinem anderen Delikt können Täter auf soviel Sympathie hoffen, wie nach einem gelungenen Banküberfall.

ISBN 3-922611-83-4 | 332 Seiten | 34 DM

Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus

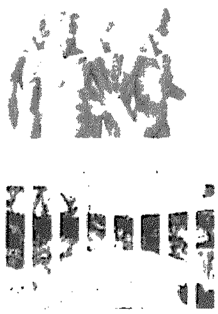
DURCHSCHNITTS-TÄTER

Handeln und Motivation



Zu Strukturen, Zuständen und Normen im faschistischen Deutschland sowie individueller Beteiligung beim Verfolgen und Vernichten.

ISBN 3-922611-84-2 | 272 Seiten | 32 DM



SCHÖNE, HEILE WELT?

Biomedizin und Normierung des Menschen

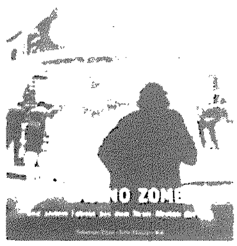
Biomedizin gilt als das Geschäft des neuen Jahrhunderts. Bio-Normierung tritt an die Stelle der Sozialpolitik.

ISBN 3-922611-78-8 | 192 Seiten | 24 DM

Mike Davis

CASINO ZOMBIES

Fabeln aus dem Neon-Westen der USA



Öffentliche Räume, Segregation, soziale Verelendung, Migration und Rassismus

ISBN 3-924737-44-4 | 272 Seiten | 32 DM

Assoziation Schwarze Risse Rote Strasse

Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin

...und im *Buchladen* Schwarze Risse das größte Sortiment linker Bücher.

Für die Reichen

Die Wahl zwischen

von Ilija Trojanow

In der Geschichte der Stadtplanung haben billige Unterkünfte stets die niedrigste Priorität genossen. Es wurde angenommen, daß die Leute, die auf der Suche nach einem Auskommen in die Stadt ziehen, schon irgendwie überleben werden. Das haben sie auch, in dem sie irgendein unbenutztes Stück Land okkupiert haben, sei es eine offene Fläche, einen Bürgersteig oder das Land am Rande der Bahngleise. Die Strategie, diese Realität nur widerstrebend anzuerkennen und sich sporadisch zu stellen, hat das Monster geboren, das wir den städtischen Slum nennen. Nun, da es uns allen ins Gesicht starrt, sollten wir begreifen: unsere Städte müssen sich endlich um die Unterbringung der Armen kümmern.

Kalpana Sharma, angesehene Journalistin aus Bombay

Wer weiß schon, wie es sich anfühlt, wenn das eigene Haus zerstört wird? Vor den eigenen Augen. Wenn der Hort unzähliger Erinnerungen von einem Stoß des Bulldozers niedergewalzt wird. Wer weiß das schon, außer diejenigen, die es selbst erleben, hinter einer Reihe von Polizisten kauernd. Die Bullen belassen es an diesem gnadenlos heißen Tag bei den drohenden Gebärden. Schweiß rinnt unter ihren Helmen herab, während sie die ohnmächtigen Beschimpfungen über sich ergehen lassen.

– Polizei, wer seid ihr denn schon! Ihr fresst den Armen alles weg!

– He, habt ihr etwa keine Kinder? Wenn deren Väter sich schon so mies benehmen, was soll dann aus dem Nachwuchs werden? Wer Kinder einfach auf die Straße setzt, der soll auf ewig verflucht sein!

– Hört auf, hört auf, ich bin doch nur eine arme Putzfrau! All mein Geschirr ist kaputt, kauft ihr mir neue Töpfe?

– Sie haben sogar unser Brunnen zugeschüttet. Jetzt haben wir nicht einmal Wasser zum Trinken. Jetzt ist alles hin!

Die Planierraupe rollt vor und zurück, pufft schwarze Wolken. Die Opfer sitzen im Schatten von Plastikplanen und klagen wie ein tragischer Chor, gelähmt durch das Wissen um die Schicksalhaftigkeit dieser Zerstörung.

– Es ist ja nicht das erste Mal. Wir haben unser Haus schon mehrmals wieder aufbauen müssen, und jedesmal hat es 25.000 Rupies (mehr als 1000 DM) gekostet.

– Was sollen wir dagegen tun? Mit dem Mund sind alle stark, aber lass mal die Polizei einen Angriff starten, da wirst du sehen, wie schnell die meisten wegrennen. Als wir uns gestern gewehrt haben, waren nur einige hundert.

Am Tag zuvor, als es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei kam, wurden einige Hütten niedergebrannt. Nun haben manche Einwohner in banger Voraussicht ihre Verschläge selber abgebaut, um das Material (Wellblech, Pappe, Plastik) wieder nutzen oder wenigstens verschachern zu können. Denn selbst die rostigste Platte bringt einige Rupien ein. In jeder Lichtung dieses Blechdschungels liegen zerfaserte Bündel auf Betten, schmutzige Kartons auf Matten: das Hab und Gut aus den Hütten, die der Bulldozer bald erreichen wird. Öldosen, Wasserkannister, Fernsehantennen. Staubiges Spielzeug in abgegriffenen Tüten. Eisengestelle. In der Nähe lauern schon die Pleitegeier, die den Rest für einige Münzen abkaufen werden.

Slum

So lautet das Wort, mit dem die Unterkünfte von fünfzig bis sechzig Prozent der Einwohner Bombays auf einen täuschend klaren gemeinsamen Nenner gebracht werden. Mit Slum wird meist

Für die Armen

Golfplatz und Slum?

ein zweites Wort assoziiert: encroachment, auf Deutsch nicht einfacher zu übersetzen als mit »illegaler Übergriff« (auf Eigentum an Grund und Boden). Denn kaum ein Slum steht auf rechtmäßig erworbenem und brav ins Grundbuch eingetragenem Land. Slums wuchern über jede Freifläche der Stadt, die nicht rigoros eingezäunt und bewacht wird. Im Nu entstehen Barackensiedlungen, ermöglicht durch die zynische Gier einer kleinen Gruppe von Ausbeutern: die Slumlords, die an Analphabeten Land verkaufen, das ihnen nicht gehört; die Politiker, die ihre schützende Hand über den Slum halten und Wählerstimmen gegen leere Versprechen eintauschen; die Beamten, die regelmäßige Zahlungen so selbstverständlich einfordern, wie Hausherren die Miete. Ein »Grundstück« von zehn mal zehn Fuß (ausreichend für eine fünfköpfige Familie, denn drei Viertel aller Familien hausen in einem einzigen Zimmer) kostet etwa 1000 Mark. Als Grundgebühr sozusagen, zu der sich monatliche Zahlungen addieren.

Hat man den Slumlord zufriedengestellt, folgt Schritt um Schritt eine trügerische Normalisierung. Wasser- und Stromleitungen werden angezapft und durch den neuen Slum verlegt. Ein Agent besorgt für bescheidene 200 Mark eine »ration card«, die einem nicht nur den Anspruch auf subventionierten Reis gewährt, sondern auch als eine Art Personalausweis dient, mit dem man sich etwa in die Wählerlisten eintragen lassen kann.

Ein geregeltes Leben kann beginnen. Die Kinder besuchen – wenn sie nicht arbeiten müssen – eine städtische Schule, die Eltern suchen Gelegenheitsarbeit, verdingen sich als Putzfrauen, Bauarbeiter, Taxifahrer, Handwerker oder Straßenverkäufer. Wer eine feste Unterkunft hat, wie eng und wacklig sie auch sein mag, hat wenigstens eine Zukunftsperspektive. Hat Nachbarn und eine Adresse. Hat eigenen Boden unter den Füßen, und nicht den Bürgersteig. Denn wer gerade erst in die Stadt gekommen ist, wen ein böses Unglück befallen hat, wer seit Jahrzehnten immer nur Pech hat, der landet wortwörtlich auf der Straße. Spannt eine Plastikplane über den Gehsteig und baut sich ein Heim in den Auspuffgasen. Seine nackten Kinder spielen am Straßenrand, jederzeit gefährdet durch jemanden, der es eilig hat. Shinaz Sheikh heißt so eine Unglückliche. Unter ihrer schwarzen Plastikfolie findet nur ein Bettgestell Platz. Unter diesem stehen ein Kerosinofen und zwei, drei Aluminiumtöpfe. Zwei Kleider hängen von einer Schnur, die quer durch den winzigen Raum gespannt ist. Mehr besitzt sie nicht. In dieser Behausung, in der man nicht aufrecht stehen kann, wohnt sie zusammen mit ihrem Mann, einem Zigarettenverkäufer und zwei Kindern, die nicht zur Schule gehen, weil »die Schule keine Bürgersteigadresse akzeptiert«. Das Essen kocht sie auf der Straße, Trinkwasser trägt sie in einem Gefäß auf dem Kopf aus einer Nebenstraße heran. Vor Sonnenaufgang hockt sie sich zum Waschen und Zähneputzen an den Rinnstein. Der Gang zur Toilette führt sie über zwei Kreuzungen in einen Park mit verkommenen öffentlichen Latrinen. Auch sie muß einem Gangster, der sich diesen Bürgersteig angeeignet hat, »Miete« zahlen. Und auch sie fürchtet eines am meisten: die Räumkommandos der Stadtverwaltung.

Die Slums sind gegen diese Gefahren besser gefeit, aber nicht immer kann das teuflische Trio aus korruptem Staat, verlogener Politik und gerissener Mafia (die Slumlords sind der Polizei meist namentlich bekannt) ihrer vorgeblichen Schutzverpflichtung nachkommen. Manchmal wird es übertrumpft von mächtigeren Interessen, und dann entscheiden Gerichte oder Stadtväter, daß

die »encroachments« abgerissen werden müssen. Mal benötigt die staatliche Eisenbahngesellschaft Platz für weitere Gleise, mal wird Raum für die Erweiterung eines Industriegebietes gebraucht, mal passt der Slum nicht zum Selbstverständnis einer mächtigen Institution (wie etwa im Falle des Nuklearen Forschungszentrums in Trombay, dem Stolz der Nation, in dessen Nähe sich ein Slum nicht so gut ausmachen würde).

Als besonders heikel erweist sich aber der Fall, der Bombay seit Jahren beschäftigt. Auf ersten Blick kollidieren nämlich zwei Interessen miteinander, für die man gerne Verständnis aufbringt: das Menschenrecht auf Unterkunft und der Umweltschutz. Sie prallen in scheinbar unlösbarer Weise aufeinander, weil direkt hinter den verzweifelt schimpfenden Menschen, deren Hab und Gut vernichtet wird, die grüne Lunge der Stadt beginnt, der Borivli-Nationalpark. Und weil alle abzureißenden Baracken sich innerhalb dieses Naturschutzgebiets befinden.

Borivli-Park

Mit dem Borivli-Park verfügt die Stadt Bombay über einen einzigartigen Schatz. Mitten in einer der Megacities dieser Welt trifft man auf einen Dschungel (das Hindi-Wort für Wald), der 103 km^2 misst und zwei natürliche Seen nährt, die ihrerseits mehr als zehn Prozent der städtischen Wasserversorgung garantieren. Zwischen Flughafen und Schwerindustrie tummelt sich eine wahrhaft tropische Artenvielfalt: 59 verschiedene Säugetiere und 299 Vogelarten hat man hier gezählt. Im September 1999 wurde sogar die sehr rare Atlas-Motte gesichtet, die mit einer Flügelspanne von 33 Zentimetern größte Mottenart der Welt. Sogar einige Leoparden lauern noch im Park, ernähren sich von herrenlosen Kötern. Jährlich werden etwa 15 Sichtungen gemeldet: in der technischen Hochschule IIT wurde einer auf dem Balkon des zweiten Stockes eingesammelt; und ein besonders ermüdetes Raubtier hatte sich nachts in einen geparkten Bus zum Schlafen gelegt und wurde rüde von einer hysterisch schreienden Passagierin früh am Morgen geweckt.

Man muß nur die erste Hügelkette überwinden, um das Wunder zu erfühlen. Eine Weile hört man noch jaulende Hindifilmmusik, einen ratternden Zug, hupende Autos, aber man sieht die Stadt nicht mehr. Statt von Werbetafeln ist man von Teakholzbäumen und Bambusdickicht umgeben. Die Luft wird spürbar besser, und bald weicht das urbane Gekrächze den ungeläufigen Lauten des Waldes.

Aber die Großstadt würde ihrem Ruf als gefräßiges Monster nicht gerecht werden, würde sie diese Idylle in Ruhe lassen. Schon sieben Prozent des Waldes sind von Steinbrüchen, Industrieanlagen, Schnapsbrennereien und »encroachments« besetzt. Im Norden nimmt eine ebenso hervorragend organisierte wie illegale Holzfällerei überhand, im östlichen Yeoor-Wald haben Politiker Wochenendhäuschen errichtet, sind Tempel aufgekommen, manche von ihnen so groß wie Zwei-Sterne-Hotels. Und im Süden hat sich ein Golfclub auf ehemaligem Waldgebiet ausgebreitet. All diese Übergriffe konnten nur mit Einverständnis von Forstamt, Stadtverwaltung und Polizei gelingen. Deswegen warnen Umweltschützer schon seit Jahren: Wenn es so weitergeht, wird es den Park nicht mehr lange geben.

Die Umweltschutzorganisation BEAG (Bombay Environmental Action Group) reichte 1995 Klage beim obersten Gericht ein, um den Park vor dieser kommerziellen Nutzung zu schützen. Im Mai 1997 ordnete der Bombay High Court die Entfernung aller illegaler Bauten an. Doch das war schneller beschlossen als getan. Immerhin stehen im Park etwa 61.000 Hütten, die 300.000 Menschen Unterkunft gewähren. Wenn man sich vorstellt, alle Einwohner Bonns würden in wenigen Wochen ihre Unterkünfte verlieren und auf ihren Bündeln am Straßenrand sitzen, kann man verstehen, wieso das Gericht der Regierung 18 Monate für die Umsiedlung dieser Menschen gewährt hat. Doch was im Amtsgebrauch Rehabilitierung genannt wird, hat in der Praxis in Indien noch nie funktioniert. Entweder behauptet die Regierung, nicht über genügend Land zu verfügen, oder sie verwurstelt politische Rücksichtnahme und Korruption, bis die Pläne zur Farce werden. Dabei zeigen Bürgerrechtsgruppen immer wieder auf, daß es allein in Bombay unbebautes Land für Millionen von Menschen gibt, nur fehle es der Regierung am Willen, teures Land armen Bürgern zur Verfügung zu stellen, wo es doch von Maklern und Bauherren viel lukrativer entwickelt werden kann.

Jahr für Jahr werden rund eine Million Menschen in Indiens Städte gespült, vertrieben von Staudämmen, Bergwerken, neuen Straßen und Hafenanlagen. Die meisten werden nur kümmerlich – wenn überhaupt – für den Verlust von Heim und Hof entschädigt und rutschen schnell ins Elend ab. Wenn schon rechtmäßige Eigentümer auf diese Weise ihrem Schicksal überlassen werden, was können dann ›Illegale Besetzer‹ erwarten? Auch für die aus dem Borivli-Park Vertriebenen will die Regierung kein Ersatzland in Bombay zur Verfügung stellen: Die 300.000 Menschen sollen auf unerschlossenem Land, fünfzig Kilometer entfernt, angesiedelt werden. Ein Planwahn. Doch das Gericht akzeptierte diesen Vorschlag und setzte Termine für die Durchführung der Zwangsumsiedlung an. Seither liegen die Bürgerbewegungen im Clinch, der zuweilen mit blumigen Beleidigungen ausgetragen wird. Jene Organisationen, die als Sprecher der Slumbewohner auftreten, an erster Stelle die NHSS (Nivara Hakk Suraksha Samiti – Organisation zum Schutz des Rechtes auf Unterkunft), lehnen das angebotene Land als ungeeignet ab und verurteilten die Abrissaktion als inhuman.

Nationalpark versus Slum

Der Widerstand wird aus einem kleinen Zimmer heraus koordiniert, in dem nur ein Schreibtisch und ein Regal voller Medizin steht sowie einige Polio-Plakate an der Wand hängen. Vor dem Eingang befindet sich eine Müllkippe, auf dem Kinder einen weggedroschenen Ball inmitten des plastikbunten Abfalls suchen. Ein älterer Mann mit stiller Würde empfängt die Besucher. Herr Chandrakant ist der Ansprechpartner für die Slumbewohner, die ihm stündlich berichten, wie weit die Bulldozer vorangekommen sind. Ein frisch gestriegelter, uniformierter Schüler sitzt mit geradem Rücken vor dem Schreibtisch und erzählt sichtbar erregt, daß sein Haus bald platt gemacht werden soll.

– Gestern haben wir uns den Abrisskolonnen in den Weg gestellt und Lieder gesungen. Wir haben gesungen, daß wir keine Angst haben. Auch wenn wir verlieren, wir werden unser Heim auf jeden Fall wieder aufbauen.

Manche der Leute, erklärt Chandrakant, leben schon seit fünfzehn, zwanzig Jahren auf diesem Land. Wieso sei die Entwicklung des Slums nicht früher gestoppt worden? Wie könne man einem Menschen nach fast einer Generation das Dach über dem Kopf wegreißen?

Von dem Büro der NHSS aus sieht man am Rande des Nationalparks zwei schicke Neubauten, eine breite asphaltierte Straße und dazwischen – wie billiger Füllstoff – die Slums. Etwas weiter am Parkrand entlang stößt man auf einen Steinbruch, der einen Teil des bewaldeten Hügels verschlungen hat. Bagger haben ihre Abdrücke in dem hellen Stein hinterlassen, als habe ein Raubtier hineingebissen. In der Nähe erheben sich die zehnstöckigen Monumente eines erfolgreichen Immobiliengeschäfts: elegante Wohnhäuser an der Parkgrenze oder jenseits von ihr – wer weiß das schon genau. Der schon geräumte Teil des Slums endet an einer imposanten Mauer mit Stacheldrahtkrone. Über diese Mauer – für die Umweltschützer die einzige Hoffnung für den Park – wird noch einiges zu sagen sein. Momentan dient sie nur als Hintergrund eines Schlachtgemäldes. Gebrochene Holzstücke staken aus einer plattgewalzten, graubraunen Masse. Inmitten des Schlachtfeldes steht eine einzige unberührte Hütte. Sie gehört Leuten, die sich einverstanden erklärt haben, außerhalb von Bombay rehabilitiert zu werden und die dieses Einverständnis mit der Zahlung von 5000 Rupien bestätigt haben. Neben der Hütte steht A.R. Bharati, der Direktor des Nationalparks, der die Arbeit des Abrisskommandos begutachtet. Was wird nun geschehen, Herr Bharati?

– Wir werden die Mauer weiterbauen, an allen gefährdeten Stellen hochziehen.

Wenn sie fertig ist, dürfte sie etwa 18 Kilometer lang sein. Und wir werden mit Hilfe von Schulkindern dieses Gebiet wieder begrünen. Der Direktor zeigt auf die gegenüberliegende Seite des Hügels. Dort hätten vor Jahresfrist noch Slumhütten gestanden. Der Erfolg sei schon sichtbar: schütteres Grün bedeckt den trockenen Boden.

P.K. Das, ein namhafter Architekt und führender Aktivist der HKSS, hält diese Zukunftsvision für unrealistisch. Zum einen seien die meisten Anwohner entschlossen, ihre Hütten wieder aufzubauen, müßten zukünftig also mit Waffengewalt davon abgehalten werden, zum anderen könne man Umweltprobleme nicht mit einer Mauer lösen. (Wenn sie denn überhaupt errichtet wird, denn in den letzten zwei Jahren hat die Regierung es gerade einmal geschafft, etwas mehr als einen Kilometer Mauer hochzuziehen).

– Auch wir sind für den Nationalpark. Keine Frage, er muß geschützt werden!

Aber Abreißen allein hat noch nie geholfen. Denn die Menschen lösen sich nicht in Luft auf, sie gehen nur woanders hin. Außerdem hängt die Wirtschaft dieser Stadt von den Menschen in den Slums ab. Sie sind ein wertvoller Teil der Gemeinschaft, keine Störenfriede oder Parasiten. Sie leisten billige Dienste für jene Reichen, die sich aufregen, wie sehr diese Menschen die Stadt verschandeln. Sie sind vollkommen marginalisiert, weil sie keinen Zugang zu den Machtzentralen haben, keine Kompetenz, sich einen Platz im System zu erkämpfen, keine Lobby. Deswegen gibt es weiterhin kein Gesetz für den Schutz oder die Rehabilitierung von Slumbewohner, weder auf Bundes- noch auf Landesebene. Und deswegen werden die betroffenen Menschen bei Problemen wie diesem nie eingespannt, sie werden nie um ihre Meinung gefragt. Stets wird über ihren Kopf hinweg entschieden. Der Gegenspieler des rhetorisch brillanten Sozialisten Das, der mich in seinem stilvoll eingerichteten Büro empfing, heißt Debi Goenka – er lebt in einem luxuriösen Appartement mit Blick auf den stark verschmutzten Powai-See im Osten Bombays. 1993 gehörte er zu den Gründern der BEAG. Er bestreitet nicht, daß Slumbewohner von der Gesellschaft oft in eine Opferrolle gedrängt werden, aber für ihn hat die Autorität des Gesetzes Vorrang:

– Ich fürchte, wir haben keine andere Wahl, als drastische Maßnahmen zu ergreifen, sonst geht der Park unter! Das Gesetz muß durchgesetzt werden. Wenn wir hart bleiben, werden schließlich alle die Botschaft verstehen, und die Landbesetzungen werden aufhören. Man darf doch einen Gesetzesbruch wie Landbesetzung nicht auch noch belohnen? Außerdem hat sich herausgestellt, daß viele jener Slumbewohner, die vom Staat ein neues Heim er-

hielten, ihre Wohnung verkauft haben und wieder in einen Slum gezogen sind. Den Verkaufserlös haben sie irgendwie vergeudet oder versoffen.

Von den Slums in Goregaon am südwestlichen Rand des Parks zum Royal Palms Golf and Country Club wäre es für eine der unzähligen Krähen Bombays nur eine Flügelschläge weit. Wo sich heute 18 Löcher landschaftsmodulierter Grünflächen über einen Quadratkilometer erstrecken, befand sich noch vor zehn Jahren Wald und Busch. Dann wurden die Baurestriktionen aufgehoben – genau genommen wurde mit sogenannten development rights geschachert, die es finanzkräftigen Bauherren ermöglichen, fast überall Bauland zu kreieren. Nun werden am Rande des Golfplatzes zwanzigstöckige Wohnhäuser mit schillernden Namen wir »The Maroccan« hochgezogen. Alle Bedürfnisse der Mitglieder sollen auf dem Areal befriedigt werden können, weswegen neben Luxuswohnungen auch Geschäftszeilen, Frisör- und Schönheitssalons und sogar ein Wellenbad mit künstlichem Strand vorgesehen sind. In der Anpreisung des Prospektes: »A world apart, an exclusive enclave«.

Das majestätische Klubhaus steht auf einem der höchsten Hügel der Stadt. Die Ölgemälde an den Wänden zeigen britische Aristokraten beim Tanz. Ein sanfter Walzer erklingt im Hintergrund. Keine Frage: Hier ist tatsächlich »die ideale Kombination von Natur und Freizeit« gelungen. Sogar die Luftqualität läßt nichts zu wünschen übrig, wie die international anerkannten Gutachter der Firma A.I.C. Watson bestätigen. Damit wird eine der Binsenwahrheiten der ökologischen Bewegung, dass nämlich Umweltverschmutzung alle Bürger gleichermaßen betrifft, in Frage gestellt. Wer sich den Mitgliedsbeitrag leisten kann, der kann auch im versmogten Bombay durchatmen und sich an dem Anblick satten Grüns laben. Im Aviarium genießt er den Regenwald, der einst dieses Gebiet überzogen hat. Eine verbesserte Version sogar, denn die beauftragten australischen Bioarchitekten planen, 70 fremde Vogelarten zu importieren, Teiche mit Fischen anzulegen und sogar eine tierärztliche Notaufnahme einzurichten.

The Royal Palms Golf Course ist der erste Golfplatz, der in Indien nach der Unabhängigkeit gebaut worden ist. Und das mitten ihn einer der am dichtesten besiedelten Städte der Welt. Ein Wahn, sagt P.K. Das.

– Anstatt die Armut zu entfernen, entfernen sie die Armen. Manchmal werden die Slumbewohner als menschliche Bulldozer mißbraucht. Sie besetzen sumpfiges Land, Land ohne irgendeinen Wert und heben das Land an, machen es bewohnbar. So gewinnt es an Wert. Städteplaner, Bauherren und Architekten erfahren davon. Und sie sagen: wartet mal, wie kann es angehen, daß wertvolles Land von den Armen besetzt gehalten wird. Daran sollten wir etwas ändern.«

Der Slumadvokat Das wirft dem Naturschützer Goenka vor, die Interessen der Privilegierten auf Kosten der Armen durchsetzen zu wollen. Er spricht von Klassenkampf. Womit er nicht so unrecht hat, denn die Umweltschützer gehören fast ausschließlich der oberen Mittelklasse an. Sie sehen sich angesichts der Überbevölkerung zunehmend in einem Konflikt mit den unbändigen Massen. Und sie beginnen aktiv, ihre bürgerlichen Rechte einzuklagen. In den letzten Jahren ist die Zahl der »public interest«-Klagen sprunghaft angestiegen. Bürger fordern saubere Straßen, begehbare Bürgersteige, offene Plätze, schöne Parks.

– Wir können nicht warten, argumentiert Debi Goenka, bis die sozialen Verhältnisse sich geändert, bis das Umweltbewusstsein der Menschen sich gebessert hat. Für müssen jetzt und sofort zum Schutz der Stadt tätig werden.

Wobei dem hochgebildeten Goenka die Ironie entgeht, daß die umweltbewusste Mittelklasse durch ihren hohen Verbrauch die Umwelt viel mehr belastet als die Slumbewohner, die notgedrungen sparsam mit Ressourcen umgehen und als Weltmeister im Recycling so gut wie nichts verschwenden. Leider hat in den letzten Jahren eine reine Konsumkultur überhand genommen, genährt von dem reichhaltigen Warenangebot, das die globalisierten Märkte zur Verfügung stellen. Die Wohlhabenderen haben geistig jeglichen Kontakt zur Unterschicht verloren; nun wünschen sie sich, auch den physischen Kontakt zukünftig vermeiden zu können. Doch es ist sehr fraglich, ob die Vision einer lebenswerten (Um)Welt langfristig gegen die große Mehrheit durchgesetzt werden kann.

– Wie können wir – noch einmal P.K. Das – in einer demokratischen Gesellschaft überhaupt etwas schützen, sei es einen offenen Raum, ein Recht oder ein Stück Natur? Wir können entweder Gewalt anwenden, d.h. die Polizei einsetzen, hohe Mauern errichten, das Bedrohte ständig bewachen lassen. Ober wir können die Bevölkerung organisieren und das Thema des Umweltschutzes mit den anderen lebenswichtigen Interessen verknüpfen. Die ökologische Frage ist nur im Zusammenhang mit der sozialen Frage zu lösen! Dieser Konflikt ist nicht nur für Indien beispielhaft.

Schon heute lebt die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, der Großteil in ähnlich miserablen Zuständen wie in den Slums von Borivli. Die Vorstellung, weiteren Zustrom gewaltsam aufhalten zu können, zeugt von großer Realitätsferne. Nichts wird in den ärmeren Ländern das Wachstum der Städte in absehbarer Zeit stoppen können. Die Lösung der urbanen Probleme kann nur mit und im Interesse der großen Mehrheit erfolgen, die stets dorthin zieht, wo sich wenigstens ein Fünkchen Hoffnung bietet. Stattdessen kürzt die öffentliche Hand überall ihre Investitionen und lässt somit jede Hoffnung auf eine Verbesserung der sozialen Lage fahren. Die öffentlichen sowie privaten Investitionen wenden sich zunehmend der Sicherheit zu.

Die Inseln der Glückseligkeit werden ummauert, die Bunker gepolstert.

Kurzes Kurzes Kurzes Kürzes

Grenzcamp 2001

»kein mensch ist illegal«
Rhein-Main-Region und Flughafen Frankfurt - Die inneren Grenzen im Visier. Vom 27. Juli bis zum 5. August 2001 wird in Frankfurt am Main das 4. antirassistische Grenzcamp unter dem Motto »kein mensch ist illegal« stattfinden.Wie die Jahre zuvor richtet sich auch das diesjährige Camp gegen das Grenzregime Deutschlands und Europas und stellt sich in den Zusammenhang und die Kontinuität der vielfältigen Kämpfe dagegen. Ohne falsche Bescheidenheit attackiert es das feinmaschige Netz, das von Grenzzaun, BGS-Patrouillen und Internierungslager über rechtliche Diskriminierungen, bürokratische Gängelung, populistische Reden, denunzierende Bürger bis zur Jagd auf Illegalisierte und tägliche Abschiebungen reicht. Das Camp mischt sich mit allen erdenklichen Mitteln ein - von der öffentlichen Veranstaltung, über solidarische Unterstützung bis zur möglichst störenden Aktion - gegen die Rassismen in diesem Land und fordert die Herrschaft des Passes mit dem goldenen Adler heraus.
Nach drei Campjahren in Orten direkt an der Grenze zu Polen und Tschechien wurde als Ort für diesen Sommer das Rhein-Main-Gebiet und der Frankfurter Flughafen gewählt. Fokussiert werden damit die »inneren Grenzen« des nationalen Grenzregimes. Der Schwerpunkt der anvisierten Aktionen liegt von daher auf dem Flughafenverfahren und dem Internierungslager am Rhein- Main- Airport. Mit einer überregionalen Abschlußdemonstration sollen am Samstag, dem 4. August 2001 den Forderungen nach der sofortigen Auflösung des Internierungslagers und dem Stop aller Abschiebungen nochmals Nachdruck verliehen werden.
Gegenstand des diesjährigen Camps sind auch die Grenzen, die legalen wie illegalen MigrantInnen das Leben in den städtischen Zentren der Region schwer machen - angefangen von innerstädtischen Personenkontrollen bis zu Diskriminierungen auf Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Eine besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kampagne der Organisation afrikanischer Flüchtlinge The Voice gegen die Residenzpflicht, d. h. dagegen, daß Flüchtlingen im Asylverfahren untersagt wird, den ihnen behördlich zugewiesen Bezirk zu verlassen. Die Mitglieder von The Voice verstoßen bereits mit ihrer Teilnahme am Camp gegen die Residenzpflicht. Die Legalisierung aller in Deutschland lebenden »Illegalen« ist eine zentrale Forderung des Camp- Zusammenhangs.
In der wirtschaftlich mächtigen und sich so weltoffen gebenden Muli- Kulti- Region Rhein- Main liegt die Herausforderung des Camps 2001 darin, deutlich zu machen, daß es radikalen linken Widerstand auch gegen den flexibilisierten Rassismus eines sich modernisierenden Migrationsregimes gibt. Gegen eine Politik, die Menschen in Kategorien »nützlich«, »hinreichend angepasst« und »kulturell bereichernd« sortiert und lenkt, sollen all die Initiativen und Praktiken unterstützt werden, die diese Ordnung durcheinanderbringen und sich ihr entziehen. Die politische Perspektive des Camps macht nicht halt bei Erleichterungen, Quotierungen, GreenCards oder »humanitären Verbesserungen«, sondern streitet für das Recht und die Möglichkeiten, daß jeder Mensch dorthin gehen und leben kann, wohin und wie er und sie will. Ohne wenn und aber.[...] Wir fordern hiermit alle Interessierten auf, sich am Grenzcamp 2001 zu beteiligen bzw. einzubringen.Informiert Euch und andere, macht den Termin bekannt, streitet mit, mobilisiert, bereitet eigene Aktionen vor undundund.»kein mensch ist illegal« - Camp!

Kontakt und weitere Informationen: Camp, c/o 3. Welthaus Frankfurt, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt / M. - Tel.: 069 - 79 20 17 72 (Mittw. 18 - 22 h) - Email: dwhffm@t-online.de (Betreff: Camp) - Internet: www.aktivgegenabschiebung.de/camp01/ und: www.noborder.org (internationale Camp-Kette)

Aktionstage gegen die Residenzpflicht

2001 Für den 17. bis 19. Mai rief ein Bündnis zahlreicher Flüchtlingsinitiativen aus der gesamten Bundesrepublik zu den »Aktionstagen gegen die Residenzpflicht« in Berlin auf. Initiatoren sind »The Voice Africa Forum« aus Jena und die Brandenburger Flüchtlingsinitiative aus Potsdam.
Unter dem Motto »Free movement is our right!« wurde eine Petition der Flüchtlinge an den Bundestag übergeben. Die Petition hat die Abschaffung des in Europa einmaligen Residenzpflichtgesetzes zum Inhalt.
»Hört damit auf, rassistische Gesetze umzusetzen. Es gibt nur eine Menschheit, sie kann nicht aufgespalten werden, auch nicht vom deutschen Staat.«- heißt es im Aufruf.[...]Mit dem seit 1982 praktizierten Residenzpflichtgesetz wird das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge praktisch abschafft. Sie dürfen den Landkreis, in dem sie gemeldet sind, nicht ohne Erlaubnis verlassen. Für sie ist es nahezu unmöglich, nicht gegen die Residenzpflicht zu verstoßen. Ein Beispiel:Blanche A. aus Togo lebt in einer Sammelunterkunft 7 km von Wismar entfernt. Sie fährt zu Landsleuten im Asylbewerberheim Wismar. Schlechte Nachrichten aus der Heimat Lomé - wieder sind einige Freunde verhaftet worden. Andere sind spurlos verschwunden - seit Wochen kein Lebenszeichen von ihnen. Jetzt hat sie den letzten Bus in den Nachbarort verpasst. Zu Fuß gehen kommt nicht in Frage - nach all den rassistischen Attacken in letzter Zeit. Als sie ausnahmsweise in Wismar im Heim übernachtet, kommt die Polizei mit Mannschaftswagen und Hunden. Sie nehmen Blanche mit und sperren die »Täterin« über Nacht ein. Blanche soll außerdem 200 DM Strafe zahlen. Ihr Vergehen: Das 7 km von Wismar entfernet Rüggow liegt im Landkreis Nordwestmecklenburg - Blanche hatte für Wismar keine schriftliche Besuchserlaubnis.Die Residenzpflicht kriminalisiert alle Flüchtlinge. Die permaneten Polizeikontrollen zur Durchsetzung des Gesetzes erwecken bei Beobachtern den Eindruck, dass Flüchtlinge etwas Kriminelles getan hätten. Der Parole der Rechtsradikalen vom »kriminellen Ausländer« wird mit jeder Polizeikontrolle Vorschub geleistet.

Die KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnenTHE VOICE Africa Forum e.V. Refugee Human Right Group (Jena)Flüchtlingsinitiative Brandenburg (Postdam)Bündnis gegen die Residenzpflicht (Berlin)

Kontakt * Christopher Nzoe, Brandenburger Flüchtlingsinitiative, Eisenhartstr. 13,14469 Potsdam, Tel./Fax: 0331-716499, Mobil: 0177-515 51 95* Cornelius Yufanye, The VOICE Africa Forum, Schillergässchen 5, 07745 Jena, Tel. 03641-665214 / 423794, Fax: 03641-423795 / 420270, Mobil: 0170-8788124, E-mail: The_VOICE_Jena@gmx.de2

Graswurzelrevolution jetzt mit deutsch-/türkischsprachiger Beilage: Otkökü

Die im März 2001 herausgekommene Graswurzelrevolution (GWR) Nr. 257 enthält als Beilage die erste Ausgabe der »Otkökü« (deutsch: Graswurzel). Konzipiert als vierseitige, türkisch/deutschsprachige Vierteljahresschrift soll Otkökü libertäre und gewaltfreie Ideen auch innerhalb der türkischen und kurdischen Community in Westeuropa bekannt machen und den Aufbau von gewaltfreien und libertären Bewegungen und Strukturen in der Türkei unterstützen.
Otkökü wird in Deutschland verlegt und herausgegeben. Auch Layout- und Lektoratsarbeiten werden von der GWR-Koordinationsredaktion in Münster übernommen. Anregungen, Layoutvorschläge, Fotos, Cartoons usw. sind sehr willkommen. Die inhaltliche Gestaltung, die Betreuung der AutorInnen, die Entscheidung über eingegangenes Material, die Organisation der Beiträge und Übersetzungen liegen in der Hand der Otkökü-Koordinationsredaktion in Izmir.Wir sind uns bewusst, dass die GraswurzelrevolutionärInnen in der Türkei unter schwierigen Bedingungen leben und arbeiten. Das gilt auch für Osman Murat Ülke, der die Aufgabe als Koordinationsredakteur der Otkökü übernommen hat. Osman lebte in Deutschland, bis er als 15-Jähriger in die Türkei übersiedelte. Nachdem er 1995 seinen Wehrpass verbrannt und seine Kriegsdienstverweigerung (KDV) öffentlich gemacht hatte, wurde er 1996 verhaftet und verbrachte seitdem mit Unterbrechungen bis März 1999 sein Leben im Gefängnis. Als Kriegsdienstverweigerer kann er jeder Zeit wieder verhaftet werden.
Inhaltlich geht es in Otkökü Nr. 1 z.B. um die Menschenrechtslage in der Türkei, die neuen Typ F-Gefängnisse und den osmanischen Völkermord an 1,5 Millionen Armeniern 1915.Wir hoffen, dass sich die antimilitaristischen, libertären, feministischen, u.a. undogmatisch linken Gruppen in der Türkei an diesem dezentral und basisdemokatisch organisierten Projekt beteiligen. Kontakte und das Netzwerk der MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen sollen peu á peu geknüpft und ausgebaut werden. Organisiert die Verteilung! Otkökü soll in hoher Auflage verteilt werden, z.B. in kurdischen und türkischen Läden, in internationalen Zentren, Buchläden, Kulturzentren, Universitäten, Cafes, Kneipen usw. Otkökü kann bei uns bestellt werden, solange der Vorrat reicht.
Graswurzelrevolution - für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft!
Bernd Drücke (GWR-Koordinationsredakteur)

Redaktion Graswurzelrevolution, Breul 43, D-48143 Münster. Tel.: 0(049)251-48290-57, FAX: 0 (049)251-48290-32, E-Mail: gwr-muenster@oln.comlink.apc.org
Graswurzelrevolution und Otkökü im Internet: http://www.comlink.de/graswurzelGWR-Vertrieb/
e-Mail: gwr.finanzen@t-online.de
Kontakt zur Otkökü: Otkökü, c/o Izmir Savas Karsitlari, 1468 Sokak No. 6/1, Alsancak-Izmir, Türkei. Tel.: 0090-232-4642492, Fax: 0090-232-4640842, e-mail: otkoku@operamail.com

Anares Buchvertrieb informiert:

★WEBSEITEN AKTUALISIERT★Endlich, nach monatelanger Erstarrung bewegt sich wieder einiges auf unseren Webseiten. Unter anderem ein Artikel aus der taz-Bremen über unser Antiquariat und Buch-Café »Andere Seiten«, der allen, die noch keine Gelegenheit hatten, selbst bei uns vorbeizuschauen, eine Vorstellung unserer neuen Räumlichkeiten vermittelt. Auch haben wir eine eigene Seite mit Informationen zu den drei bundesweiten anarchistischen Großveranstaltungen in diesem Jahr eingerichtet (Libertäre Tage, Anarchistisches Sommercamp, Anarchistische Wochen) sowie ein paar weitere Dinge verändert. Da für die nächste Zeit ebenfalls einiges ansteht, lohnt es sich wieder, öfter vorbeizuschauen unter http://www.anares.org/nord/ . (Denjenigen, die keinen Webzugang haben, schicken wir die Infos selbstverständlich auf Anfrage auch per Mail zu.)
★ANTIQUARIATSKATALOG 2001★ Unser neuer Antiquariatskatalog 2001 mit rund 1500 Titeln zu Anarchismus, Sozialismus, neuen sozialen Bewegungen, Frauenbüchern, Pädagogik und vielem mehr ist zwar bereits seit Anfang des Jahres erhältlich, trotzdem möchten wir diese Gelegenheit nutzen, um auf die Möglichkeit hinzuweisen, den Katalog kostenlos bei uns zu bestellen: Anares Nord, Brunnenstr. 15/16 D-28203 Bremen, Deutschland- E-Mail: anaresnord@gmx.de . Eine Webversion gibt es leider nicht, da wir uns momentan darauf konzentrieren möchten, unser komplettes Vertriebsangebot ins Datenbankformat zu übertragen um endlich eine Suchfunktion anbieten zu können.

Münster, den 17.April 2001:

Gesundheitsamt Besetzt

Erklärung der Initiative für ein soziales / kulturelles / politisches Zentrum in Selbstverwaltung: Mit der Besetzung des ehemaligen Gesundheitsamtes an der Robert-Koch Strasse realisieren wir unser Konzept für ein selbstverwaltetes soziales / kulturelles / politisches Zentrum und setzen damit fort, was mit der Räumung der besetzten Uppenbergschule im Februar 2000 seitens der Stadt blockiert und zerstört wurde. Zur Umsetzung unserer Ideen und Utopien wählen wir die Aktionsform der Hausbesetzung (als eine direkte Aktion), da seitens der Stadt auch nach der Räumung der Uppenbergschule keine Bereitschaft erkennbar war, uns ein geeignetes (Ersatz-) Objekt anzubieten. Anstatt uns in langwierigen und aussichtslosen Verhandlungen von der Stadt abhängig zu machen, wählen wir mit dem Prinzip der direkten Aktion den Weg der Eigeninitiative und schaffen uns dabei eine »temporär autonome Zone«. Es obliegt nun zwar der städtischen Macht, das Zentrum erneut durch einen Polizeieinsatz (gewaltsam) räumen zu lassen. Doch was uns niemand nehmen kann, ist die Erfahrung, dass unser Projekt nicht als blosses Konzept, sondern vielmehr als etwas Lebendiges existiert - getragen von zahlreichen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen. Der Kampf für ein Zentrum geht weiter - jeder Tag ist ein gewonnener Tag! Die Stadt ist nunmehr vor die Wahl gestellt, ihren Unwillen gegenüber einem Zentrum in unserem Sinne durch eine erneute Räumung unmissverständlich auszudrücken oder aber ihrer städtischen Verantwortung für die Raumbedürfnisse eines breiten Spektrums sozial, kulturell und politisch arbeitender Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen nachzukommen. Wir fordern die Stadt auf, uns das ehemalige Gesundheitsamt an der Robert-Koch Strasse zu überlassen. Das Gebäude soll in den Besitz eines unabhängigen Trägers, der von uns bestimmt wird, übergeben werden, so dass der Fortbestand des Zentrums langfristig garantiert ist und nicht durch politischen Umschwung oder personellen Austausch innerhalb von Rat und Verwaltung gefährdet ist. Wir fordern damit die Grundlage für ein Zentrum in Selbstverwaltung - für immer!
Letzte Nachricht vom 20.04.01: Besetztes Haus in Münster geräumt!

Die Türkei -ein Land der Verschwundenen und der Massaker

Die Türkei ist ein Land in dem auch die geringste Forderung des Volkes mitReppression, Unterdrückung, Terror, Verschwindenlassen und Massakerbeantwortet wird. Das wahre Gesicht des barbarischen Regimes ist letztes Jahr nocheinmal durch die Massaker in den Gefängnissen ans Tageslicht gekommen. Vom 19. Dezember bis zum 22. Dezember hat der Staat vor allerWeltöffentlichkeit mit Einsatz von 20.000 Bomben und über 8.000 Soldatenversucht den Hungerstreik und Todesfasten der politischen Gefangenen zubrechen und sie in die neu gebauten F-Typ Isolationsgefängnisse zu verlegen.Diese militärische Operation kostete 28 Gefangenen das Leben, mehrere Gefangene wurden bei dieser Operation bei lebendigem Leib verbrannt. Über tausend Gefangene wurden auf brutalste Art in die Zellen verschleppt. Weder das Massaker noch die Folter und Schikane in den Zellen konnten denWiderstand brechen. Mit gleicher Entschlossenheit setzen die Gefangenen in den Krankenhäusern und in den Zellen ihren Widerstand fort. [...] Ausserhalb der Gefängnisse wurden bei den Protesten der demokratischenÖffentlichkeit über 5000 Menschen festgenommen. Über 200 von ihnen wurdenverhaftet und in die neu gebauten Isolationszellen gesteckt. Dutzende von Vereinen wurden gestürmt und verboten. Neben all diesen Reppressionsmitteln hat der der Staat erneut mit Politik des Verschwindenlassens begonnen.Hierzu veröffentlichen wir die Erklärung von HAKLAR VE ÖZGÜRLÜKLER PLATFORMU, der PLATFORM FÜR RECHTE UND FREIHEITEN

IKM-Izolasyon Iskencesine Karsi Mücadele Komitesi/Komitee gegen Isolationshaft

DIE REGIERUNG VON SUSURLUK HAT ERNEUT MIT DER POLITIK DES VERSCHWINDENLASSENS BEGONNEN: WO IST YUSUF KIRMIZIOGLU?

Die Regierung führt Angriffe auf die gesamte Opposition durch. Im Anschluß auf das Massaker in den Gefängnissen und die Einführung der F-Typ-Gefängnisse, dauern die Repression und die Verbote gegen alleoppositionellen Kreise ohne Unterbrechung an. Neben den diversen Repressionspolitiken hat nun die Regierung erneut zur »Politik desVerschwindenlassens«, welche seit Jahren als Mittel zurEinschüchterung der revolutionär- demokratischen Opposition eingesetzt wird, gegriffen. Am 6. Januar ließ man YUSUF KIRMIZIOGLU und am 28. Januar die HADEP-Funktionäre SERDAR TANIS und EBUBEKIR DENIZ verschwinden.[...]Die Regierung, die das Volk mittels des Massakers in den Gefängnissen und den Verschwundenen in eine Angstsituation versetzen will und erklärt »Wenn ihr kämpft, dann ermorde ich euch, ich lasse euchverschwinden«, zeigt, daß sie ihre Susurluk-Politiken makellos zur Anwendung bringt. Susurluk befindet sich mit seinen Massakern, Folter undden Verschwundenen an der Regierung.Man hat YUSUF KIRMIZIOGLU, SERDAR TANIS und EBUBEKIR DENIZ verschwindenlassen. Auch andere können dem Verschwindenlassen zum Opfer fallen! LASST UNS NACH DEM VERBLEIB DER VERSCHWUNDENEN FRAGEN!

HAKLAR VE ÖZGÜRLÜKLER PLATFORMU(PLATFORM FÜR RECHTE UND FREIHEITEN)

IKM- Izolasyon Iskencesine Karsi Mücadele KomitesiKomitee gegen Isolationshafttel/ fax.:0049 / 40 / 28053625Adr.: Kreuzweg 12 - 20099 HamburgInternet.: www.noisolation.deE-Mail.: noisolation@ninebyte.de

Leonard Peltier - keine Begnadigung

An seinem letzten Tag im Amt wurden 160 Menschen von PräsidentClinton begnadigt und weiteren 46 ihre Haftstrafe erlassen. Obwohl inden letzten Wochen und Monaten die seit 1993 laufende Kampagne fürdie Begnadigung des indigenen politischen Gefangenen Leonard Peltierständig intensiviert wurde - unzählige Menschen und vieleOrganisation[...], viele Parlamentarier der USA, Frankreich und Grossbrittaniens und die Parteitage der Demokraten in den Bundesstaaten Washington und Kalifornien forderten die Freilassung Peltiers, lehnte Clinton eine Begnadigung ab. Leonard wurde 1975 zum Sündenbock für den Tod zweier FBI-Agenten nach einer Schiesserei auf der Pine Ridge Reservation zwischen den Agenten und Mitgliedern des American Indian Movement (AIM) am 26.Juni, gemacht. Als letzter von ursprünglich vier Angeklagten, dieAnklage gegen einen wurde fallengelassen und die zwei anderenAngeklagten wegen Selbstverteidigung freigesprochen, wurde Leonard ineinem manipulierten Verfahren von einem hierfür ausgewählten rassistischen Richter zu zwei Mal lebenslänglich verurteilt. Das FBI hat sich immer dafür eingesetzt, dass Leonard nicht frei kommt, weder durch vorzeitige Entlassung auf Bewährung noch durcheine Begnadigung. In Leserbriefen an und in Anzeigen in Zeitungen undauf ihren Webseiten stellen sie Leonard als gewalttätig und gefährlich dar und machen ihn verantwortlich für den Tod der beiden Agenten, obwohl die Staatsanwaltschaft schon vor 10 Jahren offen zugab, dass sie nicht weiss »wer die Agenten getötet hat«. Das FBI richtete eine kostenlose Telefonverbindung zum Weissen Haus fürGegner einer Begnadigung ein und der Direktor des FBIs intervenierte persönlich bei Clinton. Nicht ohne Erfolg. [...]

Weitere Infos unter:http://www.freepeltier.orghttp://www.nytimes.com/2001/01/19/politics/19CND-CLIN.htmlhttp://more.abcnews.go.com/sections/politics/dailynews/pardonlist010120.html

Veranstaltungen FAU Berlin
JUNI

Fr. 08.06,[22.00 Uhr] »Brigada Flores Magon«

Brigada Flores Magon aus Paris spielen klassischen 80er Jahre Streetpunk im Stil ihrer britischen Kollegen von »The Oppressed« und »Angelic Upstarts«. Sie verbinden den Spirit desStreetpunks mit politisch eindeutigen Aussagen. Nicht umsonst wurde der mexikanische Anarchist Flores Magon als Namenspate auserkoren: vier der fünf Bandmitglieder engagieren sich in der anarchosyndikalistischen CNT. [Veranstaltungsort: »Köpi«, Köpenicker Str. 137, BerlinMitte, SOstbahnhof, U8KarlHeineStr.]
Di. 12.06, [20.00 Uhr] »Die FAI in Spanien«
In der spanischen Revolution von 1936 spielte die FederacionAnarquista Iberica (FAI) eine bedeutende Rolle. Sie wurde als Modell einer spezifisch anarchistischen, bakuninistisch geprägten Geheimorganisation gegründet. Ihre Beziehung zuranarchosyndikalistischen CNT ist von Konflikten geprägt, ihr Einflußauf die CNT umstritten. In dem Vortrag sollen ihre Geschichte und ihr Wirken sowie die Vereinbarkeit des Konzepts von Organisationen wie der FAI mit anarchistischen Idealen kritisch beleuchtet und anschließenddiskutiert werden. [Veranstaltungsort: »Köpi«, Köpenicker Str. 137, Berlin Mitte, SOstbahnhof, U8KarlHeineStr.]
Do. 28.06. [20.30 Uhr] »Prekäre Jobs auf dem Land«

Über die soziale Situation der Beschäftigten in der Landwirtschaft ist wenig kannt. Im ersten Teil wird die Geschichte der Landarbeit in Brandenburg und Ansätzegewerkschaftlicher Organisierung vorgestellt. Im zweiten Teil geht es um die Entwicklung seit 1989, sowie gewerkschaftliche Organisierungsmöglichkeiten in diesem Bereich, außerdem wird eine aktuelle Broschüre der GNLL zum Thema vorgestellt, die u.a. auch Arbeitsrechtstipps enthält. [Veranstaltungsort: »Fischladen«, Rigaer Str. 83, BerlinFriedrichshain, U5 Samariterstr.]
So. 01.07. [19.30 Uhr] »Michail Bakunin zum 125. Todestag«
Zweimal zum Tode verurteilt, in Rußland eingekerkert, über Japanund Amerika nach Europa geflüchtet, nahm Bakunin bis zu seinem Tod an allen möglichen revolutionären Bewegungen und Aufstandsversuchen teil. Wolfgang Eckhardt, Herausgeber der »Ausgewählten Schriften« Bakunins, stellt anläßlich seines 125. Todestages die Ideen des erstenanarchistischen Revolutionärs vor. Eine gemeinsame Veranstaltung mit der Bibliothek der Freien (Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie)und der Stiftung Haus der Demokratie. [Veranstaltungsort: »Haus der Demokratie«, Greifswalder Str. 4, BerlinPrenzlauer Berg]
Freie ArbeiterInnen Union [FAUIAA]

Freie ArbeiterInnen Union [FAUIAA] Schreinerstr. 47 10437 Berlin fon/fax: 03042 08 97 38 email: faub@fau.org web: www.fau.org Terminverteiler der FAUBerlin: Bestellen: btsubscribe@list.fau.org

Brief von zwei inhaftierten Anarchisten

Am 8. März 2001 wurden 3 selbstgebaute Sprengsätze vor 2 Banken undeinem Fernsehsender in Salonica plaziert. Nur einige, wenige Stunden später werden die beiden Anarchisten T. FOURLIS und T. GINALAS verhaftet und als Urheber dieser Sprengsätze beschuldigt. Ihre Verhaftung kam deshalb zustande weil ein Polizist die beiden Anarchisten anscheinend gesehen hat, wie sie sich »verdächtig« in der unmittelbaren Umgebung des Tatortes aufgehalten hatten. Während der Verhaftung wurde den beiden Aktivisten Haare abgenommen, zwecks DNA-Analyse. Diese repressive Massnahme wurde unlängst inGriechenland durch die neuen Anti-Terror-Gesetze eingeführt (diemassgeblich auf Druck der USA in Kraft traten).Eine bürgerliche Tageszeitung hat am darauffolgenden Tag behauptetdie beiden Angeklagten hätten gestanden, was in keiner Weise stimmt. Am 13. März 2001 wurden die beiden Anarchisten dann in den Knastüberstellt. Hier Auszüge aus einem Brief, den sie nach ihrer Verhaftung verschickt haben:
»Wir werden seit dem 13. März 2001 im Gefängnis von Diabatonfestgehalten und angeklagt am 8. März 2001 Brandanschläge auf die Nationalbank, das Gesundheitsministerium und 'Star Channel' verübt zuhaben. Die einzigen Beweisstücke gegen uns sind die Aussagen von zwei Polizisten, die versuchen, uns mit lächerlichen Beschuldigungen für die oben genannten Anschläge verantwortlich zu machen. Sie wissen ganz genau, dass wir als Anarchisten nie (nicht einmal für eine Sekunde) daran gedacht haben den Widerstand aus der Gesellschaft gegenderen MörderInnen zu verurteilen. [...]
Thomas Fourlis Thodoris Ginalas 15. März 2001«
Die griechischen Behörden benutzen seit zirka 2 Jahren immer wieder die gleichen Taktiken um politische GegnerInnen verhaften zu können, nämlich indem sie einfach behaupten, die TäterInnen wiedererkannt zuhaben. Auf diese Weise versuchen sie die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung mit den Staatsbüttel zu kompensieren.

Anarchists' Coil, Athen, 3. April 2001

~~~~~~~~~~TILDE ~~~~~~~~~~

Das Internetfemzine - popfeministisch und seltsam ~~~~~~~~entwurzelt~~~~~~~~

~~~~~~~~! ab Juli im Netz !
www.copyriot.com/tilde

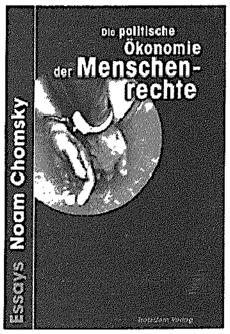
Mix in Planung:
queer-feministische Subjektkritik
Antifeminismus in bürgerlichen und linken Diskursen
Nachruf auf Lucienne Kléber
Quiz
das häßlichste Handy des Monats
Innenstadträume
Film zu Videoüberwachung

Abteilung Kurioses ohne Sinn und Verstand:

Karl Nagel, der »Hauptmacher« der »anarchistischen« Pogo-Partei APPD, ist nun endgültig im eigenen Grössenwahn versackt, in Sachen Neonazis gibt er zum besten: »Diesem blinden Vertrauen, das man hier plötzlich in die Berichterstattung der Medien setzt und sich so zum Spielball fremder Interessen macht, steht die interessante Tatsache gegenüber, dass die Medienkonsumenten erstaunlicherweisekaum eigene Erfahrungen mit der 'Nazi-Brut' machen.« Und diese direkten »Erfahrungen« holt Nagel anscheinend nun nach und nimmt Kontakt zu dem Neonazi Christian Worch und dem nationalen »Anarchisten« PeterTöpfer auf, jenem Leipziger, der so deutsch fühlt, dass er gerne in der »Uckermark« (d.i. die Ukraine in der Sprache des »Volks ohne Raum«) leben möchte.
~~~~~~~~

Trotzdem Verlagsgenossenschaft

TV



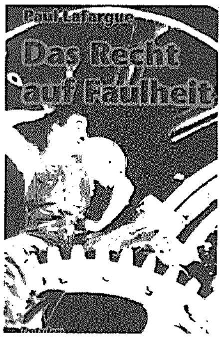
Noam Chomsky

Die politische Ökonomie der Menschenrechte

Aktuelle Aufsätze und Interviews zusammengestellt und übersetzt von Michael Schiffmann

ISBN: 3-931786-10-2,
Grafenau 2000, 32,- DM

Die Menschenrechte sind gegenwärtig eine wesentliche Legitimation westlicher Außenpolitik. Die Realpolitik reibt sich an dieser Leitlinie wenig. Chomskys Buch beinhaltet eine Fülle von Informationen zur aktuellen Menschenrechtspolitik und der Debatte um Neoliberalismus.



Paul Lafargue

Das Recht auf Faulheit

ISBN: 3-931786-03-X
Grafenau 2001, 12,- DM

»Arbeite, bis die Sinne schwinden!
Arbeite, bis die Kraft versiegt!
Arbeite – Wirst ja Ruhe finden,
Wenn dein Gebein im Grabe liegt«
(Georg Weerth, 1844/45)

Claude Lanzmann

Shoah -
die Geschichte der Massenvernichtung europäischer Juden

Mit einem Vorwort von Simone de Beauvoir

ISBN: 3-922209-87-4
Grafenau 2000, 34,- DM

»Claude Lanzmanns große Kunstfertigkeit besteht unter anderem darin, uns den Holocaust aus der Perspektive der Opfer, aber auch aus der Perspektive der »Techniker« vorzuführen, die ihn ermöglicht haben und die jede Verantwortung ablehnen.«



Murray Bookchin

Die Agonie der Stadt

ISBN: 3-922209-67-X,
320 S., 36,- DM

Das Standardwerk zu Social Ecology. Am Beispiel der Stadtentwicklung zeigt Murray Bookchin seinen Ansatz zur direkten Demokratie.



Michael Wilk

Macht, Herrschaft, Emanzipation – Aspekte anarchistischer Staatskritik

ISBN: 3-931786-10-2,
Grafenau 1999, 18,- DM

Diese Buch beleuchtet Aspekte von Macht und Herrschaft aus aktueller anarchistischer Sicht.

Alexander Berkmann
ABC des Anarchismus
ISBN: 3-931786-00-5,
127 S., 14,- DM
Eine leicht verständliche Einführung in die politischen Ideen des Anarchismus.

Peter Kropotkin
Der Anarchismus
ISBN: 3-922209-42-4,
160 S., 25,- DM
Dieser Band gibt eine ausführliche Darstellung der Geschichte des anarchistischen Denkens

G. Mergner/T. Kleinspehn
Mythen des spanischen Bürgerkrieges
Best.Nr. 3946, 4. Auflage,
169 S., 26,- DM
Eine kritische Auseinandersetzung mit linken Mythen des spanischen Bürgerkrieges

Seit mehr als zwanzig Jahren erscheint im Trotzdem Verlag ein engagiertes Programm. Unsere Bücher zu aktuellen politischen Themen sind längst Bestandteil der Diskussion um eine andere Gesellschaft.

Trotzdem Verlagsgenossenschaft

Mit einer Einlage von 500 DM können sich alle an der Genossenschaft beteiligen und sichern so dem Verlag eine dauerhafte finanzielle Basis. GenossenschaflerInnen sind an den wichtigen Entscheidungen beteiligt und erhalten alle gewünschten Verlagspublikationen zum Mitgliedsrabatt.

Postfach 1159 71117 Grafenau

E-mail: TrotzdemuSf@t-online.de
www.txt.de/trotzdem

Sozialstaat und Rassismus

oder vom Liberalismus zum Staatsrassismus

Teil 2



Fotos: Theo Heimann

von Jürgen Mümken

Die Sozialversicherung ist auch eine Versicherung gegen Revolutionen.
François Ewald

Die Verteidigung der Gesellschaft

Die »Regierung des Sozialen« funktioniert durch die Institutionalisierung von zwei symmetrische und gegensätzlichen Schritten: »die Verteidigung der Gesellschaft gegen das Individuum, das sie bedroht, (und) der Schutz des Individuums gegen die Risiken, die ihm die Gesellschaft auferlegt« (Donzelot, 1995, 55). Diese scheinbare Gegensätzlichkeit hat ihre Ursache in einer klaren Trennungslinie, die das Soziale etabliert hat, zwischen zwei Formen von Bevölkerung und zwei Formen ihrer Behandlung:

»Die Normalen auf der einen und die Abnormalen auf der anderen Seite. Die Erfindung des Sozialen ist nicht zu trennen von der Entdeckung der ›Perversen‹, ›Degenerierten‹ und ›Extremisten‹, die ständig auf eine Norm verweisen, die sie definiert und eine Regel, deren Ausnahme sie repräsentieren« (Lemke 1997, 223f).

Der Sozialstaat – als Versicherungsgesellschaft – macht auf anderen Seite eine »Verteidigung der Gesellschaft« notwendig, die davon ausgeht, dass abweichende, unzuverlässige und unberechenbare Individuen gefährlich für den Bestand der Gesellschaft sind. Dies führt zu einem Staatsrassismus: der Konstitution von gefährlichen Individuen und Klassen und zu einer sozialen Medizin. Unter Staatsrassismus versteht Foucault einen Rassismus, »den die Gesellschaft gegen sich selber, gegen ihre eigenen Elemente, ihre eigenen Produkte kehrt, ein innerer Rassismus permanenter Reinigung, der zu einer der grundlegenden Dimensionen der gesellschaftlichen Normalisierung wird« (Foucault 1999, 75).

Foucault analysiert die Entstehung des modernen Rassismus als eine Entwicklung vom »Krieg der Rassen« zum Staatsrassismus. Innerhalb des »Krieges der Rassen« wird davon ausgegangen, das eine Gesellschaft mindesten von der Existenz von zwei »Rassen« durchzogen ist (vgl. Lemke 1997 und Maigros 1995). »Rasse« ist in diesem Sinn nicht biologistisch zu sehen, sondern als soziale Kategorie: die Herrschenden als eine »Rasse« und die Beherrschten als eine andere. Die sozialen Kämpfe im Feudalismus und Absolutismus waren demnach »Rassenkämpfe«. Als aus den »Rassenkämpfe« die Klassenkämpfe in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wurden, wurde der Rassebegriff frei für eine biologistisch-soziale Umformlierung.

Die historische Transformation des »Krieges der Rassen« in den modernen Rassismus und Staatsrassismus hat zu einer Verschiebung von einer Pluralität von »Rassen« zum Singular einer »Rasse« geführt. Das Thema einer in zwei »Rassen« geteilten binären Gesellschaft wurde durch das Thema einer biologisch monistischen Gesellschaft ersetzt. Die »biologische Einheit« Menschen ist in diesem Rassediskurs nicht mehr in einer gemeinsamen Geschichte zu suchen, sondern in ihrem »biologischen Erbe« und ihrer »Gesundheit«. Dadurch verändert sich ebenfalls das Thema des Staates:

»Der Staat ist nicht mehr das Instrument einer Rasse gegen eine andere, sondern ist und wird zum Beschützer der Integrität, der Überlegenheit und Reinheit der Rasse. Die Idee der Reinheit der Rasse mit allem, was sie zugleich an Monistischen, Staatlichen und Biologischem enthält, tritt an die Stelle der Idee des Rassenkampfes« (Foucault 1999, 95).

In dem Moment als das Thema der Reinheit der »Rasse« jenes des Rassenkampfes ablöst, wird der moderne Rassismus geboren, vollzieht sich die Umwandlung in einem biologisch-sozialen Rassismus. Die Gesellschaft wird nicht mehr von außen bedroht, sondern durch heterogene Elemente im inneren der Gesellschaft. Die Heterogenität der Elemente strukturiert aber nicht mehr eine binäre Gesellschaft, die in zwei »Rassen« gespaltet ist, sondern sie etabliert eine substantielle Differenzierung: »Es sind die ›Fremden‹, ›Abweichenden‹, ›Anderen‹, das heißt die (Neben-)Produkte der Gesellschaft selbst, die ihre Bedrohung ausmachen. Die Gesellschaft produziert aus sich heraus Gefahren, die sie permanent bedrohen« (Lemke 1997, 226). Jetzt geht es nicht mehr um eine Schlacht im kriegerischen Sinn, sondern um einen beständigen biologischen Kampf: »um Differenzierung der Arten, Selektion des Stärksten, Bewahrung der am besten angepaßten Rassen usw.« (Foucault 1999, 94). Es findet zum ersten Mal eine Reflexion des »Biologischen im Politischen« statt. Der Rassismus konstituiert sich laut den Beobachtungen von Foucault gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einer umfassenden Herrschaftsstrategie,



als eine »Technologie der Macht«. Jetzt geht es nicht mehr um die klassische liberale Thematik, wie wir uns gegen die Gesellschaft verteidigen, sondern: »Wir müssen die Gesellschaft gegen alle biologischen Gefahren dieser anderen Rasse, dieser Unter-Rasse, dieser Gegen-Rasse verteidigen, die wir – wider Willen – immer wieder hervorbringen« (Foucault 1999, 75).

Der Rassismus ist für Foucault eine Form der »Regierung des Sozialen«, »die eine scheinbar technisch-neutrale Steuerung einer biologischen Entität jenseits politisch-rechtlicher und ökonomischer Kategorien erlaubt« (Lemke 1997, 227). Die politische Leistung des Rassismus als Machttechnologie des Staates ist die Entpolitisierung und Entdramatisierung sozialer Konflikte, in dem auf die Natur und ihre Gesetze und Zwänge verwiesen wird. Durch den Rassismus werden gesellschaftliche Verhältnisse naturalisiert und biologisiert. Diese Naturalisierungen und Biologisierungen bedeuten aber keineswegs die Abwesenheit von Politik, denn die Gesellschaft braucht eine zentrale Instanz, die sie steuert, lenkt und führt, die in der Lage ist, die »Reinheit der Rasse« zu garantieren und stark genug ist, gegen die »feindlichen Elemente« im Inneren und äußeren der Gesellschaft vorzugehen. Die Politik, die jetzt eine Bio-Politik ist, braucht den modernen Staat für ihre Ziele, für die »Verteidigung der Gesellschaft«. Der Rassismus ist die Grundlage der Rationalität des staatlichen Handels und artikuliert sich als »Staatsrassismus«. Der Staatsrassismus ist das Ordnungsprinzip des modernen Staates.

Gefährliche Individuen als »soziale Rasse«

Der Staatsrassismus verteidigt die Gesellschaft nicht nur gegen die »biologischen Gefahren«, sondern auch gegen »gefährliche Individuen« und »gefährliche Klassen«, die er selbst konstituiert hat. Die Einführung des sozialen Risikos anstelle des klassisch-liberalen Prinzips der individuellen Verantwortung ging einher mit einer Transformation des liberalen Strafrechts. Die »Verteidigung der Gesellschaft« bringt eine neue Strafrationalität hervor, in der die Sanktion eine neue Bedeutung hat:

»Sie zielt nicht mehr auf die Bestrafung eines Rechtssubjekts, das freiwillig und aus eigenen Willen das Gesetz gebrochen hat, und auf seine Wiedereingliederung in die Rechtsgemeinschaft, sondern hat nun mehr die Aufgabe, soweit als möglich das kriminelle Risiko zu vermindern, das von dem Individuum ausgeht und es gegebenenfalls ›unschädlich‹ zu machen« (Lemke 1997, 229).

Während das »Sozialrecht« als Versicherung gegen »gefährliche Klassen« installiert wurde, soll die Transformation des Strafrechts den Schutz vor »gefährlichen Individuen« gewährleisten. Innerhalb der liberalen Straftheorie stand noch das Prinzip des freien Willens und der individuellen Verantwortung im Mittelpunkt. Ein Verbrechen kann von jeder und jedem verübt werden, da die liberale Freiheit auch die Freiheit einschließt, ein Verbrechen zu begehen. Die »Verteidigung der Gesellschaft« verändert diese Sichtweise grundsätzlich und transformiert die klassisch-liberale Rechtstheorie in eine »soziale Rechtstheorie«. »Kriminelle« sind von nun an keine rationalen Wesen mehr, die sich über die Freiheit des Willens bestimmen, sondern Personen, »deren psychische und moralische Konstitution nicht normal ist. Und weil der/die ›Kriminelle‹ nicht normal ist, macht es keinen Sinn nach Motiven, Interessen oder Absichten der Tat zu suchen« (Lemke 1997, 229). Die Kriminellen bilden ähnlich wie die pauperisierten Massen ein Milieu, das von krankhaften und defizienten Persönlichkeiten gebildet wird. Die Handlungen von »Kriminellen« sind nicht mehr das Resultat einer allgemeinen »Natur« des Menschen, im Sinne eines Missbrauchs der Freiheit, sondern Ausdruck einer spezifischen Natur des Bösen. Die Verbrecherin und der Verbrecher werden nicht mehr als Individuum vom Recht erfasst, sondern als eine »soziale Rasse«. Die »Kriminellen« sind ebenso wie die »biologischen Gefahren« ein (Neben-)Produkt der Gesellschaft. Die Gesellschaft bringt die »Kriminellen« immer wieder selbst hervor, muss sich dann aber vor diesen schützen.

Die Objektivierung der VerbrecherInnen führt dazu, dass das »kriminelle« Individuum nicht als Einzelfall betrachtet wird, sondern als Teil einer Kollektivsubjektivität einer »sozialen Rasse«. Das Verbrechen wird durch den Rassismus »normalisiert«, »indem er den Verbrecher als abnormalen Bestandteil der Gesellschaft konzipiert und ihn in die Gesellschaft als ihre innere Grenze ›zurückholt‹. Aus diesem Grund ist der Verbrecher kein Monster oder Naturwesen mehr, das außerhalb der Gesellschaft steht, sondern ein widernatürliches Element der sozialen Natur« (Lemke 1997, 234).

Das klassisch-liberale Strafrecht baute – wie schon weiter oben gesagt – auf die liberale Freiheit und der individuellen Verantwortung auf und stand dadurch vor dem Problem, ob das Fehlverhalten eines Individuums als Geisteskrankheit oder Delinquenz zu betrachten sei. Die oder der Geisteskranke war keinE DelinquentIn, ihre oder seine Tat kein Verbrechen, sondern ein



Symptom einer Krankheit. »Die Verurteilung eines Verbrechens setzte also notwendig ein Rechtssubjekt mit einem freien Willen voraus« (Lemke 1997, 234). Die Entwicklung vom liberalen Strafrecht zum »sozialen Strafrecht« führt zu einer Auflösung dieser Grenzen und zu einer Vermischung der beiden Kategorien. Aus dem delinquenten Individuum wird einE »Kriminelle«, die oder der sich durch eine bestimmte psychologische-moralische Disposition auszeichnet. VerbrecherInnen werden in diesem Diskurs tendenziell zu Geisteskranken und das liberale Prinzip des freien Willens wird durch medizinisch-psychiatrische Kategorien ersetzt: »die alte Dichotomie, die entsprechend den Bedingungen des Zivilrechts das Subjekt als delinquent oder krank qualifizierte, ist vollständig eliminiert. Heute gibt es nur zwei Möglichkeiten: ein wenig krank und wirklich delinquent oder ein wenig delinquent und wirklich krank zu sein. Der Delinquent kann seiner Pathologie nicht entkommen (...). Die der Pathologie verliehene Übermacht wird zu einer allgemeinen Regulationsform der Gesellschaft. Die Medizin hat heute kein Feld mehr, das ihr äußerlich wäre« (Foucault zitiert nach: Lemke 1997, 234f).



Analog zum »sozialen Risiko« der Versicherungsgesellschaft führt die Transformation des Strafrechts zu einer »sozialen Verteidigung« der Gesellschaft den Begriff »Gefahr« ein. Der sehr flexible Begriff der Gefahr ist ein paradoxer Begriff, »da er zugleich ein abstrakte Möglichkeit und eine konkrete psychische Kapazität bezeichnet« (Lemke 1997, 235). Der Vorteil der Kategorie der »Gefahr« ist, dass sie auch jenseits der »Kriminellen« angewendet werden kann. Gefahren gehen auch von anderen sozialen Gruppen und Klassen für die Gesellschaft aus:

»Das Neuartige am Ende des 19. Jahrhunderts ist, dass die Erfassung vorn Randgruppen mit der Vorstellung von Gefahr, wie sie die neuaufkommende Kriminologie entwickelte, auf ihren Begriff gebracht wurde. Das, was, Bedürftigkeit, Landstreicherei, Kriminalität, Verderbtheit miteinander verbanden, war die Gefahr, die sie für die Gesellschaft verkörperten. Die Wahrnahme von Individuen in Gefahr als potentiell bedrohlich und ihre psychiatrische, fürsorgliche und repressive Verwaltung, bildet das Meisterstück im Prozess schulischer, militärischer und industrieller Normierung der Bevölkerung« (Donzelot 1995, 54f).

Als einheitliches Analyseinstrument für unterschiedliche Probleme erlaubte der Begriff der »Gefahr« gleichzeitig eine differenzierte Behandlung der gefährlichen Individuen je nach Intensität und Qualität der Gefahr, die sie repräsentieren. Die Gefahr eröffnete der »sozialen Verteidigung« der Gesellschaft eine Vielzahl unterschiedlicher Behandlungsformen: psychiatrischer Therapierung, medizinisch-hygienische Intervention, fürsorgliche oder repressive Verwaltung etc..

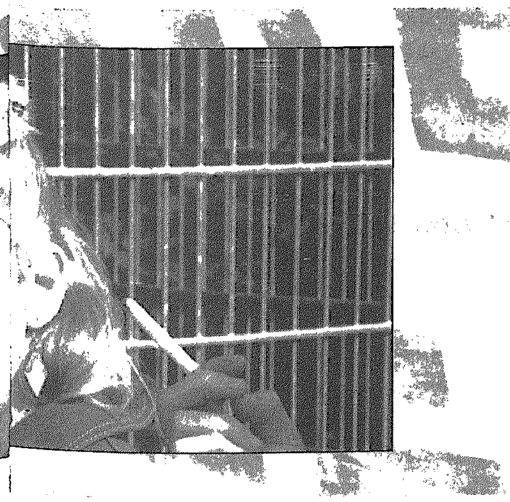


Soziale Medizin und Volkskörper

In diesem Diskurs wird die Gesellschaft als sozialer Körper mit inhärenten Gefahren und Krankheiten gesehen. Dadurch bekommt der medizinische Komplex eine neue gesellschaftliche Bedeutung. Die Medizin wird zu einer Technologie, die den kontrollierenden und regulierenden Interessen dient: »Die Medizin ist eine soziale Medizin, deren Fundament eine bestimmte Technologie des sozialen Körpers ist« (Foucault zitiert nach: Lemke 1997, 236). Die »Gesundheit« ist nicht mehr nur das Problem des Einzelnen, sondern die Gesundheit des sozialen (Volks-)Körpers (»Volksgesundheit«) wird zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Ziel, die Gesundheit wird zu Pflicht des Einzelnen und zum Ziel staatlichen Handels.

»Die körperliche Gesundheit gewinnt an Bedeutung als die Bereitstellung von Arbeitskraft und die Bedingung ihrer Reproduktion ins Zentrum staatlichen Interessen treten. Die kapitalistische Ökonomie ist auf die Etablierung einer spezifischen Körper-Politik angewiesen. Die biologischen Daten der Bevölkerung werden ein unerlässliches Element für eine ›ökonomische Führung‹, die über die Organisation der Unterwerfung der Körper hinaus die permanente Verbesserung ihrer Nützlichkeit notwendig macht« (Lemke 1997, 236).

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sich bereits in 18. Jahrhundert eine liberale Gesundheitspolitik der Bevölkerung etabliert hat, in dessen Mittelpunkt die Gesundheit des Einzelnen und die Wohlfahrt der Bevölkerung steht. Das entscheidende Relais für die Medizinierung der Individuen ist die bürgerliche »Ordnung der Familie« und die





neue erzieherischer Aufgabe der Frau, die für die Medizinierung aber auch Hygienisierung der Familie verantwortlich ist. Die Hygiene dringt in die Ordnung der Familie ein. Die verschiedenen Formen der familären Organisation der unteren Schichten sollten normiert werden, wobei die bürgerliche Wohnform und die Hygiene die zentralen Normierungstechnologien sind. Innerhalb der neuen Ordnung der Familie wird die Beziehung der Eltern zu ihren Kindern neu geordnet: »Es reicht nicht mehr aus, eine bestimmte Menge an Kindern zu zeugen, sondern Kinder müssen angeleitet und beaufsichtigt werden, sie müssen in einer bestimmten körperlichen Verfassung sein und gewisse Fertigkeiten aufweisen« (Lemke 1997, 236). Durch die »Erfindung« der bürgerlichen Familien kann das Thema der Familie in die »Regierung des Sozialen« eingefügt werden. Die Familie wird zu einer gesellschaftlichen Erziehungs- und Moralisierungsinstanz.

Innerhalb der liberalen Gesundheitspolitik der Bevölkerung funktioniert die Medizin als eine Instanz der »Sozialhygiene«. Die Medizin erarbeitet Hygienevorschriften und stellt Regeln für die Individuen auf. In gesellschaftlichen Problemfeldern, wo die Regel nicht verfolgt bzw. respektiert werden, schafft sie die Voraussetzungen für medizinische Interventionen. Die Medizin greift aber nicht nur in die private Lebensformen der Individuen ein, sondern neben der privaten Hygiene entwickelt sich eine öffentliche Hygiene, die sich mit der Verbesserung der Wasserqualität, der Wohnbedingungen, der Entsorgung von Abwässer und Abfall beschäftigt und in die innere Ordnung der Stadt eingreift (vgl. Mümken 1997).

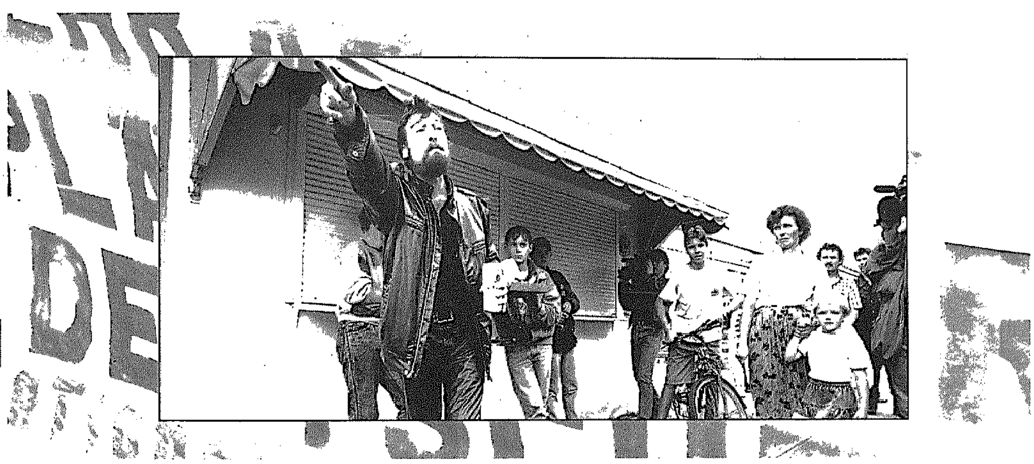
Für die soziale Medizin ist die Hygiene deshalb von grosser Bedeutung, da sie in der privilegierten Position zwischen Organismus und Bevölkerung, zwischen dem Körper und dem globalen Phänomen angesiedelt ist. Die Medizin ist ein Diagnose- und Thearapieinstrument, dass sich auf das Individuum und den sozialen Körper gleichermaßen bezieht. Die soziale Medizin dient in diesem Kontext der »Verteidigung der Gesellschaft«.

(Sozial-)Staatlichkeit, Neoliberalismus und Anarchie

Der Sozialstaat kann als ein Kompromiss zwischen Kapital und organisierter ArbeiterInnenbewegung betrachtet werden, der Reproduktionsbedingungen des Kapitals mit denen der Arbeitskraft zum gegenseitigen Vorteil verband. Mit der Krise des Fordismus wurde dieser Kompromiss, der sowieso nur in den westlichen Industriestaaten bestand hatte, aufgekündigt. Zu einem durch das Kapital, aber auch durch die Neuen Sozialen Bewegungen, die sich gegen die Entmündigung, Disziplinierung, Normierung und Normalisierung durch den Wohlfahrtsstaat im »Modell Deutschland« auflehnten, denn der Wohlfahrtsstaat ist – nicht nur in Deutschland – an den Obrigkeits- und Bevormundungsstaat gekoppelt. Die soziale und kulturelle Krise des Fordismus wird durch die »68er-Bewegung« und dem Entstehen der Neuen Sozialen Bewegungen markiert. Grosse Teile der Neuen Sozialen Bewegungen und der Subkultur der 70er Jahren erkannten, »dass im Sozialstaat nicht tatsächlich Demokratie, Basisdemokratie oder ähnliches verwirklichbar war, sondern dass der Sozialstaat im Kern bürokratisch war, zu einer Enteignung von Subsistenz- und Selbstorganisationsfähigkeiten führte und vor allem: weil finanzielle Zuwendung immer und unmittelbar mit sozialer Kontrolle verknüpft war. Die Bürokratisierung des Sozialstaats basierte auf kontrollpolitische Erfassung wie Volkszählung, Rasterfahndung, Registrierung, Verrechtlichung aller Lebensbereiche. Je differenzierter die gesellschaftliche Organisation, je bürokratischer der Apparat, der die Chose am laufen hielt, desto hysterischer die Reaktion auf oppositionelles Verhalten, das irgendwo einen Keil in die verzahnten Abhängigkeiten treiben konnte. Atomstaat, Polizeistaat, 'Sicherheitsstaat' (...) waren die unabwendbaren Begleiter des Sozialstaats selbst auf dem Höhepunkt seiner Ausformung« (Marin 1997, 7). Aus einer anarchistische Perspektive gibt es keinen Grund den disziplinierenden und normalisierenden Sozialstaat zu verteidigen, weil er den Prinzip der individuellen Freiheit in einer freien Gesellschaft im Weg steht, und kein Schritt in Richtung Sozialismus und Anarchismus ist. Der Sozialstaat hat vielmehr eine Schutzfunktion gegen sozialrevolutionäre Bewegungen.



Der Neoliberalismus als eine neue kapitalistische Formation bedeutet Abschied vom Sozialstaat, sondern nur den



Umbau, der eine Ökonomisierung des Sozialen bedeutet, d.h. auch dass der Staatsrassismus nicht mit dem Neoliberalismus verschwinden wird, sondern ebenfalls eine neue Dimension erreichen wird. Eine Frage wird sein, wie sich die Entwicklung der Gentechnologie auf die Privatisierung der Versicherungstechnologien auswirken wird: »Die fortschreitende Entschlüsselung des Genoms produziert immer mehr genetische Dispositionen, Mutationen und Krankheitsrisiken« (Lemke 2000, 237). Eine angebliche »genetische Dispositionen« kann eine Auswirkung auf die Art und Weise bekommen, wie Menschen sich versichern können, dies betrifft vor allem Lebens- und Krankenversicherungen. Die genetische Diagnostik produziert eine unbekannte Anzahl genetischer Risiken und RisikoträgerInnen, die versicherungstechnisch reflektiert werden müssen. Versicherungen könnten bei bestimmten genetische Risikopotentiale eine bestimmte Lebensführung verlangen, bestimmte Risiken nicht oder nur bei erhöhten Beiträgen versichern. Während die (sozial-)staatliche Versicherungstechnologien von kollektiven sozialen Risiken ausgehen, wird durch eine Privatisierung eine Individualisierung der Risiken stattfinden. Jedes Individuum stellt eine unterschiedliches Risiko für die Versicherung dar, da jedes Individuum unterschiedliche Risikofaktoren (Arbeit, genetische Disposition, Alter etc.) besitzt. Neben einer Naturalisierung und Biologisierung sozialer und ökonomischer Verhältnisse findet nun auch noch eine »Genetifitierung« (vgl. Lemke 2000) statt: »Gene werden für Phänomene verantwortlich gemacht, von denen bisher angenommen wurde, dass sie soziale, ökologische oder psychologische Ursachen haben« (Lemke 2000, 232). Der neoliberale Staatsrassismus ist aber nicht vergleichbar mit der klassischen Eugenik, es geht um eine genetische Regierungskunst, die Heilung von diesseitigen Übels verspricht und bei guter Führung – Wohlbefinden und Wohlstand, Gesundheit und Glück.

Der Neoliberalismus ist ökonomisch betrachtet eine Reaktion auf die ökonomische Krise des Kapitals in der Mitte der 70er Jahren. Der sozialstaatliche regulierte Kapitalismus war unwiderruflich in die Krise geraten. In dessen Folge suchte das Kapital nach neuen Akkumulationsmöglichkeiten. Bei diesen Weg musste die starre Form der Regulation aufgebrochen werden. Die Deregulierung und Flexibilisierung ist somit ein zentrales Moment des Neoliberalismus und kann als »Klassenkampf von oben« begriffen werden. Der Neoliberalismus ist aber nur ein andere kapitalistische Formation als der fordistische Sozialstaat. Häufig wird heute in der Linken die Kritik am Neoliberalismus mit einer Verteidigung des Sozialstaates gekoppelt. Der Neoliberalismus wird in diesem Diskurs nicht mehr als eine kapitalistische Formation sehen, die Neoliberalismuskritik ist keine Kapitalismuskritik mehr. Anstatt für eine sozialrevolutionäre Überwindung kapitalistischer Vergesellschaftung zu kämpfen, wird der sozialdemokratische Reformkapitalismus im Gewand des Sozialstaates verteidigt. Der Kampf gegen den Neoliberalismus kann nur ein Kampf gegen den Kapitalismus sein. Die Verteidigung des Sozialstaates sollten AnarchosyndikalistInnen und anderen AnarchistInnen den SozialdemokratInnen, demokratischen SozialistInnen und reformistischen Gewerkschaften überlassen.

Literatur:

Chomsky, Noam: Ziele und Visionen. In: Schwarzer Faden Nr. 60 – 1/1997

Deleuze, Gilles: Der Aufstieg des Sozialen. In: Donzelot, Jacques: Die Ordnung der Familie, Frankfurt am Main 1979

Donzelot, Jacques: Die Förderung des Sozialen. In: Donzelot, Jacques / Meuret, Denis / Miller, Peter / Rose, Nikolas: Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault, Mainz 1994

Donzelot, Jacques: Wiederkehr des Sozialen. Von der passiven Sicherheit zur aktiven Solidarität. In: Tüte: Wissen und Macht. Die Krise des Regierens, Tübingen 1995

Ewald, François: Der Vorsorgestaat, Frankfurt am Main 1993

Foucault, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am College de France (1975-76), Frankfurt am Main 1999

Lemke, Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Berlin/Hamburg 1997

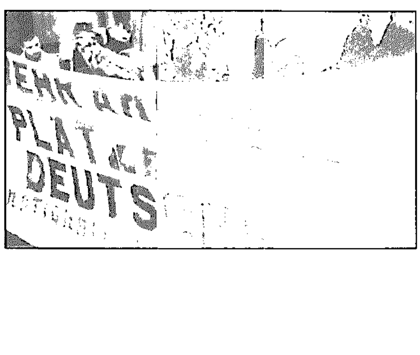
Lemke, Thomas: Die Regierung der Risiken. Von der Eugenik zur genetischen Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main 2000

Magiros, Angelika: Foucaults Beitrag zur Rassismustheorie, Hamburg 1995

Marin, Lou: Anarchismus und Sozialstaat. Libertäre Auswege aus der falschen Alternative Markt oder Staat. In: graswurzelrevolution Nr. 219 – Mai 97

Mümken, Jürgen: Die Ordnung des Raumes. Die Foucaultsche Machtanalyse und dies Transformation des Raumes in der Moderne, Pfungstadt/Bensheim 1997

Nullmeier, Frank / Rüb, Friebert W.: Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat, Frankfurt am Main 1993

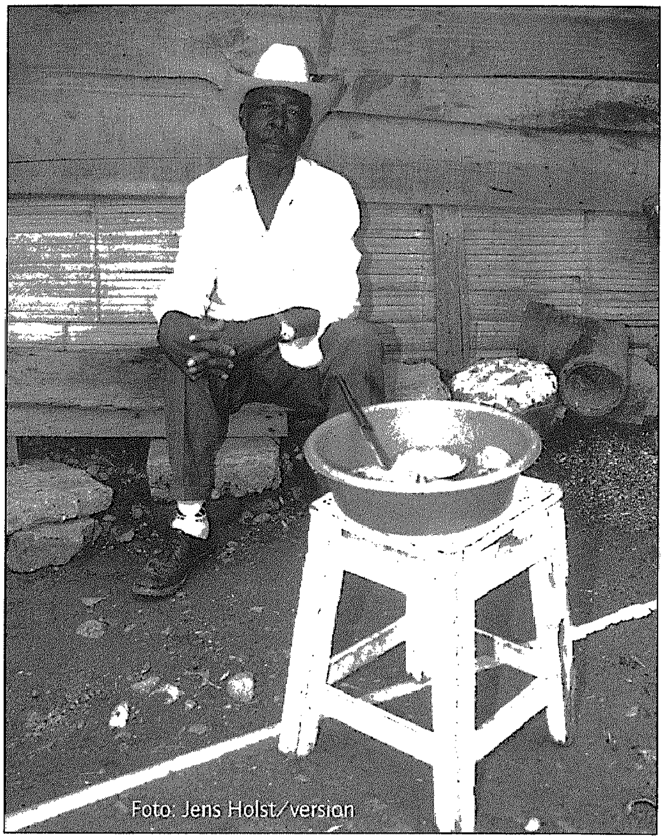


Der Kapitalismus zählt seine Toten nicht

von A.R.B.E.I.T

»Man kann nicht umhin, erst einmal die Gewaltförmigkeit dieser Gesellschaft nachzuzeichnen, die sich noch im Gewaltvorwurf gegenüber der Studentenrevolte nicht unwirksam verschleiert. Nicht einmal Wohlmeinende und Kluge haben verstanden, dass angesichts der geschichtlichen Lage und der Entstellung oder Verkehrung unserer zwischenmenschlichen Beziehungen der Friede nur als unversöhnlicher über uns kommen kann, dass er den Frieden der Unterdrückung als Kirchhofsruhe unfriedlich aufkündigen muss.«
(Peter Brückner, Frankfurt 1972 – Prof. P. Brückner erhielt Ende der 70er Jahre aufgrund seines politischen Engagements Berufsverbot in der BRD.)

Im Folgenden will ich einige Überlegungen zu aktuellen Macht- und Gewaltverhältnissen aus der Sicht eines gewaltfreien Anarchismus zur Diskussion stellen. Ausgangspunkt meines Nachdenkens waren einige Alltagsbeobachtungen, die ich hier kurz darstellen möchte.



Leben im grössten Armenviertel Kolumbiens, Aquablanca.

Impressionen

1
Im Fernsehen läuft ein Bericht über die Ausweitung der Kameraüberwachung. In Großbritannien werden Innenstädte flächendeckend überwacht. In den USA überwachen Eltern via Internet und Videokameras ihre Kinder im Kindergarten.

In Hannover freut sich die Hannoversche Allgemeine Zeitung mit der Bevölkerung über neueste technische Errungenschaften, die in den nächsten Jahren in hannoverschen Straßen- und U-Bahnen zum Einsatz kommen sollen. Die neu in allen Waggons installierten digitalen Fernsehbildschirme sollen dann auch als Überwachungskameras eingesetzt werden können.

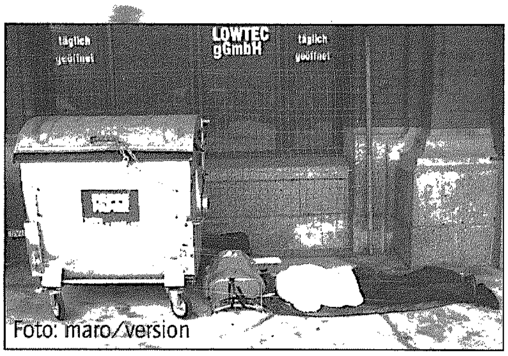
Die neuen HeldInnen spielen bei Big Brother usw. mit. Bei RTL lacht währenddessen das Publikum über die Bespitzelung von abhängig Beschäftigten.

2
EXPO-Stadt Hannover, zukunftsweisend. Die SoKo Graffiti arbeitet jetzt auch mit dem Bundesgrenzschutz zusammen. Die Gegenkandidatin des Bürgermeisters kandidiert als Putzfrau verkleidet, ausfegen will sie Schwulencafés und Bettler. Auf den neugestalteten Plätzen der Innenstadt wurde auf Bänke bewußt verzichtet, der Rasen wurde durch Pflaster ersetzt. Straßencafés werden großzügig genehmigt. Wildes Plakatieren wird wieder schärfer verfolgt, die alten Flächen werden nun privat vermietet. Das Recht dafür wurde an die Stadtreklame kostenlos abgegeben, sie mußte sich nur verpflichten im Umfeld alle Plakate abzureißen. Für die Sauberkeit setzt die Stadt auch gerne Soziahilfeempfänger in Zwangsarbeit ein. Auch der Bahnhof wurde neu gestaltet, teils mit öffentlichen Geldern. Öffentlich ist er nicht. Die Vorzeigelinke der Grünen, die in der Stadt mitregieren, meint, man müsse überlegen, wieviel Punker auf der Vortreppe des Bahnhofes noch erträglich seien.

3
Im Wendland in einem alternativen Tagungshaus mit Kamin wird uns das Rauchen strengstens untersagt. Die Frau Mutter Großbürgerin ist stolz darauf wahrscheinlich auch Deutsche zu sein. Auch die Bücher bitte nicht anfassen. Wir fahren sofort weiter. Bei einer

Demo spricht eine der Rednerinnen von den Indianern, die noch instinktiv wüßten, das AKWs schlecht sind.

Die meisten meiner Bekannten teilen die Ablehnung der Atomenergie, bei der Informationstechnologie wird es schon komplizierter, die medizinische Normierung aber treiben sie selbst aktiv mit voran. Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper. Neue vorgeburtliche Untersuchungen werden nach kurzer Zeit so alltäglich, das fast alle sie durchführen lassen. Krüppel sind nicht erwünscht.



Jugendlicher Obdachloser in Berlin

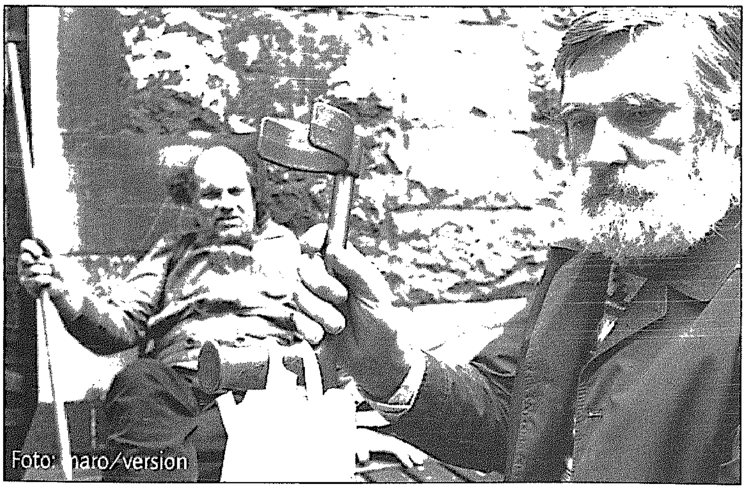
Marieluise Fleißer schrieb 1930/31 den Roman 'Eine Zierde für den Verein' vom 'Rauchen, Sporteln, Lieben und Verkaufen', eine Analyse des präfaschistischen KleinbürgerInnentums. In den 20er Jahren; Eine Frau Anfang 30 ist in einer Kleinstadt als Selbstständigkeitsuchende Außenseiterin. Das Rauchen ist auch damals schon ein Symbol der Unschicklichkeit, ihrer »ungesunden« Anormalität. Auch da, – ein gesunder Geist in einem gesunden Körper. Und ein »gesunder« weiblicher Körper hat auch noch weitere soziale Normen zu erfüllen. 60 Jahe später schreibt ein Firmenchef und selbsternannter Ernährungsberater, wie hässlich und unappettitlich die Haut seiner jungen Arbeiterinnen durch das Rauchen würde.

Welche linke Utopie beinhaltet nicht die Norm gesunder Körper. Das Ideal der Krankheitsfreiheit ist aber ebenso faschistoid wie das der Drogenfreiheit.

Ich habe übrigens noch nie geraucht.

4

Seit ca. 20 Jahren werden die Studienbedingungen kontinuierlich wieder verschärft. Immer mehr Klausuren, immer mehr Verschulung. Das Gleiche gilt für die Zerschlagung der Oberstufenreform an den Schulen. Seit ca. 20 Jahren beschwert sich die Industrie über ein immer weiter sinkendes Niveau der Ausbildung. Dabei betreiben sie Zerstörung der Allgemeinbildung selbst.



Obdachlose in Berlin warten auf die Öffnung der Suppenküche

Demnächst wird es wohl flächendeckend Studiengebühren geben. Bildung und Wissenschaft werden vollständig käuflich, soweit sie es nicht schon sind.

Betrachte ich diese Beispiele und die Gesetzesentwicklung (z.B. Polizeigesetze / AusländerInnengesetzgebung / Demonstrationsrecht) läßt sich für die letzten 20 Jahre eine massive Verschärfung der innenpolitischen Repression feststellen. Vor 20 Jahren waren Staat und Gesellschaft in vielen Bereichen bei weitem nicht so repressiv wie heute. Trotzdem wird diese Repression von erheblichen Teilen der Bevölkerung offensichtlich als neue Freizügigkeit des anything goes wahrgenommen. Absurd deutlich wird diese Logik an der Politik des: Weniger Staat und Mehr Polizei.

Damit komme ich zur Gewaltfrage. Wie sind Gewalt und Herrschaft heute organisiert, was macht ihre Unsichtbarkeit für viele aus?

Zuerst etwas zu meinem Gewaltbegriff. Ich halte die Fokussierung auf körperliche Gewalt für falsch. Dies für viele zweifelsohne Konsens, aber nicht trivial. So ist es z.B. eine Verharmlosung struktureller Gewalt, wenn ich Autonome, die Steine schmeißen, angreife, selbst aber gerichtliche Mittel nutze. Die Justiz und die staatliche Ordnung stellt für mich eine sehr viel brutalere und brachialere Gewalt dar als z.B. die RAF. Z.B. starben allein an den Außengrenzen der BRD von 1993–1999 mehr als 100 Flüchtlinge. Berücksichtigte ich die Gewalt im Gefängnisssystem, in den Psychiatrien u.a. wird dies noch deulicher. Wichtig ist aber noch darüber hinaus, die Gewalttätigkeit eines Systems zu begreifen, das nur selektiv Lebenschancen zuteilt. Der Kapitalismus zeigt sich vor allem dort in seiner Gewalttätigkeit, wo er gar nichts zu tun scheint, eben dort, wo Menschen verelenden, verhungern oder auch 'nur' sich zu miesesten Bedingungen verkaufen müssen.

Aber auch die gesellschaftliche Alltagsgewalt, z.B. die sexistische Repression, hat eine Dimension, dergegenüber alle Widerstandshandlungen als fast gewaltfrei erscheinen. Und auch die Alltagsgewalt ist nicht primär eine Form der körperlichen Gewalt. Auch sie ist vor allem eine Gewalt, die unangepasst sich verhaltenden Menschen, z.B. Frauen und Mädchen, die sich nicht rollenkonform verhalten, die Lebensmöglichkeiten beschneidet, bzw. vollständig entzieht.

Wenn aus dem BürgerInnentum Gewaltfreiheit als Erlösungsvision gepredigt wird, dann ist dies fast immer mit einer massiven Verharmlosung nichtkörperlicher Gewalt verbunden. Es hilft den Kindern nur sehr bedingt wenn sie nicht mehr geschlagen werden dürfen, alle Prinzipien schwarzer Pädagogik aber an ihrem Platz bleiben oder sogar noch ausgeweitet werden.

Diese Formen selektiver Gewalt haben als eine Form des totaltären Humanismus eine doppelte Funktion. Sie schließen einen Teil der Menschen aus, und

sie dienen gleichzeitig als identitätsstiftende Funktionen für die, die es geschafft haben, den Selektionskriterien zu genügen. Toleranz wird zur repressiven Toleranz.

Was ich damit meine, möchte ich noch einmal in einem kurzen literarischen Text thematisieren.

Die Eltern schlugen das Kind nie – sie ließen ihm alle Freiheiten – ihrem Kind.
Wunschkind.
'Dich hat der Weihnachtsmann gebracht.' – Ein Streicheln über den Kopf, kurz an die Wange gedrückt.
'Du mußt nicht zum Musikunterricht. Du mußt nicht noch abends lernen.
Du mußt nicht Geburtstag feiern. Du mußt nicht mit uns essen.'
Aber das Kind wußte ja – die Arbeitslosigkeit, der Abschluß, die Arbeitslosigkeit, die Anderen. 'Willst Du denn keinen Freund/keine Freundin?
Wir lieben Dich.
Liebst Du uns.'
Das Kind mußte ja selber wissen, wie es am besten zurechtkam.
Als das Kind 11 Jahre alt wurde, schnürte es sein Bündel
und trat aus dem Spiegel heraus.

Das Ziel bürgerlicher Herrschaft ist, diesen Austritt aus dem Spiegel zu unterbinden. Das Ziel ist, die eigene Schicht zu reproduzieren.

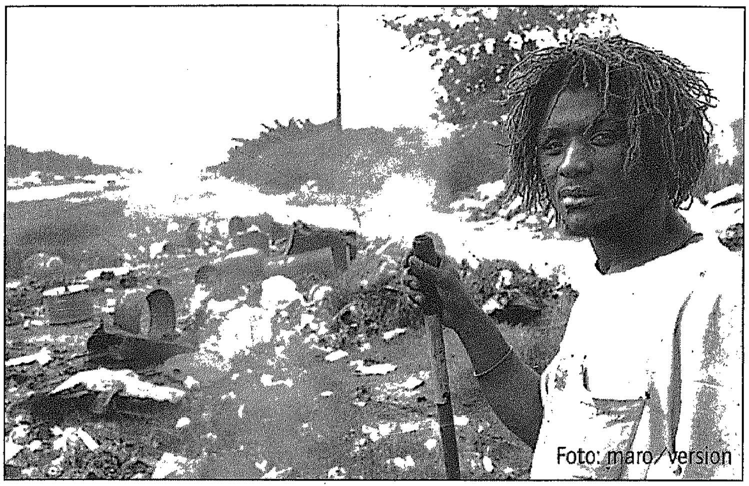
Komme ich auf mein erstes Beispiel in den Impressionen zurück. Die Kameraüberwachung stellt in diesem Sinn nicht so sehr eine Gewalt der alten Form dar, also des direkten repressiven Zwanges, als vielmehr ein Mittel der Selektion. Überwacht werden vor allem die Aufenhaltsorte der Mittel- und Oberklasse. Die Slums werden nicht kameraüberwacht, es sei denn sie sollen aufgewertet und yuppisiert werden. Es geht darum, den Zugang zu kontrollieren, zu selektieren. Die Kamera wird auf diese Weise zukünftig zu einem Statussymbol. Welche/Wer was auf sich hält wird überwacht. Das neue bürgerliche Subjekt, das hier entsteht, definiert sich geradezu darüber, dass es sich permanent unter Beobachtung weiß. Dies ist vielleicht die eigentliche Aussage von Serien wie Big Brother. Die souveräne Bürgerin/der souveräne Bürger der Zukunft zeichnet sich offensichtlich dadurch aus, dass sie auch unter Dauerbeobachtung völlig unauffälig und souverän agiert. Und Zlatko gibt den neuen Typus des ursprünglichen Wilden Rousseaus.

Wieso sollte sie/er es unter diesen Bedingungen noch als Repression wahrnehmen?

Das heißt ich behaupte, dass die in den aufgeführten Beispielen dargestellten Gewaltverhältnisse vor allem selektiv auf den Bürger/die Bürgerin selbst gerichtet sind. Nähmlich als Selektionsmechanismen mit denen diese sich sozialrassitisch abgrenzen können. Sie stellen also die neuen Identitätsraster einer sich wieder stärker formierenden Herrschaftsschicht dar.

Ich will dies auch anhand der anderen Beispiele etwas ausführen.

So kann ich mir z.B. nicht vorstellen, dass teure Anwendungen der Gentechnik tatsächlich für alle Menschen gedacht sind. Ich würde viel eher davon ausgehen, dass diese im Zuge der Privatisierung von Krankenkassen und erst recht international auf die Mittel- und Oberschichten zielen. dass sich hier, z.B. mit der In-vitro-Fertilisation und Prä-Implantationsgenetik, ein neues Raster der Sexualität für eben diese Schichten herauskristallisiert, mit denen sie sich dann von der Unterschicht, die sich ja immer noch, wie die Tiere fortpflanzen würden, abgrenzen könnten. Das heißt In-vitro könnte das neue Sexualitätsdispositiv des BürgerInnentums werden. Als Fortsetzung der leib- und frauenfeindlichen Sexualdisziplinierung, die bisher dem Bürger als Indentitätsraster gedient hat, wäre dies nur konsequent. Einhergehen würde dies dann mit einem entsprechenden Körper und Gesundheitsstyling. Rauchen ist ja bereits heute ein Unterklassenphänomen – laut Sozialstatistik. Gesunde, disziplinierte, leistungsvitale Angestellte rauchen nicht – sie joggen.


Foto: maro/version

Nach der Umsetzung des IWF-Strukturprogrammes verarmte ein großer Teil der Bevölkerung Trinidads und Tobagos.

Im städtischen Raum ist die Selektion so offensichtlich und ausgiebig diskutiert, dass ich sie hier wohl nicht weiter ausführen muß. Yuppiecity ist halt für sie und nicht für alle.

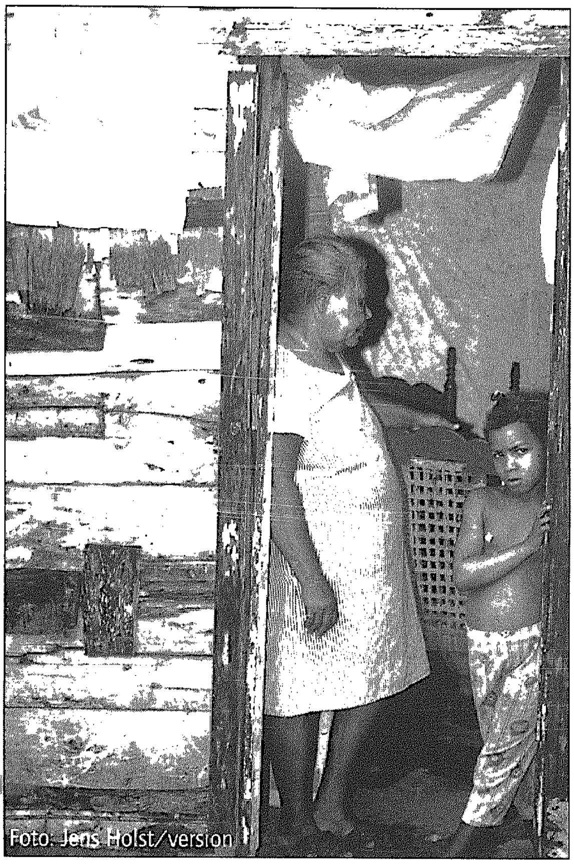

Foto: Ute Moschner/version

Slumsiedlung in Madrid

Auch im Bildungsbereich ist die primäre Funktion des Schul- und Universitätssystems zur sozialrassistischen Reproduktion von Schichten und Klassen ausführlich bereits in den 60er Jahren dargelegt worden, z.B. von Ivan Illich in seinem Buch 'Schulen helfen nicht'. Die Prüfungsinstrumentarien und Gebühren garantieren den Ausschluß.

Natürlich gibt es auch noch den repressiven direkten Zwang. Die Tendenz ist aber, die Notwendigkeit seiner Anwendung als Versagen der Gesellschaft

wahrzunehmen, bzw. sie sozialrassitisch auf bestimmte in dieser rassistischen Sichtweise zurückgebliebenen Teile der Gesellschaft, z.B. Nichtdeutsche, Sozialhilfeabhängige usw. zu beschränken. Für diesen Zweck werden dann auch mafiose Strukturen in Dienst genommen, soweit die Polizei sich selbst nicht diesen Strukturen annähert.



Santa Isabel, Santo Domingo

Die derzeitige Politik kann in diesem Sinn als Mittel zur Wiederherstellung der Differenz, als Klassenkampf der Mittelschichten gegen den Rest der Bevölkerung, begriffen werden.

Das heißt nicht, dass nicht auch vielfältige andere Herrschaftsverhältnisse, Sexismus – Rassismus – u.a., eine Rolle spielen. Aber es gibt eine/n TäterIn hinter der Tat, auch die Globalisierung fällt nicht vom Himmel.

Das heißt nicht, dass die TäterInnen ihr gesamtes Handeln vorausplanend abstimmen, um so ihre Herrschaft zu sichern. Paranoische Konstruktionen von Weltherrschaft sind eher dazu angetan die tatsächlichen Organisationsformen zu verschleiern. Organisationsformen, die darauf beruhen, dass die weltweit an der Herrschaft befindliche Mittelschicht sich auch ohne detaillierte Absprache und Geheimdiplomatie aufgrund ähnlicher Sozialisation in der Herrschaftspraxis optimal ergänzt.

Die Organisationsformen, mit denen sich die Mittelschicht weltweit organisiert sind zunehmend nach dem Prinzip linker Netzwerke strukturiert.

Die Agierenden, die Mittelschichten, handeln zwar weitgehend einheitlich, aber nicht aufgrund einer organisierten Planung, sondern eher aufgrund gleicher Intressen und Lebensumstände, die sie auf der Basis einer Vielzahl vielfältigster neuer und alter Institutionen organisieren und bündeln. Ihre Macht beziehen sie dabei ebenfalls nicht aus einer klar organisierten Struktur, sondern aus ihrer hegemonialen Stellung in allen Bereichen, Medien – Politik – Wissenschaft – Wirtschaft – Militär – u.a., der Gesellschaft. Das primäre Interesse dieser Mittelschichten, und zwar sowohl der alten CDU-AnhängerInnen wie der neuen Grünen- & Schröder-Fraktion ist dabei trivialerweise nicht der 'Wohlstand für Alle' und auch nicht die 'internationale Konkurrenzfähigkeit' oder die 'Sicherung des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland', ihr primäres Interesse ist vielmehr in der Restaurierung der Klassenstrukturen und der Absicherung ihrer absoluten Dominanz in diesem System zu sehen. Massenverelendung und die Erhöhung der Arbeitslosigkeit sind nicht Nebenprodukte irgendeiner diffusen Modernisierung und Globalisierung, sie sind bewusst herbeigeführte Ergebnisse dieser Politik.

Bewusst heißt nicht unbedingt, dass sich diejenigen, die dies tun, dies klar gemacht haben. Praktisch jeder Mann weiß im Alltag seinen Körper geschickt zu seinem Vorteil als Repressionsinstrument gegen Frauen zu verwenden. Untersuchungen über Körpersprache und Gestik belegen dies vielfältig. Und doch würden die meisten Männer wahrheitsgemäß behaupten, dass ihnen diese bewusst zum eigenen Vorteil eingesetzte Körpersprache nicht bewusst ist.

Die TäterInnen bleiben so auch für sich selbst unsichtbar, schließlich 'sind sie ja keine SexistInnen und RassistInnen'. So kommt es zum Phänomen der 'antirassistischen' RassistInnen, der 'antisexistischen' SexistInnen und der 'gewaltfreien' GewalttäterInnen, der Täter, die sich immer in der Opferrolle sehen.

'Wieso muß dieser Fußgänger genau vor meinen Mercedes laufen?'

Anarchistisches Handeln setzt die andauernde Auseinandersetzung mit den eigenen Verstrickungen vorraus.

Verstärkt wird die Ignoranz gegenüber der eigenen TäterInnenschaft noch durch die Ausblendung der auf der kapitalistischen Rationalität fußenden Gewalt.

So verhungern die Menschen halt nicht aufgrund des Kapitalismus, sondern aufgrund ihrer starrköpfigen und kurzsichtigen Verweigerungshaltung gegenüber den kapitalistischen Notwendigkeiten, die in dieser Lesart als allgemein menschliche Notwendigkeiten angesehen werden. So sind sie nicht Opfer kapitalistischer Repression, sondern Opfer starrköpfiger Verführung durch gestrige SozialismusanhängerInnen. Der Kapitalismus übt in dieser Sicht keine Gewalt aus, er bietet nur 'Chancen'. Dass die, die diese 'Chancen' nicht nutzen, evtl. verrecken und falls sie sich wehren, erschossen werden, hat eher mit der inneren Repression in einer totalen Institution wie einer Irrenanstalt zu tun, als mit den klassischen Abläufen repressiven Handelns. Der Kapitalismus will immer nur unser Bestes, und die postmodernen Mittelschichten sowieso. Und ähnlich wie die Psychiatrie sich niemals verantwortlich halten würde für den durch sie verübten langsamen Massenmord, ähnlich hält sich auch diese Mittelschicht für völlig schuldfrei. Die Nichteinsichtsfähigkeit in die Notwendigkeiten des Kapitalismus wird hier gerade als Symptom der Krankheit gedeutet.

Der Kapitalismus zählt seine Toten nicht.

Anzeigen

Anarchismus und Selbst

Über die Möglichkeiten der Selbstorganisation einer herrschaftsfreien Gesellschaft.

Die Gesellschaft, in der wir leben, befindet sich heute in einem dauerhaften Krisenzustand: ökonomische und ökologische Krisen, Verschärfung der globalen Probleme, Massenarmut und -arbeitslosigkeit, Prekärisierung der Lebensverhältnisse weiter Teile der Weltbevölkerung, Rassismus, Nationalismus, Kriege, nationalistische Demagogie, Stagnierung der Löhne etc. Gleichzeitig wird von den unkritischen und fortschrittsoptimistischen Apologeten des Kapitalismus in Politik, Ökonomie, Wissenschaft und Kultur von den Chancen der „New Economy", von den Vorteilen flexibler Arbeitsverhältnisse und der „Internetgesellschaft" gesprochen. Kritisches Denken ist heute nicht unbedingt in Mode, obwohl oder gerade da die soziale Situation der Menschen sich permanent verschärft. Ist all dies aber Anlass genug, um in einen Kulturpessimismus zu verfallen und vom baldigen Ende der Menschheit auszugehen? Keineswegs. Die Welt kann bleiben wie sie ist, dann sind solche Befürchtungen nicht unrealistisch. Das kapitalistische Weltsystem befindet sich in einer Entwicklung, die die Herrschaft über Menschen und die Zerstörung der Natur konsequent vorantreibt.

Die Welt darf allerdings nicht bleiben, wie sie ist. Nur die Etablierung einer qualitativ anderen Gesellschaft wäre die Basis für die Lösung der globalen Probleme. Dazu bedarf es aber dem aktiven gesellschaftstransformierenden und emanzipatorischen Handeln des Menschen. Welche Rolle kann dabei die Gesellschaftstheorie und -kritik einnehmen? Ein kritisches praktisches Handeln muß wissen, worauf es sich bezieht, was es verändern will und wogegen bzw. wohin eine Aufhebungsbewegung stattfinden soll. Eine kritische Theorie der Gesellschaft kann dabei die Rolle spielen, bestehende Verhältnisse und die Möglichkeit deren Veränderung zu verdeutlichen. Was sie nicht kann und nicht soll, ist den Menschen vorzugeben, wie ein alternativer Gesellschaftsentwurf auszusehen hat. Denn eine Transformations- und Aufhebungsbewegung in Richtung einer anderen Gesellschaft kann nur eine von unten sein. Was Kritische Theorie leisten kann, ist das Bewusstmachen der Möglichkeiten, zu denen die geschichtliche Situation selbst herangereift ist. Sie umfasst immer auch die Anregung zur Phantasie, denn als Einbildungskraft bezeichnet diese „einen hohen Grad der Unabhängigkeit vom Gegebenen, der Freiheit inmitten einer Welt von Unfreiheit. Im Hinausgehen über das Vorhandene kann sie die Zukunft vorwegnehmen" (Marcuse 1937, S. 122).

Das aktive selbstorganisierte Handeln der Menschen ist also von grundsätzlicher Bedeutung. Und hier kommt nun ein neues wissenschaftliches Paradigma ins Spiel: Die Theorie der Selbstorganisation. Dieser interdisziplinäre Ansatz kann emanzipatorisch gefasst die Möglichkeiten gesellschaftskritischen Handelns näher analysieren sowie Grenzen und Perspektiven verdeutlichen. Ziel der Arbeit „Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus" ist, eine kritische Bestandsaufnahme des postfordistischen Kapitalismus zu geben und Möglichkeiten von emanzipatorischer sozialer Selbstorganisation heute und in anderen Gesellschaftsformationen (als potentiellen Zukünften) zu verdeutlichen.

Anarchie - Demokratie - Selbstorganisation

Im Anarchismus wird eine Vorstellung von Demokratie als Repräsentativdemokratie abgelehnt, da dies die Verwaltung einer Mehrheit durch eine Minderheit bedeute, also die Herrschaft von gewählten RepräsentantInnen, die im Parlament Entscheidungen treffen, über das Volk. Nichtsdestotrotz gibt es Ansätze, die Anarchie als Demokratie begreifen. Demokratie nicht im Sinne einer Repräsentationsherrschaft, sondern im Sinn einer unmittelbaren, direkten Selbstbestimmung von Entscheidungen durch die Betroffenen. Die bürgerliche Demokratie koppelt dazu im Gegensatz stehend Entscheidung von den Betroffenen ab.

„Demokratie" kommt von den Wörter „demos" (Volk) und „kratein" (herrschen, Macht ausüben) und bedeutet damit eigentlich „Volksherrschaft". Herrschaft wird aber über jemanden ausgeübt. Damit wären eine Vereinbarung von Demokratie und Selbstorganisation also geradezu ausgeschlossen. Wird al-

organisation

von Christian Fuchs

lerdings Demokratie als die Möglichkeit und Macht des Volkes, sämtliche Entscheidungen selbst zu treffen, gesehen oder als „Volks-Selbstbestimmung" (Burnicki 1998, S. 9), so kann Anarchie sehr wohl als direkte Form der Demokratie bezeichnet werden.

„Direkte Demokratie meint also die unmittelbare ,Volk'-Selbstbestimmung. [...] [Das Volk] sind alle Leute, die von einer Politik betroffen sind, egal, welche Sprache, Religion, Hautfarbe oder Ohrengröße sie haben. [...] Anarchie heißt Herrschaftslosigkeit. Die Umsetzung von Herrschaftslosigkeit bedeutet Direktdemokratie. Das, was Anarchie beinhaltet, ihr Gegenstand also, ist Direktdemokratie. Direktdemokratie bedeutet, dass sich die Menschen – ohne Eliten zu bilden – selbst organisieren" (Burnicki 1998, S. 9f).

Damit ist der Zusammenhang Anarchismus – Demokratie – Selbstorganisation hergestellt, es bedarf aber noch einer genaueren Untersuchung, inwiefern dieses Verständnis von Selbstorganisation mit einem Konzept sozialer Selbstorganisation vereinbar ist.

Im Gegensatz zu einem unreflektierten und undialektischen Verständnis von Demokratie, das die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem gewisser Begriffe vernachlässigt, erscheint die anarchistische Philosophie bei näherer Analyse als eine eigenständige Konzeption von Demokratie. Unterschiedliche anarchistische Ansätze wie Mutualismus, Individualanarchismus, kommunistischer Anarchismus, libertärer Kommunalismus und Anarchosyndikalismus vereint ein Verständnis, das sich gegen jede Form der Herrschaft wendet. Insbesondere wird in Frage gestellt, daß es einer staatlichen Autorität bedarf, um Entscheidungen verantwortungsvoll zu treffen. Der Staat wird als eine Instanz gesehen, die die kapitalistische Gesellschaft durch Gewalt, Repression und Zwang aufrechterhält. Dazu ist die staatliche Autorität und die Zurechtweisung der BürgerInnen durch Gesetze notwendig. Das Menschenbild des Anarchismus ist eines, das davon ausgeht, dass die Menschen bei Aufhebung der bestehenden kapitalistischen Widersprüche die Kompetenz erlangen können, Entscheidungen verantwortlich zu treffen und ein hohes Maß an Solidarität, Altruismus, Kooperation und Gemeinsinn zu zeigen.

Dazu sind partizipatorische Strukturen notwendig, die den Menschen ein hohes Maß an Autonomie ermöglichen und ihnen die Möglichkeit geben, an allen Entscheidungen, die sie betreffen, teilzunehmen. Die entsprechenden in Betracht gezogenen Organisationsformen sind zumeist Rätemodelle auf der Basis von Versammlungen von Betroffenen.

Unter sozialen Informationen können wir allgemein Strukturen verstehen, die aus dem Zusammenwirken mehrerer Individuen emergieren. Emergenz heißt dabei, dass eine Einzelperson die entsprechende Struktur nicht etablieren könnte und daher mit anderen zusammenwirken muß. Als eine Art soziale Information können Gesetze gesehen werden. Der Anarchismus wendet sich gegen Gesetze, da er sie als staatliche Mittel zur Entmächtigung, Beherrschung und Disziplinierung der Individuen begreift. Peter Kropotkin (1985) beschrieb in diesem Zusammenhang Gesetze als modernen Fetisch. Die meisten Menschen können sich demnach ein Zusammenleben ohne Gesetze nicht vorstellen, die Ermöglichung des gesellschaftlichen Umgangs wird Gesetzen zugeschrieben. Der tatsächliche Zweck der Gesetze ist jedoch der Schutz von Privateigentum und Kapitalismus.


Foto: Theo Heimann

Wenn AnarchistInnen sich gegen Gesetze aussprechen, was sind dann die sozialen Informationen

der Gesellschaft, die sie sich vorstellen? Es wird davon ausgegangen, dass im Anarchismus Entscheidungen getroffen werden können, mit denen die Menschen leben können, da sie selbst an der Ausarbeitung als Betroffene teilgenommen haben. Nichtsdestotrotz gibt es in jeder Form der Gesellschaft soziale Normen und Werte. Der Anarchismus geht davon aus, dass diese Normen und Werte darin bestehen, dass die Menschen in einer herrschaftsfreien Gesellschaft verantwortungsvoll, solidarisch und altruistisch handeln und dass sie die Eigennutzenmaximierung zu Gunsten der Berücksichtigung allgemeiner Interessen aufgeben. Durch eine Sozialisierung in einem gesellschaftlichen System, das auf Werten wie Kooperation, Solidarität und Altruismus an Stelle von Konkurrenz, Eigennutzenmaximierung und Egoismus basiert, kann dies sehr wohl möglich sein. So etwas ist aber für viele Menschen unter den bestehen Verhältnissen nur schwer vorstellbar, da im Kapitalismus alle gesellschaftlichen Bereiche dem Konkurrenzprinzip unterworfen sind. Soziale Informationen im Anarchismus sind also Entscheidungen und Werte wie Solidarität, Kooperation, Altruismus, Verantwortung und Selbstbestimmung.

Wie sieht es nun mit dem Selbstorganisationsgrad anarchistischer Entscheidungsstrukturen aus? Unter sozialer Selbstorganisation wird verstanden, dass Individuen, die von Strukturen betroffen sind, Eintreten, Form, Verlauf und Ergebnis des Prozesses der Strukturetablierung selbst bestimmen und gestalten können, indem sie durch Wechselwirkungen auf der Mikroebene Strukturen auf der Makroebene hervorbringen. Wir können von einem mangelnden Selbstorganisationscharakter repräsentativdemokratischer Modelle ausgehen; des weiteren ist direktdemokratischen Strukturen – wie sie auch im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht sind –, bei denen die Entscheidungsausarbeitung von den Betroffenen entkoppelt wird, die Gefahr eines Übergangs zu plebiszitären Modellen immanent, bei denen jegliche Selbstorganisation erlischt und durch Führungspersonen verunmöglicht wird. So war beispielsweise das Gesellschaftsmodell des Nationalsozialismus an Vorstellungen eines plebiszitären Führersystems angelehnt.

Der Anarchismus koppelt die Entscheidungsfindung unmittelbar und relativ vollständig an die Betroffenen. JedeR soll dieselbe Möglichkeit haben, Entscheidungen, die ihn/sie betreffen, mitzugestalten. Staatskritik wird dabei immer auch als Parlamentarismuskritik verstanden, da in einem derartigen politischen System den Menschen die Verantwortung, Entscheidungen zu treffen, abgesprochen werde, um die Beherrschung einer Mehrheit durch eine Minderheit (vgl. z.B. Bakunin 1995, S. 118; Bakunin 1999, S. 130f) aufrechtzuerhalten. Moderne Staatswesen können daher kaum als Demokratien im Sinn der unmittelbaren Volksselbstbestimmung in allen gesellschaftlichen Belangen aufgefasst werden, sondern vielmehr als oligarchische Systeme. AnarchistInnen wie Murray Bookchin sehen den Anarchismus als die Form tatsächlicher Demokratie, da es hier keine Entmächtigung des Volkes durch die Wahl von RepräsentantInnen und die Entkopplung der Entscheidungsfindung von den Menschen, die mit den einmal getroffenen Entscheidungen leben müssen, gäbe (vgl. z.B. Bookchin 1992, 1996).

Anarchistische Entscheidungsmodelle entsprechen daher der Vorstellung von sozialer Selbstorganisation besser als die modernen Staatswesen, die auf repräsentativ- und in eingeschränktem Ausmaß auf direktdemokratischen Mechanismen beruhen. Es gilt in der anarchistischen Theorie geradezu als wesentliches Ideal, dass Betroffene kooperieren, um durch Wechselwirkungen Entscheidungen, die einen basisdemokratischen Rückhalt haben, hervorzubringen. Und dies ist auch der Inbegriff sozialer Selbstorganisation.

Exklusvie soziale Informationen werden in einem sozialen System etabliert, in dem es soziale Hierarchien gibt. Dabei üben Teilsysteme, die in der Hierarchie weiter oben stehen, Herrschaft über weiter unten stehende Teilsysteme aus. Außerdem zeichnet sich diese Hierarchie durch eine asymmetrische Machtverteilung aus. In einem solchen hierarchischen sozialen System entstehen häufig Entscheidungen dadurch, dass sie von mächtigeren Teilsystemen getroffen werden, indem sie die Vorteile, die sie dadurch besitzen (z.B. bessere Verfügbarkeit von notwendigen Ressourcen, Informationen, usw.), nutzen. Die Ergebnisse solcher Entscheidungen bezeichnen wir als exklusive soziale Informationen; die sozialen Informationen in Gesetzesform, die unsere moderne Gesellschaft wesentlich prägen, sind exklusiv, da sie von einer Minderheit, die sich alle paar Jahre durch Wahlen legitimieren läßt und sich dadurch auch verändern kann, unter dem Ausschluss der Mehrheit getroffen werden. Gesetze stellen also grundsätzlich immer eine Form der exklusiven sozialen Information dar und sind daher den sozialen Selbstorganisationspotenzen der Menschheit entgegengesetzt.

Der Anarchismus wendet sich gegen Herrschaft, Hierarchien und asymmetrische Machtverteilungen. Es ist daher naheliegend, dass es ihm um die Eliminierung der Dominanz exklusiver sozialer Informationen geht. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass die Vorstellungen über anarchistische Entscheidungsprozesse tatsächlich durch inklusive soziale Informationen geprägt sind. Als inklusive soziale Informationen sehen wir soziale Informationsstrukturen, die sich dadurch auszeichnen, dass alle Elemente eines sozialen Systems, die von der Anwendung der entstehenden sozialen Information betroffen sind, diese durch Wechselwirkungen gemeinsam hervorbringen und dass je-

des Individuum dieselben Möglichkeiten und Mittel hat, um die entstehende Informationsstruktur in seinem eigenen Sinn zu beeinflussen. Dem Anarchismus geht es um die unmittelbare Entscheidungsfindung durch Betroffene unter Abwesenheit von Autorität, Herrschaft und Hierarchie. Die Abwesenheit solcher Strukturen, Verhältnisse und Prozesse kann als Annäherung an eine Symmetrisierung der Machtverhältnisse gesehen werden. Symmetrische Macht bedeutet, dass jedeR Betroffene dieselben Möglichkeiten und Ressourcen besitzt, entsprechende Entscheidungen im eigenen Sinn zu beeinflussen. Partizipatorische Basisdemokratie, alle Betroffenen entscheiden alles, das sie betrifft – so könnte ein Ideal des Anarchismus formuliert werden. Und dieses Ideal kommt der Vorstellung der Etablierung inklusiver sozialer Information durch Prozesse der sozialen Selbstorganisation sehr nahe.

Es kann gesagt werden, dass der Anarchismus von kleinen organisatorischen Einheiten ausgeht, in denen basisdemokratische Entscheidungen getroffen werden. Dabei ist es eine Streitfrage, ob ein Konsens erzielt werden sollte oder ob Mehrheitsabstimmungen über Entwürfe, an deren Ausarbeitung alle Betroffenen beteiligt waren, stattfinden sollten. Mehrheitsbeschlüsse erhöhen den Exklusionsgrad demokratischer Prozesse, da der Mehrheitswille verbindlich gilt und der Wille der Minderheit unberücksichtigt bleibt. Der Selbstorganisationsgrad sinkt dadurch also und soziale Informationen, die in dem Sinn inklusiv sind, dass jedeR dieselbe Möglichkeit der Gestaltung und Mitbestimmung hat, bekommen einen zusätzlichen, nämlich exklusiven Charakter. In einer anarchistischen Entscheidungsstruktur mit Mehrheitsprinzip haben Entscheidungen einen inklusiv-exklusiven Charakter: Die Exklusion besteht im Mehrheitsprinzip, die Inklusion in dem hohen Maß der Beteiligung aller Betroffenen. Konsensentscheidungen wären also die Idealform, um inklusive soziale Informationen zu etablieren.

Allerdings müssen auch jene Einwände gegen das Konsensprinzip beachtet werden, die Murray Bookchin und andere einbringen (vgl. z.B. Bookchin 1994): Es kann nicht von homogenen Interessen und Meinungen ausgegangen werden, daher werden mehrheitsfähige Meinungen Minderheitenpositionen möglicherweise unterdrücken oder jene, die sich der Mehrheit nicht anschließen wollen, aus dem Entscheidungsprozess hinausdrängen. Dann entsteht ein formaler Konsens, eine formelle inklusive soziale Information, die jedoch in dem Sinn wiederum exklusiv ist, dass der Konsens nur ein Konsens der Mehrheit ist, die sich gegen Minderheiten wendet.

Es kann wohl keine allgemeine Empfehlung für die Anwendung von Konsens- oder Mehrheitsprinzip von AnarchistInnen gegeben werden, da dies eine praktische Frage ist, die einzig von Gruppen, die einen basisdemokratischen Anspruch haben, in konkreten Situationen gelöst werden kann. Sehr wohl aber meinen die meisten AnarchistInnen, dass ein Konsens darüber erreicht werden sollte, ob in einer konkreten Entscheidungssituation das Konsens- oder das Mehrheitsprinzip anzuwenden ist. Ansonsten entsteht nämlich sehr leicht Handlungsunfähigkeit.

Charakteristisch für Rätemodelle, auf die sich der Anarchismus häufig bezieht, sind föderalistische Vorstellungen, nach denen Entscheidungen, die nicht nur eine Organisationseinheit betreffen, sondern mehrere, in der Form von Föderationsräten behandelt werden sollten. Im allgemeinen wird in der Demokratietheorie davon ausgegangen, dass direkt- und basisdemokratische Entscheidungsmechanismen in großen Organisationsstrukturen schwierig sind und für kleinere organisatorische Einheiten geeignet sind. Im Fall von Versammlungsmodellen scheitert ein Rat, in dem alle Betroffenen direkt miteinander diskutieren, spätestens dann, wenn es zu viele Menschen sind, die eine Entscheidung miteinander gestalten wollen. Zehntausende können nicht auf demokratische Weise in einer Versammlung direkt miteinander kommunizieren. Daher sind Föderationsmodelle für den Anarchismus naheliegend.


Foto: Theo Heimann

Nach anarchistischen Vorstellungen sind in Föderationsräten Delegierte der unterhalb der Föderation liegenden organisatorischen Einheiten vertreten. Die unterschiedliche Gestaltungsweise dieser Räte hat Einfluss auf den Inklusions- und Exklusionsgrad der entstehenden sozialen Informationen. Eine wesentliche Frage besteht darin, ob Delegierte entscheidungsbefugt sind oder ob sie als reine kommunikative Schnittstellen betrachtet werden. Viele Rätemodelle gehen davon aus, dass Delegierte von ihrer Basis gewählt werden sollen und jederzeit von ihr abberufen werden können. Damit ist die Vorstellung verbunden, dass diese Delegierten im eigenen Ermessen in Föderationsräten entscheiden. Es entsteht damit aber die Gefahr der Loslösung von Entscheidungen von ihrer Basis. Insbesondere ist dies problematisch, wenn es mehrere Föderationsstufen gibt und dieselben Delegierten die Möglichkeit haben, in mehreren Stufen vertreten zu sein und unabhängig von ihrer Basis Entscheidungen zu treffen. Es kann dann sehr leicht, so eine häufig lautende anarchistische Kritik, zur Ausbildung von Hierarchien und asymmetrischer Machtverteilung kommen. Ist dies der Fall, so werden der Selbstorganisations- und Inklusionsgrad der in den Föderationsräten entstehenden sozialen Informationen deutlich abgeschwächt. Entscheidungen, die in Föderationsräten entstehen, betreffen viele Menschen. Im beschriebenen Fall, hat aber nicht mehr jedeR diesel-

be Möglichkeit, Entscheidungen zu beeinflussen. Delegierte haben dann mehr Macht als ihre Basis.

Wiederum anders zu betrachten ist ein horizontales Modell, das davon ausgeht, dass Delegierte keinen Spielraum zur selbständigen Entscheidung bekommen sollten, sondern Kommunikationsschnittstellen zwischen organisatorischen Einheiten oder Interessensgruppen darstellen. Soll eine Entscheidung getroffen werden, so treffen Delegierte aller Einheiten und Interessensgruppen, die davon betroffen sind, zusammen und diskutieren das Problem. Sie können allerdings keine Entscheidungen treffen, müssen also wiederum Rücksprache mit ihren Basen halten, deren Meinung sich durch den übergreifenden Diskussionsprozeß möglicherweise geändert hat. Die Delegierten vertreten die Interessen ihrer Basis in Diskussionen mit anderen Gruppen und sind Kommunikationsschnittstellen zwischen ihrer Basis und den Menschen, die sich in anderen Gruppen und Einheiten organisieren.

Der Selbstorganisations- und Inklusionsgrad des horizontalen ist im Vergleich zum hierarchischen Rätemodell höher, da die Delegierten darin nicht eine Kompetenz erlangen, die es erlaubt, Entscheidungen von ihrer Basis loszulösen. Denkbar ist es z.B., dass in derartigen Föderationsräten sehr wohl ein Konsens hergestellt werden kann, indem die Delegierten im Auftrag ihrer jeweiligen Basis miteinander diskutieren und die Interessen und Meinungen ihrer jeweiligen Basis darlegen. Auch Mehrheitsentscheide in der Form von Wahlen, bei denen die Stimmen einzelner organisatorischer Einheiten gewichtet werden, um Machtasymmetrien auf Grund verschiedener Größen der Einheiten zu minimieren, sind vorstellbar. Eine weitere Möglichkeit sind Mehrheitsentscheidungen, bei denen die Delegierten des Föderationsrates im Auftrag ihrer jeweiligen Basis abstimmen. Dabei muß zuerst eine eindeutige Festlegung der Basis erfolgen, was bei einer Abstimmung, an der alle Betroffenen direkt beteiligt sind, nicht der Fall ist. Es muß jedoch gesagt werden, dass auch derartige Mehrheitsentscheide auf föderaler Basis den Inklusions- und Selbstorganisationscharakter der entstehenden sozialen Informationen schwächen.

Allgemein kann festgehalten werden, dass anarchistische Entscheidungsmodelle, die sich durch Dezentralität, Basisdemokratie, kleinere organisatorische Einheiten, Rätemodelle, den Föderationsgedanken und die Selbstbestimmung Betroffener charakterisieren lassen, der Vorstellung von sozialer Selbstorganisation näher kommen als etablierte repräsentativ- und direktdemokratische (Volksentscheid, Volksbegehren, Volksinitiative usw.) Modelle und Elemente, da sie die Etablierung inklusiver sozialer Informationen zu einem wesentlichen Bestandteil ihres Ansatzes machen. Es geht dabei um die Vorstellung, dass Betroffene die Entscheidungsprozesse, als deren Ergebnisse soziale Informationsstrukturen entstehen, selbst bestimmen und gestalten können und dass sie unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch die Fähigkeiten entwickeln können, dies in der Praxis durchzuführen. Es wird von anarchistischer Seite argumentiert, dass der bestehende Gesetzes- und Staatsfetisch sowie die kapitalistischen Verhältnisse dazu beitragen, dass unter den herrschenden Bedingungen eine radikale Basisdemokratie, wie sie der Anarchismus befürwortet, für die Menschen nur schwer vorstellbar ist.

Der Selbstorganisationscharakter von Repräsentativmodellen ist gering, da Entscheidungen, von den Menschen, die von den resultierenden (exklusiven) sozialen Informationen betroffen sind, entkoppelt werden. Moderne direktdemokratische Vorstellungen, die sich auf große Staatswesen beziehen, tragen die Gefahr in sich, dass damit autoritäre und plebiszitäre Elemente transportiert werden. Die Geschichte hat gezeigt, dass Systeme mit Führungsfiguren und plebiszitären Entscheidungsstrukturen zum Erlöschen jedes Selbstorganisationscharakters führen. Der Selbstorganisationsgrad von direktdemokratischen Mechanismen kann i.A. höher eingestuft als jener von repräsentativdemokratischen. Dieser Selbstorganisationsgrad ist aber noch immer ein sehr eingeschränkter, der vielfältigen Limitierungen und Exklusionen unterliegt. Anarchistische Entscheidungsmodelle können als eine Alternative zum bestehenden Mangel an inklusiver sozialer Information betrachtet werden, sie betonen die soziale Selbstorganisation und können als eine Form partizipatorischer Basisdemokratie betrachtet werden.

*Der vorliegende Text stellt einen kurzen Auszug aus dem neuen Buch des Autors dar: **Christian Fuchs (2001): Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus.** Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen. Norderstedt. Libri Books on Demand. 246 Seiten. 37 DM*

Literatur:

Bakunin, Michael (1995) Gott und der Staat. Grafenau/Wien. Trotzdem-Verlagsgenossenschaft iG

Bakunin, Michael (1999) Staatlichkeit und Anarchie. Berlin. Karin Kramer Verlag

Bookchin, Murray (1992) Die Neugestaltung der Gesellschaft. Grafenau. Trotzdem-Verlagsgenossenschaft iG

Bookchin, Murray (1996) Die Agonie der Stadt: Aufstieg und Niedergang des freien Bürgers. Grafenau. Trotzdem-Verlagsgenossenschaft iG.

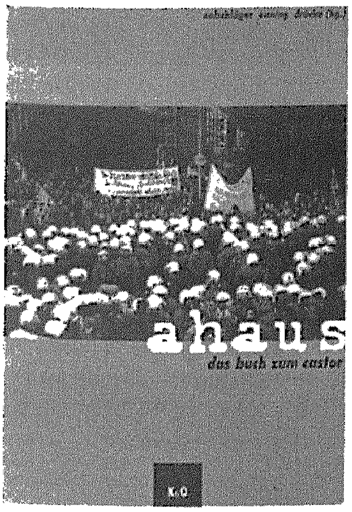
Bookchin, Murray (1994) What is Communalism? In: Left Green Perspectives 31. http://www.leftgreen.org/issues/lgp31.html

Burnicki, Ralf (1998) Anarchie als Direktdemokratie: Selbstverwaltung, Antistaatlichkeit - Eine Einführung in den Gegenstand der Anarchie. Moers. Syndikat, Vertrieb u.a.: Trotzdem-Verlagsgenossenschaft iG

Kropotkin, Peter: Gesetz und Autorität (Anarchistische Texte 2). Berlin. Libertad-Verlag. 5. Auflage 1985

Marcuse, Herbert (1937) Philosophie und kritische Theorie. In: Herbert Marcuse (1965) Kultur und Gesellschaft I. Frankfurt/Main. Suhrkamp-Verlag. S. 102-127

Anzeigen



Thomas Oelschläger, Kerstin Enning, Bernd Drücke (Hg.):

ahaus: das buch zum castor

„Kompetente AutorInnen aus der Bewegung schildern die Auseinandersetzung um die Ahauser Atommüll-Halle. Eine Pflichtlektüre auf dem Weg zum nächsten Tag X in Ahaus (oder anderswo)."
Jochen Stay, in: Graswurzelrevolution, Oktober 2000

Mit Beiträgen von Markus Beinhauer, Horst Blume, Udo Buchholz, Martin „Baxi" Heinze, Traute Kirsch, Hartmut Liebermann, Markus Pettrup, Ursula Sladek, Andreas Speck, Cartoons von Andi Wolff, viele Fotos, 136 S.

Aus aktuellem Anlass statt 29,80 DM nur noch 15 DM ab 10 Ex. 10 DM pro Buch.

Verlag Klemm & Oelschläger
Pappelauer Weg 15
89077 Ulm
FAX: 0731-9387924
ISBN 3-932577-16-7

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

ZWISCHEN ALLEN STÜHLEN Ostdeutsche Agrarproduktivgenossenschaften im Dreiklang von Verdrängung, Anpassung und Experiment **SOZIALHILFE & TAUSCHRINGE** Gegenleistungen als Einkommen im Sinne des BSHG? **5. KOMMUNE-INFOTOUR** Auf Reisen durch 7 Städte **EX UND HOPP?** Mehringhofkneipe in Berlin sucht neues Kollektiv **SOZIALES EUROPA** Europäische Versammlung der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in Paris **URAN-MUNITION** Kein Skandal, sondern ein Verbrechen! **EXISTENZGELD** Eine Einführung aus anarchistischer Sicht **VERKEHR** »Autofrei Leben!« Menschen geraten in Bewegung

Ein Schnupperabo (3 Monate frei Haus ohne Verlängerung) für 10 DM nur gegen Vorkasse (Schein/Briefmarken/V-Scheck).

BUNTE SEITEN das einzige Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 12.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der Alternativ-Medien** im Innenteil. 1.300 Zeitschriftentitel mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. Ca. 280 Seiten (DIN A4) für 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-924085-05-6. Bestellungen im Internet oder über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Probelesen: http://www.contraste.org

»WELTBILDER KOSMOPOLITANIA«

LYRIK- & GRAFIK-WETTBEWERB

EINLADUNG ZUR DARSTELLUNG KOSMOPOLITISCHER NACHBARSCHAFTEN IN WORT UND BILD

In der Hoffnung, daß die im vergangenen Spätsommer von der medialen Geistlichkeit improvisierte Eliten-Tour gegen die »braune Flut« nicht ohne Spuren bleibt wie ein inszenierter Theaterdonner vor der Hauptstadt-Skyline;

in der Erkenntnis, daß der völkisch-rassistische Extremismus ein Phänomen ist, dessen Wurzeln in den Tiefen der Gesellschaft liegen, und daß die Ethnophobie bzw. die Ethnisierung des Sozialen, in welcher sich die Phantombilder einer globalen Apartheid widerspiegeln, eine zivilisatorische Herausforderung darstellt;

mit der Feststellung, daß die Ethnophobie eine zivilisatorische Herausforderung darstellt, der sich nicht mit moralischen Appellen, Lichterketten, Karneval der Kulturen, »Interkulturellen Wochen« und ähnlichen Festakten allein begegnen läßt;

in Anbetracht dessen, daß die neolibrale Globalisierung kosmopolitische Gesellschaftsformationen herbeiruft und die heranwachsenden Migrationsbewegungen immer neue Konfliktfelder verursachen, welche ebenfalls neuartige Annäherungsversuche verlangen;

mit der Betonung auf die libertären Sinnbilder einer Staatsbürgernation jenseits völkischer Identitätszwänge, die die Anerkennung der bürgerrechtlichen Gleichheit und kulturellen Gleichwertigkeit als Elementarstoff gegen das ethnophobe Gedankengut voraussetzen;

in der Überzeugung, daß die poetische und bildliche Ästhetik der bunten Nachbarschaften die Rivalität zwischen völkischen Sippschaften ablösen und den Weg zum freimütigen Erdenbürgertum ebnen kann,

wendet sich

DIE BRÜCKE
FORUM FÜR ANTIRASSISTISCHE POLITIK UND KULTUR

an die Nachbarschaften dieser Erde und lädt alle, die Worte setzen und Pinsel schwingen, zur Karawanserei der Sonnenstürmer ein.

Mindestens sechs Teilnehmer erwarten Surprise-Preise, vor allem in Form von Reisen!

Lyrische und grafische (höchstens drei) Arbeiten in dreifacher Anfertigung, mit einer Kurzbiographie, einem Lichtbild und dem Vermerk »Wettbewerb« auf dem Briefumschlag sind einzusenden an die

Redaktion DIE BRÜCKE
Am Lorenzberg 9 • 66121 Saarbrücken
(Bitte keine elektronische Post)

Einsendeschluß: 30. Mai 2001

Höhepunkt des Wettbewerbskarawane wird das zentrale Literatur-Festival im Spätsommer 2001 sein. In einer Anthologie werden alle der Jury durch den Vorwahlauschuß vorgelegten Arbeiten erscheinen.

Willkommen sind weitere Anregungen zur Fortbewegung der Karawane und jegliche Rückenstärkung durch Spenden und Anzeigen in DIE BRÜCKE sowie durch das Abonnement über den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstraße 33, D – 60385 Frankfurt/Main, Tel. 069/957 301 86, Fax 069/957 301 87, e-mail: brandes-apsel@t-online.de

Spenden-Konto:
»DIE BRÜCKE e.V.« • Nummer 1054336300 • BfG Saarbrücken • BLZ 59010111

Über Marx und Proudhon hinaus

von Takis Fotopoulos

Bekanntlich bezeichnete der Gegensatz zwischen Marx und Proudhon den Anfang der Spaltung zwischen dem etatistischen und dem libertären Sozialismus »eine Spaltung, die ihren Höhepunkt in dem Streit zwischen Marx und Bakunin innerhalb der Ersten Internationale fand. Heute, fast ein und einhalb Jahrhunderte nach dieser Debatte, liegt das Sozialistische Projekt in Trümmern nach dem Zusammenbruch der beiden Ausdrucksformen des etatistischen Sozialismus (die Sozialismus-Version, die seit jener Zeit die sozialistische Bewegung beherrscht hat), nämlich der »real existierende Sozialismus« des Ostens und die Sozialdemokratie des Westens. Darüber hinaus hat der Zusammenbruch der etatistischen Version des Sozialismus nicht zu einer Wiederbelebung seiner libertären Version geführt.

Der gegenwärtige Misserfolg des libertären Sozialismus ist kein Zufall. Denn er hat etwas mit der Tatsache zu tun, dass bis heute nur wenige Libertäre (besonders Murray Bookchin) versucht haben, die libertäre Theorie insgesamt zu erneuern, und dass keiner von ihnen (mit der Ausnahme von Democracy & Nature) den Versuch unternommen hat, sie mit der Wirklichkeit der heutigen internationalisierten Marktwirtschaft in Einklang zu bringen. Statt dessen sind sie entweder bei den alten Debatten mit etatistischen Sozialisten stecken geblieben, oder haben sich verschiedenen Formen eines fernöstlichen Irrationalismus zugewandt »Taoismus, Zen usw.«.

Heute kann eine erneute Überprüfung der Marx-Proudhon-Debatte, wie sie insbesondere in den zwei ›Miséres‹ zum Ausdruck kommt, im Lichte des Zusammenbruches der sozialistischen Bewegung besonders nützlich sein. Eine genaue Analyse dieser Debatte wird zeigen, dass eine Wiederbelebung libertärer Theorie sowohl den etatistischen als auch den libertären Sozialismus transzendieren muss in einer Synthese der zwei historischen Haupttraditionen »der sozialistischen und der demokratischen »mit den radikalen Strömungen innerhalb der neuen gesellschaftlichen Bewegungen (grüne, feministische, autonomistische und ähnliche Bewegungen). Ich will im folgenden versuchen, diese Debatte in Verbindung mit Marx' und Proudhons jeweiligen Ansichten auf drei wesentlichen Gebieten von Unterschieden bzw. Ähnlichkeiten zwischen ihnen zu untersuchen: 1. Methodologie, 2. Marktwirtschaft und Wettbewerb, 3. Demokratie.

Über Marx' und Proudhons »Wissenschaften« hinaus.

Weder Marx noch Proudhon hegten Zweifel an dem »wissenschaftlichen« Charakter ihrer eigenen Theorien. Das war natürlich zu erwarten, wenn man bedenkt, dass zu der Zeit, da sie ihre eigenen Befreiungsprojekte entwickelten, der »Szientismus«, d.h. der übertriebene Glaube an alles »wissenschaftliche«, seinen Höhepunkt erreicht hatte.

So versuchte Marx auf der Grundlage von Veränderungen in der »ökonomischen Sphäre«, eine allgemein gültige Deutung der gesamten Menschheitsgeschichte zu liefern und die sozialistische Transformation der Gesellschaft historisch notwendig zu machen. Marx zweifelte nicht an dem »wissenschaftlichen« Charakter seiner ökonomischen Gesetze, die er als »eherne«, unvermeidliche Ergebnisse liefernde Gesetze ansah, oder aber an dem »objektiven« Charakter seiner ganzen Konzeption, die er einem naturgeschichtlichen Prozeß gleichsetzte. »Es handelt sich um diese Gesetze selbst, um diese mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen. ... mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt ...«[1]

Ähnlich hegte Proudhon, der früher als Marx schrieb, keinerlei Zweifel an dem »wissenschaftlichen« und »objektiven« Charakter seiner Theorien. So legen etwa schon die Anfangssätze des ersten Kapitels seiner Philosophie des Elends Zeugnis seines Glaubens an die Wirtschaftswissenschaft ab: »Ich behaupte die WIRKLICHKEIT einer Wissenschaft von der Wirtschaft.« Und weiter: »Ich behaupte andererseits die absolute Zuverlässigkeit sowie den fortschrittlichen Charakter der Wirtschaftswissenschaft, die meiner Meinung nach von allen Wissenschaften die umfassendste, die reinste und diejenige Wissenschaft ist, die am besten in Tatsachen umgesetzt ist.«[2]

Proudhon fährt mit der Versicherung fort, dass er die »politische Ökonomie« von Adam Smith, Ricardo, Malthus und J.-B. Say (d.h., was wir heute »orthodoxe Volkswirtschaftslehre« nennen würden) nicht als Wis-

senschaft ansieht; vielmehr betrachtet er sie als »Sammelsurium von Theorien« und charakterisiert sie treffend als »die organisierte Praxis des Diebstahls und des Elends« Des weiteren lehnt er ab, was damals als sozialistische Volkswirtschaftslehre galt, indem er erklärt, dass sowohl die orthodoxe als auch die sozialistische Volkswirtschaftslehre »der Untreue gegenüber der Wissenschaft schuldig« sind, »da einerseits die politische Ökonomie ihre theoretischen Lappen für Wissenschaft ausgibt und die Möglichkeit weiteren Fortschritts leugnet und andererseits der Sozialismus der Überlieferung den Laufpass gibt und darauf abzielt, die Gesellschaft auf unauffindbaren Grundlagen neu zu errichten«. Und nachdem er zugegeben hat, dass sowohl die orthodoxe wie auch die sozialistische Volkswirtschaftslehre sich auf »eine gemeinsame Autorität« berufen, von der jede von ihnen behauptet, unterstützt zu werden, nämlich die »WISSENSCHAFT«, verkündet Proudhon die Überlegenheit seiner eigenen »Wissenschaft« folgendermaßen: »Was schreibt nun in einer solchen Lage die Wissenschaft vor? »Sicherlich nicht, in einem willkürlichen, kaum faßbaren, unmöglichen Juste milieu stehen zu bleiben, sondern noch mehr zu verallgemeinern und ein drittes Prinzip zu entdecken, ein Faktum, ein höheres Gesetz, das die Fiktion des Kapitals und den Mythos des Eigentums erklärt und dieses Prinzip mit der Theorie vereinbart, die das Entstehen allen Reichtums der Arbeit zuschreibt. Das mußte der Sozialismus, wenn er logisch zu Werke gehen gewollt hätte, unternehmen. ... Es genügt, zu sagen, dass es eine Formel der Versöhnung geben muß, über sozialistischen Utopien und verkürzten Theorien der politischen Ökonomie stehend, und dass es darum geht, die zu entdecken.«[2]

In der gleichen Geisteshaltung sah Marx es als seine erste Aufgabe an, Proudhons »Wissenschaft« beiseite zu schieben. Und so steht denn auch im Mittelpunkt seiner gegen Proudhon gerichteten Kritik der unwissenschaftliche Charakter von dessen Theorie. So hebt er in einem Brief an J.B. Schweitzer hervor: »Ich zeigte darin (sc. in Das Elend der Philosophie) u.a., wie wenig er in das Geheimnis der wissenschaftlichen Dialektik eingedrungen; ... und wie er mit den Utopisten auf eine sogenannte ›Wissenschaft‹ Jagd macht, wodurch eine Formel für die ›Lösung der sozialen Frage‹ a priori herausspintisiert werden soll, statt die Wissenschaft aus der kritischen Erkenntnis der geschichtlichen Bewegung zu schöpfen, einer Bewegung, die selbst die materiellen Bedingungen der Emanzipation produziere. ... (Wissenschaft reduziert sich für ihn auf die winzigen Proportionen einer wissenschaftlichen Formel; er ist ein Mann auf der Suche nach Formeln.).«[3]

So ist also klar, dass Proudhon und Marx versuchten, sich auf objektive Theorien und Methoden zu stützen, um die Notwendigkeit einer alternativen Gesellschaft zu rechtfertigen. Das unausgesprochene Argument zugunsten eines solchen Zuganges beinhaltet, dass derartige Theorien und Methoden in der Tat »objektive Prozesse« widerspiegeln, die in der Gesellschaft bzw. in der natürlichen Welt wirksam sind. Wie ich jedoch an anderer Stelle[4] zu zeigen versucht habe, ist die Wahl einer »wissenschaftlichen« bzw. »objektivistischen« Methode zur Rechtfertigung einer alternativen Gesellschaft sowohl problematisch, als auch nicht wünschenswert.

Sie ist problematisch, weil nach der endgültigen Einführung des Ungewissheitsgrundsatzes und der Chaostheorie in die Wissenschaft des 20. Jahrhunderts nur noch Wenige glauben, dass es noch immer möglich sei, »objektiven« »Gesetze« oder »Tendenzen« des gesellschaftlichen Wandels herzuleiten. Wenn Ursache und Wirkung sogar in der Physik ungewiss sein können und der Bezug auf notwendige und allgemein gültige Gesetze sogar hinsichtlich der natürlichen Welt strittig ist, dann ist doch wohl klar, dass objektive Gesetze oder Tendenzen zu postulieren, die auf die Gesellschaft anwendbar seien, zumindest absurd ist.

Sie ist nicht wünschenswert, weil es eine ganz eindeutige Verbindung zwischen der »Verwissenschaftlichung« jenes Vorhabens in den Händen von Marxisten-Leninisten und der folgerichtigen Bürokratisierung sozialistischer Politik sowie der totalitären Transformation gesellschaftlicher Organisation gibt. Mit anderen Worten, es war genau die marxistische Verwandlung des sozialistischen Projekts in eine »objektive« Wissenschaft, die ganz wesentlich zur Errichtung neuer hierarchischer Strukturen in der sozialistischen Bewegung beigetragen hat. Die Grundlage dieser neuen hierarchischen Strukturen war die gesellschaftliche Teilung, die zwischen der Avantgarde einerseits geschaffen wurde, die als einzige tatsächlich in der Lage war, die Bewegung zu führen, und den »Massen« andererseits. Und es ist ja eine wohlbekannte geschichtliche Tatsache, dass sowohl in den vorrevolutionären marxistischen Bewegungen, als auch in den nachrevolutionären Regierungen die Rechtfertigung der Konzentration von Macht in den Händen der Parteieliten auf der »Tatsache« gründete,



Foto: Wolfgang Müller

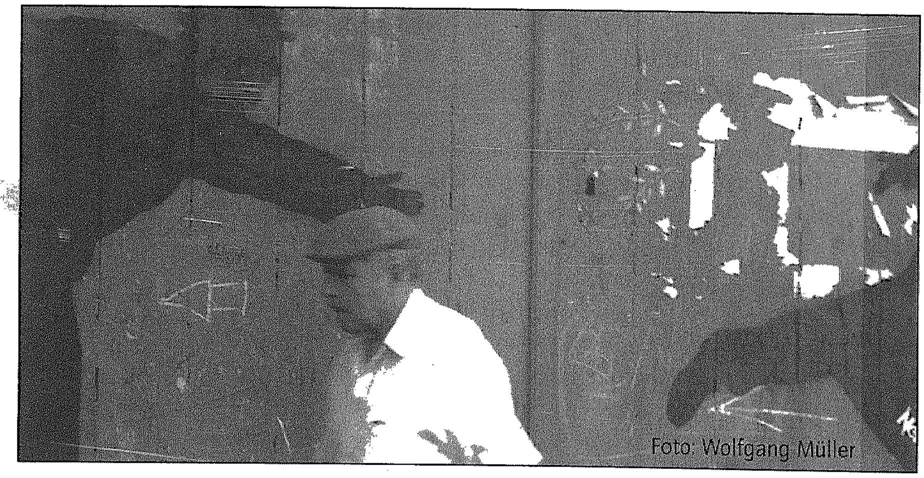


Foto: Wolfgang Müller

dass sie allein »wussten«, wie die Geschichte auszulegen war und wie in geeigneter Weise gehandelt werden musste, um den historischen Prozeß zum Sozialismus zu beschleunigen.

Deshalb ist die Tatsache, dass Proudhon in seinem Briefwechsel mit Marx die Umwandlung des sozialistischen Projekts in eine neue Religion zurück zu weisen schien (»spielen wir uns nicht als Apostel einer neuen Religion auf; und wäre diese Religion auch die Religion der Logik, die Religion der Vernunft«[5]), kein Zeichen dafür, dass, hätte der Anarchismus Proudhons anstelle des Marxschen Sozialismus die Bewegung beherrscht, die Schaffung neuer hierarchischer Strukturen vermieden worden wäre. Es sind ja nicht die Absichten von Marx, Proudhon u.a. als solche, die zu einer derartigen Entwicklung führen könnten, sondern die »Verwissenschaftlichung« bzw. »Objektivierung« des Befreiungsprojekts (von Marx zu Proudhon und von Kropotkin zu Bookchin), die unausweichlich zur Schaffung einer neuen hierarchischen Teilung innerhalb der Befreiungsbewegung führt zwischen den Inhabern der »wissenschaftlichen« bzw. »objektiven« Wahrheit und dem Rest

Aber, wenn auch der modernistische Objektivismus fragwürdig und nicht wünschenswert zu sein scheint, so bedeutet das nicht, dass der post-modernistische Subjektivismus weniger fragwürdig und wünschenswerter wäre. Der Postmodernismus kann leicht zu allgemeinem Relativismus und Irrationalismus führen, wenn nicht gar zu vollständiger Aufgabe radikaler Politik. So impliziert die Übernahme eines postmodernen »verallgemeinerten Konformismus«[6] in der Tat die Aufgabe jeglicher Idee eines Befreiungsprojekts unter dem Vorwand, »Vielstimmigkeit« ertönen zu lassen, und unter dem (rechten) Banner, dass »Politik, recht verstanden, ganz entschieden subjektiv ist«[7].

Das Dilemma, zwischen einem modernistischen »objektivistischen« und einem postmodernistischen subjektivistischen Herangehen bei der Rechtfertigung des Vorhabens einer alternativen Gesellschaft wählen zu müssen, ist aber ein falsches Dilemma. Denn heute ist es möglich, ein Befreiungsprojekt mit dem Ziel einer umfassenden Demokratie ohne Rückgriff auf kontroverse objektive Begründungen oder auf einen postmodernen Neokonservatismus zu definieren. Wenn wir also das Befreiungsprojekt in Begriffen der Forderung nach gesellschaftlicher und individueller Autonomie definieren, so, weil wir ganz bewußt Autonomie wie auch ihren demokratischen Ausdruck wählen und ausdrücklich die Möglichkeit irgendwelcher »objektiven« Gesetze, Prozesse oder Tendenzen ausschließen.

Darüber hinaus macht die Bestimmung von Freiheit in Begriffen von Autonomie es möglich, Demokratie nicht bloß als eine Struktur anzusehen, die gleiche Teilhabe an der Macht institutionalisiert, sondern auch als einen Prozess gesellschaftlicher Selbstinstitutionalisierung (self-institution), in deren Zusammenhang Politik sowohl kollektive, als auch individuelle Autonomie zum Ausdruck bringt. Als Ausdruck kollektiver Autonomie gestaltet Politik sich auf dem Wege über ein In-Frage-stellen der bestehenden Institutionen und über deren Veränderung durch überlegtes gemeinsames Handeln. Auch als Ausdruck individueller Autonomie »sichert die Polis mehr als ein Überleben von Menschen«. »Politik ermöglicht auch die Entwicklung des Menschen als eines Geschöpfes, das zu echter Autonomie, Freiheit und Vortrefflichkeit fähig ist.«[8] Das ist wichtig, wenn wir insbesondere die Tatsache berücksichtigen, dass der allen Diskussionen über Demokratie gemeinsame Irrtum darin besteht, verschiedene Typen früherer Gesellschaften bzw. Gemeinschaften als Demokratien zu bezeichnen, nur weil sie auch demokratische Formen der Entscheidungsfindung (Volksversammlungen) oder wirtschaftliche Gleichheit aufwiesen. Demokratie als Prozess gesellschaftlicher Selbstinstitutionalisierung (self-institution) impliziert jedoch eine Gesellschaft, die weltanschaulich offen ist, die also nicht auf irgendein geschlossenes System von Glaubenshaltungen, Dogmen oder Ideen gegründet ist. »Demokratie ist«, wie Castoriadis es formuliert, »das Vorhaben, Eingeschlossenheit auf der kollektiven Ebene aufzubrechen.«[9] Deshalb dürfen in einer demokratischen Gesellschaft Dogmen und geschlossene Ideensysteme nicht Teile des herrschenden gesellschaftlichen Paradigmas bilden, obwohl Individuen natürlich was für Glaubenshaltungen auch immer einnehmen können, solange sie sich verpflichtet wissen, das Prinzip der Demokratie aufrecht zu erhalten, nämlich das Prinzip, demzufolge eine Gesellschaft autonom, also als inklusive Demokratie institutionalisiert ist.

Das grundlegende Element der Autonomie besteht in der Schaffung unserer eigenen Wahrheit, etwas, was in Gesellschaft lebende Individuen nur durch direkte Demokratie erlangen können, d.h. durch den Prozess, über den sie ständig jegliche Institution, Tradition oder »Wahrheit« in Frage stellen. In einer Demokratie gibt es eben keine gegebenen Wahrheiten. Die Praxis individueller und kollektiver Autonomie setzt Autonomie im Denken voraus.

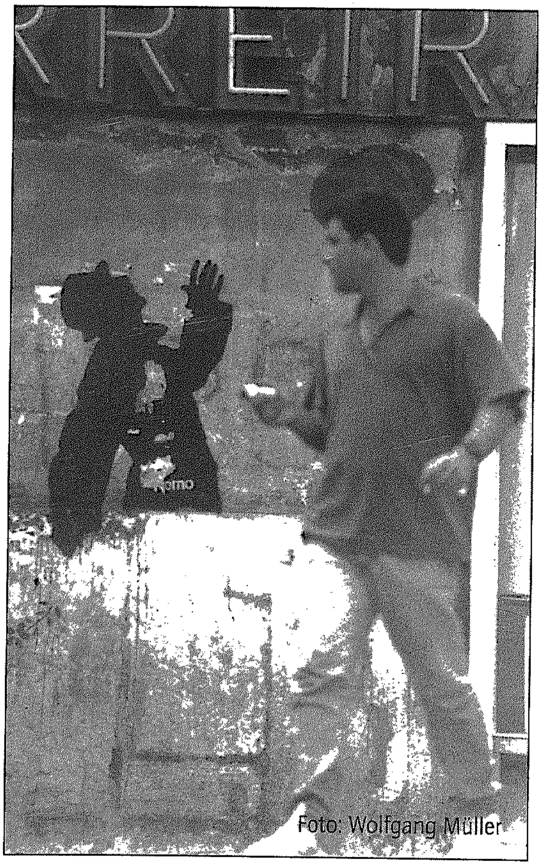
Dennoch bedeutet die Tatsache, dass das Vorhaben einer Autonomie im allgemeinen und einer umfassenden Demokratie im besonderen nicht objektiv begründet ist, nicht, dass eben »alles geht« und es deshalb unmöglich wäre, irgendeine definierbare Gesamtheit von Grundsätzen zur Einschätzung gesellschaftlich-politischer Veränderungen herzuleiten bzw. eine begrenzte Zahl ethischer Werte zur Bewertung menschlichen Verhaltens zu entwickeln. Vernunft ist immer noch notwendig in einem Prozess der Herleitung von Grundsätzen und Werten, die mit dem Autonomieprojekt vereinbar und insofern rational sind. Deshalb bringen die in solch einem Prozess entwickelten Grundsätze und Werte nicht einfach persönliche Geschmacksempfindungen und Wünsche zum Ausdruck; tatsächlich sind sie viel »objektiver«, als diejenigen Grundsätze und Werte, die aus strittigen Interpretationen der Entwicklung von Natur und Gesellschaft abgeleitet sind. Die logische Vereinbarkeit der ersteren mit dem Projekt »Autonomie« könnte in ganz unstrittiger Weise bestimmt werden im Unterschied zu der bestreitbaren »Objektivität« der letzteren.

2. Über Marx' und Proudhons Wirtschaftswissenschaft hinaus.

Aber nicht nur zur Methodologie und besonders zum Glauben an »objektive« bzw. »wissenschaftliche« Wahrheiten hatten Marx und Proudhon eine gemeinsame Einstellung. Gleiches gilt hinsichtlich ihrer jeweiligen Wirtschaftstheorien, ungeachtet einiger offensichtlicher Unterschiede zwischen ihnen. So wurde etwa die klassische Lösung, den Wert von Gütern und Dienstleistungen in Begriffen von Arbeitsstunden eines Menschen zum Ausdruck zu bringen, die von den orthodoxen (politischen) Ökonomen ihrer Zeit entwickelt wurde, sowohl von Proudhon, als auch von Marx übernommen. Aber die Arbeitstheorie des Wertes ist, abgesehen von der Tatsache, dass sie alle möglichen Probleme hervorruft in Bezug auf die Gleichwertigkeit verschiedener Arten von Arbeit, die »Verwandlung« der benutzten Werkzeuge/Ausrüstung in Arbeitsstunden pro Mensch usw., auch grundsätzlich nicht mit einer freiheitlichen Gesellschaft vereinbar, wie u.a. Kropotkin gezeigt hat.[10]

Darüber hinaus ist diese Theorie unvereinbar mit einem Allokationssystem, das auf Wahlfreiheit beruht. Der Grund dafür ist, dass, selbst wenn die Arbeitstheorie des Wertes einen (teilweisen) Hinweis auf die Verfügbarkeit von Ressourcen geben kann, sie ganz sicher nicht als Mittel zu verwenden ist, Verbraucherpräferenzen zum Ausdruck zu bringen. Deshalb kann die Arbeitstheorie des Wertes nicht als Grundlage für ein System der Ressourcenallokation dienen, das darauf abzielt, sowohl Bedürfnisse zu befriedigen, als auch gleichzeitig Verbrauchersouveränität und Wahlfreiheit zu sichern.

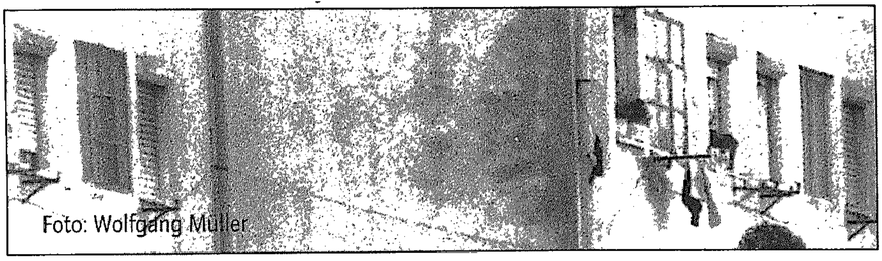
Eben deshalb habe ich ein Modell wirtschaftlicher Demokratie[4] vorgeschlagen, das (im Unterschied zu Proudhons Modell) eine staats-, geld- und marktfreie Wirtschaft zur Voraussetzung hat und die Institutionalisierung von Privilegien einiger weniger Gesellschaftsbereiche und private Reichtumsakkumulation ausschließt. Dieses System besteht aus zwei Grundelementen, einem »Markt«-element, das die Schaffung eines künstlichen »Marktes« einschließt, der tatsächliche Wahlfreiheit sichert, ohne die nachteiligen Wirkungen zu erleiden, und aus einem Planungselement, das die Schaffung eines Rückkoppelungsprozesses demokratischer Planung zwischen Versammlungen am Arbeitsplatz, in den Gemeinden und auf der Ebene einer Konföderation einschließt.[4] In solch einem System bedarf es keiner »objektiven« Bewertung von Waren und Arbeitskräften, die eine »wissenschaftliche« Theorie, wie die Arbeitswerttheorie, notwendig machen würde, um sie zu erreichen. Anstelle dessen werden sowohl der Waren-, als auch der Arbeitswert durch individuelle und kollektive Entscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern bestimmt.


Foto: Wolfgang Müller

Die Tatsache jedoch, dass Proudhon das Marktsystem nicht ausschließt, verleitet ihn dazu, den Wettbewerb zu feiern. Wie Proudhon unterstreicht, »(besteht) der beklagenswerteste Irrtum des Sozialismus ... darin, sie (sc. die Konkurrenz) als Umsturz der Gesellschaft angesehen zu haben«. »Es kann hier also nicht die Rede davon sein, die Konkurrenz zu zerstören, etwas, was genauso unmöglich ist, wie die Freiheit zu zerstören. Es handelt sich vielmehr darum, ihr Gleichgewicht zu finden, ich würde sogar sagen, ihre öffentliche Ordnung.«[11] ... »Die Konkurrenz als Position bzw. Entwicklungsphase der Wirtschaft ist in ihrem Ursprung betrachtet das notwendige Ergebnis des Auftretens der Maschinen, der Bildung der Werkstatt und der Theorie der Reduktion der allgemeinen Kosten; in der ihr eigentümlichen Bedeutung und in ihrer Entwicklungstendenz betrachtet ist sie die Art und Weise, in der die Tätigkeit der Gesellschaft in Erscheinung tritt und ausgeübt wird, Ausdruck der gesellschaftlichen Spontaneität, wirksamstes Instrument der Konstituierung des Wertes, Stütze für die Assoziation.« ... »Das Monopol ist das natürliche Gegenstück zur Kon-

kurrenz. Diese einfache Beobachtung genügt, wie wir bereits erwähnt haben, um die Utopien fallen zu lassen, die daran denken, die Konkurrenz abzuschaffen, als wenn diese die Assoziation und die Brüderlichkeit zum Gegensatz hätte. Die Konkurrenz ist die Lebenskraft, die das Gruppenwesen beseelt; sie zerstören, wenn so etwas überhaupt unterstellt werden könnte, hieße die Gesellschaft töten.«[11]

Diese Aussagen Proudhons über den Wettbewerb kann man auf zweierlei Art deuten. Eine besteht darin, sie im institutionellen Rahmen einer Marktwirtschaft zu sehen, wie Marx, der Proudhons Ansichten hierzu zutreffend kritisiert hat. Die andere Art ist, sie innerhalb Proudhons föderalistischer Wirtschaft zu sehen. Im erstgenannten Fall verraten Proudhons Feststellungen zur Konkurrenz ein dürftiges Verständnis ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als Mechanismus, der für die Dynamik des Systems der Marktwirtschaft sorgt. Marx also hatte ein sehr viel angemesseneres Verständnis der wirtschaftlichen Bedeutung des Wettbewerbs, obwohl er selbst seiner »wissenschaftlichen« Interpretation von Geschichte zum Opfer fiel, wie aus der Tatsache hervorgeht, dass er in seinem dialektischen Schema den Wettbewerb als durch »das feudale Monopol« hervorgebracht ansah, das die These darstellt, gegenüber der Antithese Wettbewerb und dem neuzeitlichen Monopol als Synthese.[12] Anders gesagt, Marx sieht die Errichtung des Systems der Marktwirtschaft als Erzeugnis der Evolution. Und tatsächlich hat sich die Marktwirtschaft selbst ja eigentlich auch nicht aus einer feudalen Zeit »herausentwickelt«, sondern ist doch im wahrsten Sinne des Wortes im 18. und besonders im 19. Jahrhundert, vor allem in England, explodiert. Deshalb war, im Gegensatz zu dem, was Liberale und Marxisten behaupten, die Ver-Marktung der Wirtschaft nicht einfach ein evolutionärer Prozeß, der unausweichlich aus der Ausdehnung des merkantilistischen Handels folgte.


Foto: Wolfgang Müller

Wenn wir jedoch die Hypothese akzeptieren, dass Konkurrenz der Motor der Marktwirtschaft sei, dann bedeutet das, dass die gegenwärtige Konzentration wirtschaftlicher Macht und die Internationalisierung der Marktwirtschaft nicht einfach das Ergebnis »schlechter« Regierungspolitik oder von »Versäumnissen des Marktes« sind. Wie ich an anderer Stelle zu zeigen versucht habe, vollzog sich die Verlagerung vom Eigentümer- (bzw. Unternehmer-) Kapitalismus hin zur heutigen internationalisierten Marktwirtschaft, in der wenige riesige Gesellschaften die Weltwirtschaft kontrollieren, nicht, wie es z. B. Chomsky darstellt, als Ergebnis einer »Reaktion auf große Marktversäumnisse des späten 19. Jahrhunderts«.[13] Nein, es war Wettbewerb, der von einfachen Unternehmerfirmen zu den gegenwärtigen Riesengesellschaften führte. Es war Wettbewerb, der die Notwendigkeit der Ausdehnung hervorrief, so dass die (vom Gesichtspunkt der Profite aus gesehen) besten Technologien und Methoden, die Produktion zu organisieren (economies of scale usw.) angewendet werden. Und es war wiederum Wettbewerb, der zu der heutigen Explosion von Zusammenschlüssen und Übernahmen wie auch zu den verschiedenen »strategischen Allianzen« in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern geführt hat. In diesem Problemzusammenhang ist es innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens von parlamentarischer Demokratie und Marktwirtschaft nicht möglich, dem Prozeß zunehmender Konzentration wirtschaftlicher Macht zu steuern.

3. Über Marx' und Proudhons »Demokratie«-Konzeptionen hinaus

Ein weiteres Gebiet, auf dem wir, heute sowohl über Marx, als auch über Proudhon hinausgehen müssen, ist das ihrer Ansichten über Demokratie. Es ist kein Zufall, dass für Marxisten ebenso wie für viele Libertäre, einschließlich Proudhon, Demokratie, selbst wenn damit direkte Demokratie gemeint ist, als eine Art von »Herrschaft« anzusehen ist, die eine Trennung zwischen Staat und Gesellschaft voraussetzt.

Was etwa zunächst die marxistische Demokratiekonzeption betrifft, so ist sie ganz klar eine etatistische Demokratiekonzeption. In dieser Konzeption wird Demokratie für die ganze geschichtliche Periode, die den Kapitalismus vom Kommunismus trennt, d.h. für die gesamte Periode, die »Reich der Notwendigkeit« genannt wird, da Mangel zu Klassenantagonismen führt, die Klassendiktaturen der ein oder anderen Art unausweichlich machen, nicht vom Staat unterschieden. So steht für Marx fest: »Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.«[14]

Deswegen ist es offensichtlich, dass in der marxistischen Weltanschauung eine nicht-etatistische Auffassung von Demokratie undenkbar ist, sowohl in der zum Kommunismus führenden Übergangsphase, als auch in der höheren Phase einer kommunistischen Gesellschaft: in der ersteren, weil das Reich der Notwendigkeit eine etatistische Form von Demokratie notwendig macht, in der politische und wirtschaftliche Macht nicht unter allen Bürgern, sondern nur unter den Angehörigen des Proletariats verteilt ist; in der letzteren, weil, wenn wir das Reich der Freiheit erreicht haben, überhaupt keine Form der Demokratie mehr notwendig ist, da dann keine bedeutenden Entschei-

dungen mehr zu fällen sein werden! So werden etwa auf der wirtschaftlichen Ebene inzwischen Mangel und Arbeitsteilung verschwunden sein, und deshalb wird es keine Notwendigkeit mehr geben, bedeutende wirtschaftliche Entscheidungen über Ressourcenallokation zu fällen. Und ebenso wird auf der politischen Ebene die Verwaltung von Sachen die Verwaltung von Menschen ersetzt haben, und deshalb wird es auch hier keine Notwendigkeit mehr geben, bedeutende politische Entscheidungen zu fällen.

Wenn also Bedürfnisse und Mangel objektiv definiert werden, dann ist die kommunistische Nach-Mangelphase in Wirklichkeit ein mythischer Zustand, und jede Bezugnahme auf ihn könnte ganz einfach benutzt werden (und ist auch benutzt worden), die unbegrenzte Aufrechterhaltung staatlicher Macht sowie von Machtbeziehungen und -strukturen zu rechtfertigen. Die Abschaffung des Mangels und infolgedessen der Arbeitsteilung ist weder eine notwendige, noch eine zureichende Voraussetzung für Demokratie. Deshalb sollte der Aufstieg des Menschen vom Reich der Notwendigkeit zum Reich der Freiheit von dem ökonomischen Prozess abgekoppelt werden. Historisch hat es mancherlei Gelegenheiten gegeben, da verschiedene Grade von Freiheit unter Bedingungen fortbestanden haben, die als zum »Reich der Notwendigkeit« gehörig gekennzeichnet werden konnten. Darüber hinaus gibt es, sobald wir aufhören, diese zwei Reiche als einander ausschließend zu behandeln, keine Rechtfertigung mehr für irgendeinen Versuch, die Natur zu beherrschen »ein wichtiges Element marxistischer Wachstumsideologie – , um in das »Reich der Freiheit« einzugehen. So muss über die marxistische Auffassung von Demokratie hinaus gegangen werden.

Was Proudhons Auffassung von Demokratie betrifft, so verdeutlichen eine Reihe seiner Feststellungen, dass er ihre klassische Konzeption, die sie in Begriffen gleicher Verteilung von Macht definiert, mit autoritären bzw. etatistischen Konzeptionen verwechselt. So sagt er zunächst, dass »man mit der vollständigsten Demokratie auch nicht frei sein kann«, da Demokratie »die Souveränität des Volkes bzw., besser gesagt, der Mehrheit eines Volkes« ist.[15] Dann definiert er Demokratie als »Regierung aller durch jeden Einzelnen«,[16] um mit dem Aphorismus zu schließen: »Entzieht dem demokratischen Prinzip, entzieht der Freiheit jene höchste Sanktion (sc. die Konstituierung von Initiativkraft und Urteilsfähigkeit in Form staatlicher Autorität) und augenblicklich geht die Autorität, der Staat unter.«[16]

Aber, es gibt, wie von bedeutenden Denkerinnen und Denkern sowohl in der demokratischen (Hannah Arendt, Cornelius Castoriadis), als auch in der anarchistischen Tradition (Murray Bookchin, April Carter) gezeigt worden ist, nur eine Form von Demokratie auf der politischen Ebene, nämlich die direkte Ausübung von Souveränität durch die Menschen selbst, die jede Art »Herrschaft« ablehnt und gleiche Machtausübung institutionalisiert. April Carter schlägt hierzu einen besonders eindringlichen Ton an, wenn sie feststellt, dass »Engagement an direkter Demokratie oder an Anarchie in der sozio-politischen Sphäre mit politischer Autorität unvereinbar« ist. »Die einzige Autorität, die es in einer direkten Demokratie geben darf, ist die in der politischen Körperschaft liegende Gruppen-Autorität. ... es ist zweifelhaft, ob Autorität von einer Gruppe von Gleichen gebildet werden kann, die Entscheidungen durch einen Prozeß wechselseitiger Überzeugung erreichen.«[17]


Foto: Wolfgang Müller

Proudhon jedoch, selbst wenn er anzuerkennen scheint, dass es in einer authentischen Demokratie keine Spaltung zwischen Staat und Gesellschaft gibt, übernimmt die übliche Kritik an der Demokratie, die auf die angebliche Undurchführbarkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen gegründet ist. »Das demokratische Ideal bestünde darin, dass die regierte Menge gleichzeitig auch die regierende Menge wäre; dass die Gesellschaft mit dem Staat identisch und ihm gleichwertig und das Volk mit der Regierung identisch und ihr gleichwertig wäre, ... wenn die Ausdehnung des Staates niemals diejenige einer Stadt oder Gemeinde überschreiten dürfte, so überließe ich es jedem, sich darüber nach eigenem Gusto ein Urteil zu bilden »und dann wär's das ja wohl auch. Aber ... es handelt sich um große Ansammlungen von Gebieten, in denen Städte, Dörfer und Weiler zu Tausenden zählen, ...«[18]

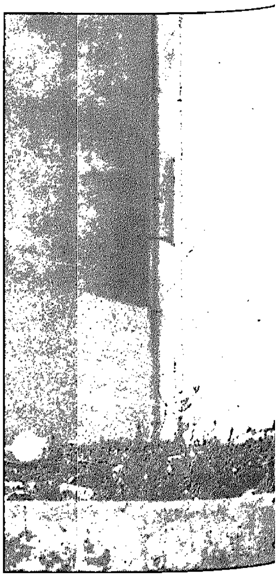
Doch der Grund, warum Proudhon die Demokratie ablehnt, hat mit Durchführbarkeit an sich nicht viel zu tun, sondern eher etwas mit der Tatsache, dass er das demokratische System als autoritär ansieht, da es nicht den Grad von Freiheit sichert, den der Föderalismus angeblich gewährleistet. Für Proudhon sind Demokratie, Monarchie, Kommunismus und Anarchie, »da keine von ihnen sich in der Reinheit ihres jeweiligen Ideals verwirklichen kann, darauf beschränkt ..., einander mittels wechselseitiger Anleihen zu ergänzen«.[19] Aufgrund dieser Problematik erklärt er: »... da ... die auf Freiheit bzw. Vereinbarungen sich gründende Herrschaftsform von Tag zu Tag mehr über die autoritäre Herrschaftsform siegt, müssen wir uns jetzt an die Idee des Vertrages heranmachen ...«[19]

Nachdem er die Demokratie als auf Autorität gegründet zurückgewiesen hat, definiert er eine Föderation als »ein Übereinkommen, durch welches ... eine oder mehrere Gemeinden, eine oder mehrere Gruppen von Gemeinden oder auch Staaten sich gegenseitig und gleichermaßen die einen gegenüber den anderen für einen oder mehrere besondere Gegenstände verpflichten, für die die Verantwortung dann und ausschließlich den Beauftragten der Föderation obliegt«.[19]

Um Proudhons föderalistisches System einschätzen zu können, ist es wichtig, zunächst festzuhalten, dass es – sogar auf lange Sicht – eine Marktwirtschaft und Wettbewerb zur Voraussetzung hat. Das geht nicht nur aus seinen Feststellungen zur Konkurrenz hervor, sondern auch aus anderen Erklärungen, in denen er nicht klar macht, ob er sich auf eine Übergangszeit oder auf eine sehr lange Frist bezieht. In Proudhons föderalistischem System tauschen mutualistische Assoziationen unabhängig voneinander arbeitender Eigentümer die Erzeugnisse ihrer Arbeit und organisieren ihre Beziehungen mit Hilfe zweiseitiger Verträge, die auf gleichem Tausch beruhen. Meiner Meinung nach könnte Proudhons föderalistisches System aufgrund sowohl seiner Durchführbarkeit, als auch seiner Wünschbarkeit einer Kritik unterzogen werden.

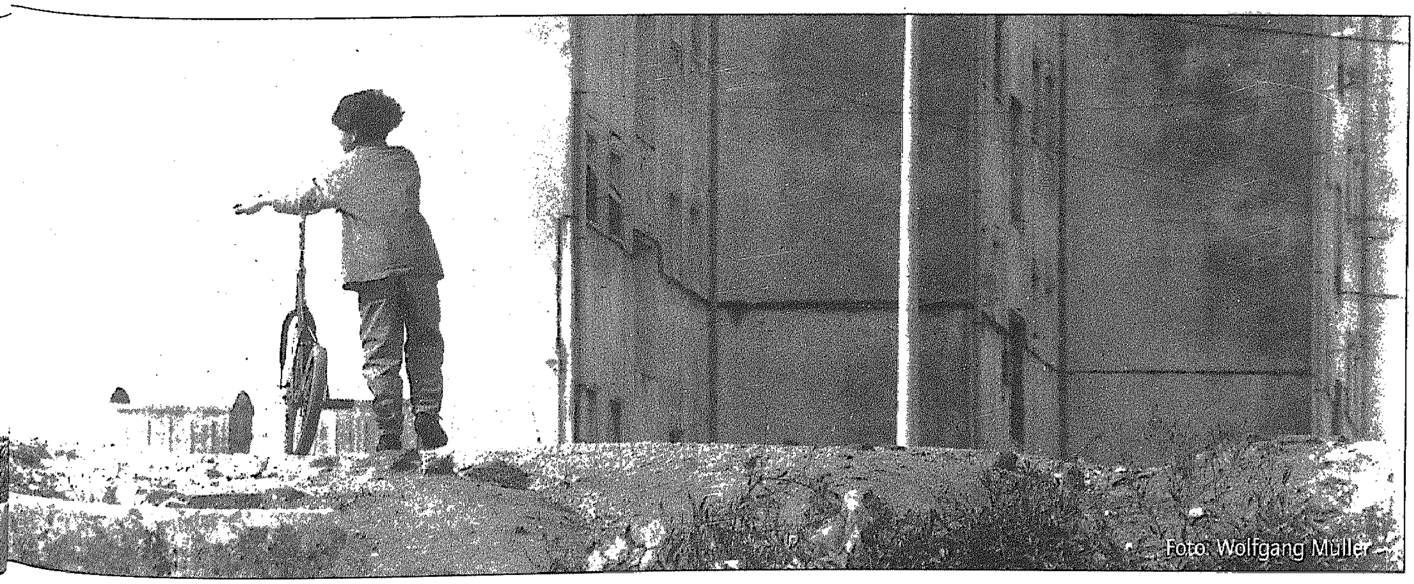
Die Kritik bezüglich seiner Durchführbarkeit könnte in Verbindung mit der Frage formuliert werden, wie eine Koordination zwischen Arbeitern als Erzeugern einerseits und Nicht-/Arbeitern als Verbrauchern andererseits in den heutigen komplexen und technologisch fortgeschrittenen Gesellschaften durch zweiseitige Verträge organisiert werden könnte. Es ist doch offensichtlich, dass die schiere Zahl von erforderlichen Verträgen entweder zur Rekrutierung eines riesigen Heeres von Bürokraten führen wird oder die Arbeiter werden den größten Teil ihrer Zeit damit verbringen, solche Verträge auszuhandeln. Darüber hinaus gibt es keinen Hinweis darauf, wie eine makroökonomische Übereinstimmung zwischen Gesamtangebot und -nachfrage, Konsum und Investition innerhalb eines auf Verträge gegründeten Wirtschaftssystems gesichert werden könnte – es sei denn, dieses System hätte einen umfassenden Planungsmechanismus im Rücken. Aber ein Planungsmechanismus, der nicht demokratisch in Versammlungen gefällte Entscheidungen zur Grundlage hat, in denen der demos (d.h. die Gesamtheit aller Bürgerinnen und Bürger) gemeinsam die Alle betreffenden makroökonomischen Ziele bestimmen kann, muß zwangsläufig in einer Art bürokratischer Zentralplanung enden. All das gesagt einmal ganz abgesehen von der üblichen Kritik gegenüber diesem Vorschlag, dass nämlich die Frage, wie die Einhaltung der Verträge durchzusetzen ist, leicht zu einer neuen Art von Etatismus führen kann.[20]

Die Kritik hinsichtlich der Wünschbarkeit von Proudhons föderalistischem System bezieht sich auf die Tatsache, dass Wettbewerb zwischen Gruppen von Arbeitern leicht zu neuen Ungleichheiten zwischen mehr und weniger wettbewerbsfähigen/produktiven Gruppen führen kann. Der Markt kann von selbst keine Gleichheit erreichen, da Unterschiede in der Produktivität notwendig zu Unterschieden in der Wettbewerbsfähigkeit führen, die ihrerseits auf der makroökonomischen Ebene neue ungeheure Ungleichheiten hervorrufen würden. Und natürlich dürfte die Einführung eines Mindestgrundeinkommens, wie es heute unter anderen von orthodoxen grünen Ökonomen[21] vorgeschlagen wird, kaum die unausweichlichen riesigen Ungleichheiten beseitigen. Ein wirksamer Plan für ein garantiertes Mindesteinkommen würde höchstens die Befriedigung von Grundbedürfnissen sicherstellen. Aber, in einer Markt- und Geldwirtschaft kann das nicht die Entwicklung ungeheurer Ungleichheiten in der Verteilung von Wohlstand und folglich in der Verteilung wirtschaftlicher Macht verhindern. Wenn darüber hinaus das vorgeschlagene Tauschsystem nicht an ein System gruppalen Eigentums an den Produktionsmitteln gebunden wird, dann ist Proudhons föderalistisches System dazu verurteilt, lediglich als eine weitere Version des kapitalistischen Systems zu enden.



Und schließlich gibt es, wie Murray Bookchin unterstreicht, keinen historischen Beleg zugunsten von Proudhons vertraglich gestütztem Assoziationsideal, was vor-hierarchische Gesellschaften angeht: »Vorschriftliche Gesellschaften haben diesem vertraglich gestützten Assoziationsideal nie angehangen; sie leisteten sogar jedem Versuch gegenüber, es ihnen aufzuerlegen, Widerstand. Sicher gab es viele Verträge zwischen Stämmen und Bündnisse mit Ausländern. Aber vertragliche Bindungen innerhalb von Stämmen haben im wesentlichen nicht existiert. Erst als die Hierarchie ihren Triumph in der frühen Welt erzielt und ihre Reise in die Klassengesellschaft begonnen hatte, fingen Gleichwertigkeit, ›Billigkeit‹ und Vertrag an, den Kontext für Beziehungen in und zwischen menschlichen Gesellschaften zu formen. Das quid pro quo des Tausches und seine ethischen Bilanzen waren schlicht bedeutungslos für eine Gemeinschaft, die von den Gewohnheiten des Nießbrauches, der Ergänzbarkeit und des äußersten Mindestbedarfes geleitet wurde.«[22]

Es ist deshalb nicht überraschend, dass Libertäre, wie Bookchin, schlussfolgern, dass Proudhons »starke Betonung individueller Eigentümerschaft, von Eigeninteresse, von vertraglichen Marktverhältnissen und einer Verteilung, die eher auf Fähigkeit als auf Notwendigkeit beruht, und seine unerbittliche Feindschaft gegen Assoziationismus und Kommunismus »dass all das überraschenderweise nicht von der herkömmlichen bourgeoisen Weisheit seiner Zeit zu unterscheiden war«.[23]



Abschließend denke ich, dass das, was wir auf dem Wege der Entwicklung eines neuen Befreiungsvorhabens brauchen, nicht in einer Rückkehr zu Marx oder Proudhon besteht, sondern statt dessen in einer Aneignung der bitteren Erfahrungen der sozialistischen Bewegung in den letzten 150 Jahren und in der Entwicklung einer neuen Art, Fragen zu stellen, die für die heutige Wirklichkeit der internationalisierten Marktwirtschaft geeignet ist. Eine Fragestellung, die die Grundlage für ein neues Projekt sein wird, das darauf abzielt, sowohl über die sozialistischen als auch über die demokratischen Traditionen hinauszugehen in einer neuen Synthese, die nicht ein bloßes neues Utopia sein wird, sondern ein Weg heraus aus der chronischen multidimensionalen Krise, in die uns die Dynamik der Marktwirtschaft und der repräsentativen Demokratie hinein geführt hat.

Übersetzt von Lutz Roemheld

1 Zit. Nach Karl Marx: Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie ... (Urausgabe), Verlag von Otto Meissner, Hamburg 1867, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 1980, S. IX, XI. (d.Ü.).

2 Pierre-Joseph Proudhon: System der wirtschaftlichen Widersprüche oder: Philosophie des Elends, in der v.Ü. überarbeiteten Fassung von Karl Grün, s.u.S.

3 Karl Marx an Johann Baptist v. Schweitzer am 24. Januar 1865 über Proudhon nach dessen Tod am 19. Januar 1865; wiedergegeben wird der Text aus Anhang 6 von Karl Marx: Das Elend der Philosophie, neu hsg. v. Hans Pelger, Dietz, Berlin – Bonn, 11. Aufl. 1979, S. 171 – 178, S. 174 u. 175; „mit den (statt fehlerhaft „dem") Utopisten" (vgl. Karl Marx: Das Elend der Philosophie, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1971, S. 221 (Anhang 4); der Textteil in ( ): eig. Übs. des französischen Wortlautes in Marx´ Brief (d.Ü.).

4 Takis Fotopoulos: Towards An Inclusive Democracy – The Crisis of the Growth Economy and the Need For A New Liberatory Project, Cassell, London 1997, ch. 8.

5 Pierre-Joseph Proudhon: Philosophie de la Misère – Karl Marx: Misère de la Philosophie (annotée par P.-J. Proudhon), édité par le groupe Fresnes-Antony de la Fédération anarchiste, t. III, s.a., s.l. p. 326 (Appendice); eig Übs. (d.Ü.).

6 Cornelius Castoriadis: The Retreat from Autonomy – Postmodernism as Generalised Conformism, in seinem World in Fragments, Stanford University Press, Stanford, 1997, pp. 32 – 46; eig. Übs. (d.Ü.).

7 Paul Feyerabend: Farewell to Reason, Verso, London 1987, p. 306; eig. Übs. (d.Ü.).

8 Cynthia Farrar, die auf das Denken des sophistischen Philosophen Protagoras Bezug nimmt. Siehe ihren Artikel Ancient Greek Political Theory as a Response to Democracy in: Democracy, John Dunn, ed., Oxford University Press, Oxford 1992, p. 24; eig. Übs. (d.Ü.).

9 Cornelius Castoriadis: Philosophy, Politics, Autonomy, Oxford University Press, Oxford 1991, p. 21; eig. Übs. (d.Ü.).

10 Peter Kropotkin: Eroberung des Brotes, Trotzdem, 1989, Kapitel 13.

11 Pierre-Joseph Proudhon: System der wirtschaftlichen Widersprüche a.a.O. (s.o.Anm. 3), s.u.S.

12 Karl Marx: Das Elend der Philosophie ... hsg. v. Hans Pelger a.a.O. (s.o. Anm. 10), S. 111 – 112.

13 S. Takis Fotopoulos: Mass Media, Culture and Democracy, Democracy & Nature, vol. 5, no. 1, pp. 33 – 64.

14 Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (Gothaer Programm), April – Mai 1875, in Karl Marx – Friedrich Engels, Studienausgabe in vier Bänden hsg. v. Iring Fetscher, Bd. III, Geschichte und Politik 1, Fischer Bücherei, Frankfurt a. M. 1966, S. 174 – 190, S. 186.

15 Pierre-Joseph Proudhon: Qu´est-ce que la Propriété? – Premier Mémoire: Recherches sur le Principe du Droit et du Gouvernement, nouvelle édition, Librairie Internationale, Paris – A.Lacroix, Verboeckhoven & Cie, Bruxelles – Leipzig - Livourne 1867, p. 29 (Übs. aus dem franz. Original durch d. Ü.).

16 Pierre-Joseph Proudhon: Über das Föderative Prinzip und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wieder aufzubauen, Teil 1, Lang, Frankfurt a.M. 1989 (Demokratie, Ökologie, Föderalismus, Bd. 6), S. 33.

17 April Carter: Authority and Democracy, Routledge, London 1979.

18 Pierre-Joseph Proudhon: Contradictions politiques – Théorie du Mouvement constitutionnel au XIXe siècle; Oeuvres complètes nouv. éd., Librairie Marcel Rivière, Paris 1952, pp. 1o5 – 303, p. 237;

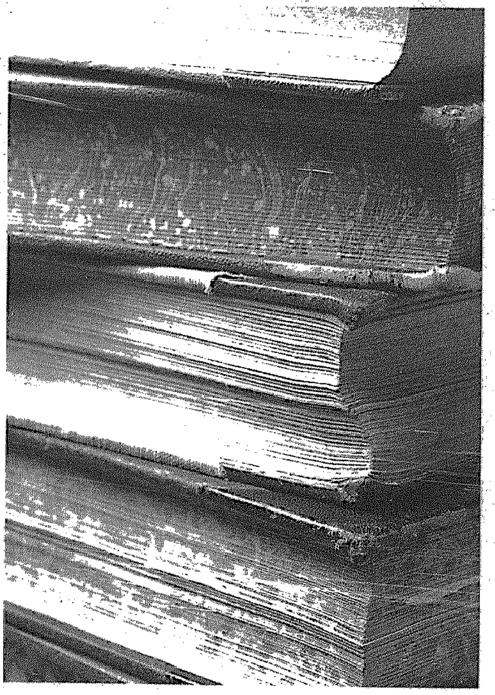
19 Pierre-Joseph Proudhon: Über das Föderative Prinzip a.a.O. (s.o.Anm. 41), S. 48.

20 Peter Marshall: Demanding The Impossible – A History of Anarchism, Harper, London 1992, pp. 252 – 262.

21 S. z.B. James Robertson: Beyond the Dependency Culture, Adamantine Press, Twickenham 1998, ch. 16.

22 Murray Bookchin: The Ecology of Freedom, Black Rose, Montreal 1991, p. 320; eig. Übs. (d. Ü.).

23 Murray Bookchin: The Third Revolution – Popular Movements in the Revolutionary Era, vol. 2, Cassell, London 1998, p. 41



nsi

»Unsere Ausrüstung war alt und schrottreif« (Kirschey) oder:

Bei beiden Neuerscheinungen handelt es sich um authentische Berichte. Harry Fisher kämpfte 19 Monate als einer von 3000 amerikanisch/kanadischen Antifaschisten in den Reihen des Lincoln-Bataillons der Interbrigaden. Helmut Kirschey ging nach seiner Tätigkeit als »Ausländerpolizist« der CNT in Barcelona 1937 an die Front zur Columna Durruti und kämpfte dort bis zu den Maitagen 1937 in Barcelona.

Die Erinnerungen Helmut Kirscheys gehen über die Ereignisse in Spanien hinaus. Kirschey beschreibt seine Jugend zwischen Hunger (im 1.Weltkrieg) und kommunistischer Opposition (seine Mutter wurde Stadtverordnete der KPD in Elberfeld). Sein Austritt aus der kommunistischen Bewegung Anfang der 30er Jahre hatte mit dem Diskussionsverbot innerhalb der KPD zu tun, das gerade jungen Aktivisten völlig unzumutbar erschien.

»Stalin ist das Licht, Stalin ist die Sonne und all dieses Geschwafel. Außerdem war die Partei zentralistisch, und man durfte Kritik nicht einmal andeutungsweise äußern. Es hieß einfach: 'Die Partei hat es so beschlossen'. Aber wer war die Partei? Das waren ein paar Figuren in Berlin. Hatten sie ein Sache entschieden, dann hieß es nur noch gehorchen. Wir jungen Leute wollten diskutieren....« (S.44)

Kirschey und einige andere Jugendliche verliessen die KPD und traten zur FAUD über. »Die anarchosyndikalistische Bewegung ... als ich eintrat bestand sie nur noch aus etwa 4000 Personen und war auf wenige Städte konzentriert. Trotzdem war die Organisation aktiv. Wir hatten eine Zeitung namens »Der Syndikalist«, einen Buchverlag, der Literatur herausgab, und außerdem Gesangsvereine und viel andere Aktivitäten. In Wuppertal hatte die FAUD gut 50 Mitglieder und wurde von Willi Benner geleitet. Etwa die Hälfte der Mitglieder gehörte der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands (SAJD) an.« (S.45)

Kirschey beschreibt die Zusammenarbeit und die Gegensätze von Anarchosyndikalisten, Kommunisten und Sozialdemokraten auf unterster Ebene, ab 1932 organisierte man gemeinsam Demos oder Schutz gegen die Nazis, wenn es allerdings um die grosse Politik ging, trennten sich die Ansichten, so sah Kirschey deutlich, dass die Komintern-These, wonach die Sozialdemokraten »Sozialfaschisten« seien, fatal war oder dass die Thälmann-Verehrung an die Stalin-Verehrung heranreichte und »widerwärtig« war. Diese Einstellung brachte ihn auch in Konflikt mit seinen Brüdern, die kommunistische Funktionäre geworden waren. Kirscheys Bericht bietet auch einen der wenigen Hinweise auf die Praxis der Schwarzen Scharen, die als anarchosyndikalistische Entsprechung zum Rotfrontkämpferbund Schutzfunktionen übernehmen wollten im Widerstand gegen die Naziübergriffe. Dabei kam es zu Schlägereien zwischen den verfeindeten Gruppen und wenn die Polizei überhaupt zugegen war und eingriff, dann zugunsten der Nazis. »Eines Abends im Juni 1932 waren wir auf dem Heimweg von einer Versammlung in Unterbarmen, als wir auf einen Trupp von SA-Leuten stießen. Die Nazis griffen uns an, und wir waren gezwungen, uns zu wehren. Wir wußten, daß die SA oftmals Leute in ihre Kasernen verschleppte und sie bis zur Unkenntlichkeit mißhandelte, aber ich hatte meine Pistole bei mir, und weil wir in der Minderzahl waren, zog ich sie und schoß einem der Angreifer ins Bein. Er hieß Unterkeller und war ein bekannter Nazi, deshalb hatte ich auch kein schlechtes Gewissen. Die Nazis suchten das Weite, und ich hatte das große Glück, nicht erkannt worden zu sein. Hätte man mich erkannt, wäre ich heute nicht mehr am Leben, sondern ihrer Rache zum Opfer gefallen, als die Nazis 1933 die Macht an sich rissen. Denn so war das: Wer wiedererkannt wurde, wer in eine solche Sache verwickelt gewesen war wie ich damals, um den »kümmerte« man sich eigenhändig.« (S.57/58)

Kirschey wurde aufgrund seiner Aktivitäten dennoch verhaftet, kam aber mit der Hindeburg-Amnestie für politische Gefangene, die weniger als ein Jahr Reststrafe hatten, 1932 nochmal

Helmut Kirschey : A las Barricadas. Erinnerungen und Einsichten eines Antifaschisten, aufgeschrieben von Richard Jändle, aus dem Schwedischen übersetzt von Dagmar Lendt, hrsg. von Andreas G. Graf und Dieter Nelles, Achterland Verlags Compagnie, Wuppertal Nov. 2000, ISBN: 3-933377-52-8

Harry Fisher: Comrades. Bericht eines US-Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg, Vorwort Pete Seeger, Übersetzung Ulrich Kolbe, Pahl-Rugenstein-Verlag , Bonn 2001, DM 36.-

»Das war nur eine von vielen Aktionen, bei denen wir sowjetische Flugzeuge zu unserer Hilfe kommen sahen.« (Fisher)

von Wolfgang Haug

frei, ehe er nach der Machtergreifung (30.1.1933) Hitlers am 1.März 1933 erneut verhaftet wurde und acht Monate lang in »Schutzhaft« zubringen musste. Im Dezember 1933 gelang ihm trotz Gestapo-‹berwachung mittels der Organisation der Syndikalisten (vgl. Walter/Wilhelms/Theissen: Anarchosyndikalistischer Widerstand an Rhein und Ruhr, Emskopp-Verlag) die Flucht nach Venlo/Holland.

Kirschey beschreibt seinen Aufenthalt in Holland und seinen weiteren Weg, wie immer illegal über die Grenzen bis nach Spanien.

»Für uns war es ein überwältigendes Erlebnis, aus der tiefsten Illegalität in Holland nach Port Bou zu kommen, wo es nur so wimmelte von Symbolen der CNT-FAI: auf Armbinden, Mützen, Halstüchern und Fahrzeugen. Wir waren so überglücklich, daß wir weinen mussten. Wir konnten kaum fassen, daß dies alles wahr war, daß wir nach Jahren der Untergrundarbeit plötzlich diejenigen waren, die die Macht hatten, daß wir gesiegt hatten.« (S.96)

In Barcelona existierte die Gruppe DAS (Deutsche Anarcho-Syndikalisten), der Kirschey bereits in Holland angehört hatte, so dass die Aufnahme problemlos funktionierte. Die Tätigkeit, die Kirschey nun übernahm war allerdings ungewöhnlich: »Die deutschen Anarchosyndikalisten hatten von den Spaniern unter anderem den Auftrag erhalten, die deutschen Nazis im Auge zu behalten, die es in Katalonien gab ... wir erhielten eine Art Amtsbefugnis als Ausländerpolizei. Eine seltsame Aufgabe für uns, die wir immer gegen jede Form von Polizei gewesen waren.« (S.99)

Fast 3000 organisierte Nazis befanden sich in Barcelona, eine Mitgliederliste, die in einem deutschen Restaurant beschlagnahmt werden konnte, erleichterte die Arbeit. Im Februar 1937 entschloss sich Kirschey an die Front zu gehen, in der Bakuninkaserne bekam er einen alten Karabiner und Munition und fuhr anschliessend nach Lèrida zur Internationalen Kompanie der Kolonne Durruti.

Der alte Karabiner illustrierte das Problem. Die anarchistische Aragonfront hätte zwar Madrid entlasten können, bekam aber nie die dazu nötigen Waffen. Vor Saragossa kamen die Bemühungen zum Stillstand: »Wir wußten, dass die Faschisten, die Saragossa hielten, schwer bewaffnet waren, und verlangten deshalb ordentliche Waffen, um die Stadt einnehmen zu können. Waffen, die wir nie bekamen. Daß man uns Anarchosyndikalisten die Waffen bewußt vorenthielt, entdeckten wir in den Maitagen 1937, als speziell ausgebildete Polizeitruppen in neuen Uniformen und mit Maschinengewehren bewaffnet nach Barcelona kamen. Maschinengewehre, die uns an der Front fehlten, die es aber offensichtlich gab.« (S.115)

Von was die Anarchisten offensichtlich in keiner Weise profitieren konnten, listet Harry Fisher im Anhang seines Buches Comrades auf: Vom Oktober 1936 bis zum Ende der Republik lieferte die Sowjetunion 648 Flugzeuge, 347 Panzer, 60 gepanzerte Fahrzeuge, 1186 Geschütze, 20486 Maschinengewehre und 497813 Gewehre.

Fishers Bericht schildert die Kampfeinsätze der amerikanischen Lincoln-Brigade. Wer sich für den Kampfalltag zwischen Granaten und Läusen interessiert, sollte das Buch lesen. Fisher diskutiert jedoch weniger die Probleme, die es innerhalb der Republik unter den verschiedenen politischen Strömungen gab. Nur anhand der Person des Anarchisten Pat Reid werden die Spannungen deutlich. Fishers eigene persönliche Haltung lässt Sympathie aufkommen. Er bezeichnet sich selbst als einen »Meckerer«, der sich nicht mit allem einverstanden erklärte, was um ihn herum vorging. Mit seinem Buch setzt er so manchem kommunistischen Mitkämpfer ein Denkmal, auch »dem wohl einzigen amerikanischen Anarchisten« des Lincoln-Bataillons. Fisher beschreibt Pat Reid als einen unermüdlichen Kämpfer voller Geschichten, mit einer Vergangenheit in der IRA und einer Fernmelderausbildung in der britischen Armee. »Wir hatten uns angefreundet, als wir gemeinsam die Pyrenäen bezwungen hatten. Ich mochte Pat trotz seiner anarchistischen Weltan-

schauung und seinen phantastischen, unglaublichen Geschichten. Viele dieser Geschichten betrafen seine Zeit in der IRA. Eine gefiel mir besonders, in der er behauptete, einen britischen Armee-LKW beladen mit Nachrichtenausrüstung »organisiert« zu haben. (...) Die Geschichte war kaum zu glauben, aber es machte Spaß, ihm zuzuhören.« (S.79) Da das Bataillon keine Nachrichtenverbindung hatte, machte Pat den Vorschlag, welche zu organisieren und bekam tatsächlich ein paar Tage Urlaub dafür. »Am nächsten Tag (fuhr) ein LKW mit Pat am Steuer vor. Der Laster war voll mit Fernmeldetechnik und Dutzenden Kabeltrommeln, Werkzeug, Feldtelefonen - allem Notwendigen zum Aufbau von Nachrichtenverbindungen.« Pat hatte ihn »organisiert«, »er stand da nur so herum, die Männer, die ihn bewachen sollten, schliefen tief und fest im Strassengraben. Der Schlüssel steckte.... Was zum Teufel soll der Kram dort im Hinterland...?« (S.79) Fisher fährt fort: »Pat wurde zum Nachrichtenchef des Bataillons ernannt. Seine erste offizielle Weisung an seine Leute war, daß nicht militärisch gegrüßt wird..... In Übereinstimmung mit seiner anarchistischen ‹berzeugung erteilte er auch niemals Befehle. Stets bat er die Männer nur, eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen. Wenn sie es nicht konnten, machte er es selbst. War die Aufgabe zu gefährlich, fragte er nicht erst, sondern erledigte sie von vornherein selbst.« (S.80) Obwohl Reid zu den besten Soldaten seiner Abteilung gehörte, wurde er aufgrund seiner anderen Ansichten schließlich doch aus dem Bataillon entfernt.

»Ungefähr zu dieser Zeit während des Rückzugs teilte mir nun Dave Doran mit, daß er Reid ins Hinterland schicken wolle. 'Das ist prima!' sagte ich. 'Der Kerl ist wirklich krank, hustet immerzu Blut. Er braucht medizinische Hilfe.' 'Nein, das ist nicht der Grund, weshalb ich ihn nach hinten schicke', erwiderte Doran. 'Er richtet viel Schaden an, redet stets und ständig gegen die Kommunistische Partei.' Ich war schockiert. Ich wußte, es würde Pat das Herz brechen, würde er aus diesem Grund abgezogen. 'Aber Dave, er spricht jetzt seit einem Jahr gegen die Kommunistische Partei, solange wie er bei den Lincolns dabei ist. Er ist wahrscheinlich der beste Soldat im ganzen Bataillon.... er hat nicht die Überzeugung eines einzigen kommunistischen Soldaten verdorben.' Etwas später kam Pat zu mir und sah elend aus. Niedergeschlagen sagte er: 'Ich werde aus dem Bataillon rausgeschmissen. Der Obercommie teilte mir mit, daß ich ein böser Bube bin und die Arbeit der Faschisten verrichte, indem ich die Partei zerstöre.«

Wenn Fisher aufgrund seiner Schilderungen ganz im Gegensatz etwa zu dem deutschen Interbrigadisten Fritz Teppich als kritischer Kommunist gelten kann, so kann Helmut Kirschey als kritischer Anarchist beschrieben werden. Allgemein wurde die Militarisierung der Milizen und die Einführung der Volksarmee von Seiten der Anarchisten abgelehnt und unterlaufen. Kirschey hingegen brachte Verständnis dafür auf: »Die Militarisierung... bedeutete unter anderem, daß die Soldaten nicht länger Freiwillige waren, sondern einberufene Wehrpflichtige. Es wurden auch Rangabzeichen eingeführt, ebenso eine Grußpflicht. Die Offiziere wurden nicht länger von den Soldaten gewählt, außerdem führte man unterschiedliche Lohnniveaus ein. Bei uns in der Durruti-Kolonne wählten die Soldaten allerdings weiterhin ihre Offiziere selbst, und es gab auch keine Grußpflicht. Viele Anarchosyndikalisten, nicht nur die Internationalen, standen der Militarisierung ablehnend gegenüber, aber ich hatte dazu eine andere Meinung. Rein praktisch gesehen war es keine Frage der Ideologie, sondern eine Frage des ‹berlebens. So, wie die Disziplin manchmal bei der Miliz war, war das notwendig. Manche Milizsoldaten ... gingen nach Hause. Sie waren ja Freiwillige. Auf diese Weise konnte man keinen modernen Krieg führen.« (S.123/124) Kirschey widerspricht vehement der kommunistischen Propaganda, dass Milizionäre übergelaufen seien, er lobt die große Motivation, kritisiert jedoch eine weitere wesentliche anarchistische Einschätzung: »Unter den Anarchisten wurde die ganze Zeit davon geredet, die Revolution zu vollenden, aber es war keine Revolution, an der wir mitwirkten, es war Krieg. Es gab keine Voraussetzungen für eine Revolution, so wie die internationale Lage war; das zu begreifen ist damals vielen schwer gefallen und tut es heute noch.« (S.124) »Folgerichtig konzentrierte die CNT ihre Kräfte zunehmend auf den Kampf gegen den Faschismus, und die soziale Revolution geriet mit der Zeit ins Hintertreffen. Die Kritiker der CNT waren und sind deshalb der Meinung, die CNT habe ihre Ideale verraten. Meiner Auffassung nach war es nicht die CNT, die ihre Ideale verriet; die Organisation tat alles, was unter den herrschenden Bedingungen möglich war. Verraten wurde Spanien von der internationalen Arbeiterbewegung und den westlichen Demokratien. Zwar kam Geld und Unterstützung von der Arbeiterbewegung, aber das war nicht das was am dringendsten gebraucht wurde. Was wir brauchten, waren Waffen....« (S.125)

Wie traumatisch diese Erfahrung gewesen sein muss, keine geeigneten Waffen gehabt zu haben, um Francos Truppen aufzuhalten, belegt Kirscheys Schilderung der Kämpfe bei Sarinena. Die Kampfschilderungen Kirscheys und Fishers zeigen trotz der verschiedenen Gruppierungen, denen sie angehörten und der verschiedenen Ausstattung mit Waffen, einige Gemeinsamkeiten. Die faschistische Seite war aufgrund der deutschen und italienischen Unterstützung beiden materiell deutlich überlegen. Die Aufrichtigkeit und Solidarität der Kämpfenden stand sich in nichts nach, und trotz der grossen Anerkennung für die Internationalen wurden doch beide Gruppen aus politischen Gründen am Ende mehr oder weniger aus Spanien abgeschoben. Auch das Ende der beiden Bücher, in denen beide Spanienkämpfer über ihre Rückkehr in den 80er/90er-Jahren nach Spanien erzählen, weist interessante Parallelen auf.

Die Lektüre ist spannend und lässt trotz vieler Antworten auch Fragen offen. Die Frage nach der »richtigen« Organisation beispielsweise. Nimmt man Kirschey's Biografie, so führt sein Weg von der kommunistischen Jugend, über die anarchosyndikalistische Jugend, die FAUD, die DAS, die schwedische SAC zurück zur schwedischen kommunistischen VPK und das obwohl Kirschey in Spanien nach den Maitagen monatelang von russischen Kommunisten verhaftet und verhört worden war. Dabei wird deutlich, dass die jeweiligen Organisationen nur zeitweise in der Lage waren, den politischen Aktivitäten Kirscheys eine angemessene Plattform zu bieten.



SF Nr. 71, Sozialstaat und Rassismus

Der vorliegende Beitrag ist weitschweifig, ideologisch orientiert, selbst in der versuchten historischen Analyse unwissenschaftlich, was schlicht daran liegt, der Autor bringt seine Vorurteile ein und kann dabei auf konkrete Fakten verzichten.
In der Frage Armut wäre es interessant zu erfahren, ob die Libertären eigene Ideen zur Lösung der sozialen Probleme vertreten oder nur ihre Utopien anbieten.
Armut ist ein sehr relativer Begriff. Es gibt in vielen Ländern eine relative Armut, aber eine absolute Armut reduzierte sich in den meisten Ländern der Welt. So ist allein 1997 die Armut in den letzten 50 Jahren weitaus stärker gesunken als in den letzten 500 Jahren. Länder wie Hongkong, Taiwan, Singapur, Israel, Chile und auch Schweden erreichten einen vergleichbaren Lebensstandard wie die USA und Japan.
Das Berliner Institut für Wirtschaftsforschung prophezeite 1991, dass der Sozialstaat sich vor den schwersten Belastungsproben befindet, weil sich die Kosten nicht mehr finanzieren ließen, Einschränkungen notwendig werden.

Die Kosten der Wiedervereinigung wurden aus den sogenannten Solidarkassen bestritten. Wäre dieses nicht der Fall, besäßen heute die Rentenversicherung einen Überschuss von rund 70 Milliarden Mark, die Arbeitslosenversicherung sogar von 120 Milliarden Mark. Der gescheiterter Kommunismus belastete die staatlichen Kassen, was gerne von den Linken verschwiegen wird. Allein 1991 beliefen sich die Aufwendungen für die soziale Sicherung im Osten auf 153 Milliarden Mark. 70 Prozent des Bruttosozialprodukts in der ehemaligen DDR entstanden durch Transferzahlungen. Konkret: die Ostdeutschen erwirtschafteten nur 30 Prozent des Geldes, das in den neuen Bundesländern ausgegeben wird.
Steuern dienen zunächst immer der Machterhaltung, dazu gehören die Kosten für die Regierung, dem Militär und sind zunächst für jene Schichten vorgesehen, die dem Staate dienen. Dazu kann man sich das Niveau der Diäten, Bezüge der Politiker bis hin zum Beamten vergegenwärtigen.
Nach Mümken werden Ausländerinnen, Obdachlose und Kranke „rassistisch" ausgegrenzt, nur wie bei all seinen Aussagen findet sich kein konkreter Beleg.

Es gibt begründete Argumente gegen den Sozialstaat, insofern Alternativen einbezogen werden, die diesen obsolet machen und Menschen in die Lage versetzen, dass sie für sich selbst besser sorgen und dazu keinen politischen Vormund benötigen.
Besser wäre, wenn sich die SF Autoren intensiver mit einem Thema befassen, sie Begriffe definieren, insbesondere Aussagen auch faktisch begründen.
Wie, um zum Schluss nur eine Frage anzudeuten, lassen sich soziale Ungleichheiten beschreiben, die nach Mümken zu den Existenzbedingungen des Liberalismus gehören?
Augustin Souchy beschrieb in einem Gespräch, man habe Techniker besser bezahlen müssen, weil man diese brauchte. (1936 –39, Katalonien) Wie wollen Libertäre mit unterschiedlichen Talenten und Begabungen umgehen? Sind sie nicht vollends zum Scheitern verurteilt, wenn sie sich nur auf Randgruppen reduzieren, was schon Rudolf Rocker für falsch hielt?
Gerechtigkeit ist ein sehr schwammiger Begriff. Das wusste schon der Soziologe J. P. Proudhon, der berichtetet, dass Katharina die Große Feste am Hofe liebte, dazu eine berühmte Sängerin aus Paris kommen ließ, diese aber eine Gage erwartete, die Katharina nicht zahlen wollte, weil eine derartige Summe ihre Feldmarschälle nicht im Jahr erhielten. Darauf die Sängerin: Dann bitte, Majestät, lassen sie Ihren Feldmarschall singen.
Glück und Freiheit
Uwe Timm

SF Nr. 71, Rücktitel

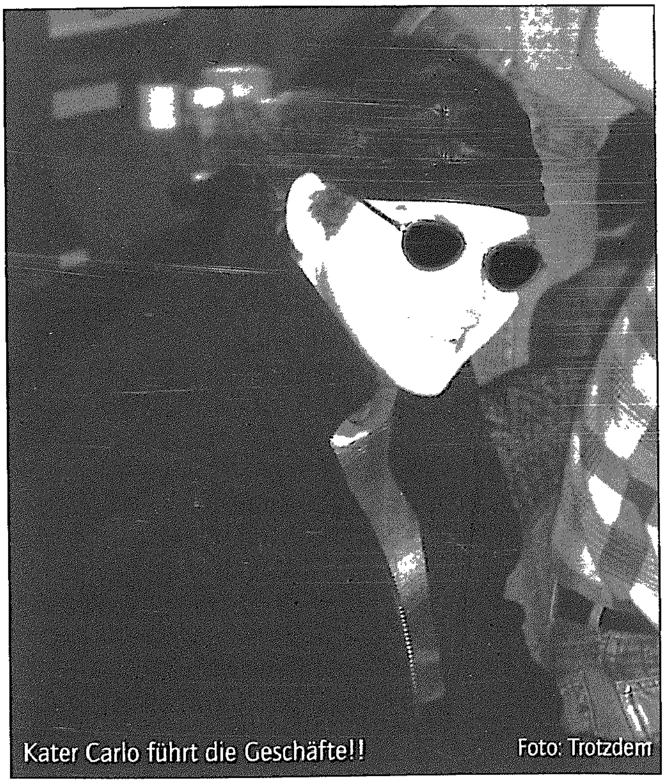
Sehr übel aufgestossen ist uns die Rückseite des letzten SF.
Ihr seid da offentsichtlich dem allgemeinen Trend aufgesessen, die Hitler sozusagen als DIE Ikone des Deutschtums ständig vermarkten sprich in Wort oder Bild abdrucken müssen. Ihr stilisiert ihn damit genauso unreflektiert zu einer Art Popikone hoch ,wie das sehr auffällig gerade überall in der »teutschen« Presselandschaft stattfindet, ob das nun positiv oder negativ oder einfach wie bei euch »nur lustig« gemeint ist.Es leistet dem eh schon viel zu stark aufkommenden neuen Nationalgefühl vorschub, die das Vergangene als vergangen betrachten und nun auch noch ihre Witzchen darüber machen dürfen – da läuft einem wirklich der kalte Schauder herunter und dies kann nicht scharf genug kritisiert werden. Spiegelt dies eigentlich die gesamte Redaktionsmeinung wieder ? oder auf welchem Mist ist das gewachsen? denn als Ausrutscher kann es wirklich nicht durchgehen und es sollte von euch auch eine Stellungnahme dazu kommen.
trotzdem Grüsse freie radikale

Wir haben diese Einladungskarte von Scientologen auf der Buchmesse überreicht bekommen und fanden es sehr überraschend, dass sie mit Bildern illustriert waren, die in uns sofort die Assoziation von Faschismus hervorgerufen haben. Obwohl die Scientologen jeden verklagen, der sie in die Nähe von Nazis bringt. Dies brachte zwei Redakteure darauf, dass das ein interessanter Rücktitel werden könnte. Eine Erklärung hierzu hätte es bedurft. Das ist nicht geschehen. Sorry. *ar*

Trotzdem Verlags in Frankfurt gegründet

Nach einjähriger Vorbereitung fand am 1. April 2001 im Club Voltaire in Frankfurt die Gründungsversammlung der Trotzdem Verlagsgenossenschaft statt. Am 8.4. wurden die Unterlagen beim Genossenschaftsregister und der IHK eingereicht. Die jetzt gegründete Verlagsgenossenschaft wird nach der Eintragung ins Genossenschaftsregister den Trotzdem Verlag komplett mit allen Büchern und Rechten übernehmen und das Programm weiterführen. Auch personell kann der Verlag kontinuierlich weiterarbeiten. Wolfgang Haug, Verleger und Inhaber des Verlags seit 1978, wurde gemeinsam mit Dieter Schmidt und Uli Steinheimer in den Vorstand gewählt. Zusammen haben sie seit mehr als einem Jahr die Umwandlung in die Genossenschaft vorbereitet und werden in Zukunft für den Verlag verantwortlich sein. Darüber hinaus wurden mit Ralph Müller, Herby Sachs, Michael Wilk, Harald Romacker und Heinz Auweder fünf Personen in den Aufsichtsrat gewählt, die dem Trotzdem Verlag bereits seit langem verbunden sind.

Die Genossenschaft ist Mitglied im Berliner Prüfungsverband der klein- und mittelständischen Genossenschaften. Der Prüfungsverband, der bereits die Gründung mit rechtlichen und wirtschaftlichen Ratschlägen und Informationen begleitet hat, wird auch in Zukunft mit seinen jährlichen Gutachten den Aufsichtsrat und die Mitgliederversammlung über die ökonomische Situation der Genossenschaft informieren. Die Mitgliedschaft in einem Prüfungsverband ist per Gesetz vorgeschrieben, um den Mitgliedern über die Gutachten unabhängige Informationen über die finanzielle Situation der Genossenschaft zu gewährleisten. Das Gründungsgutachten wurde erstellt, es fiel positiv aus und wurde ebenfalls beim Genossenschaftsregister eingereicht.



Kater Carlo führt die Geschäfte!! Foto: Trotzdem

Regelmäßige Informationen über die Genossenschaft oder Einladungen zur Mitgliederversammlung werden im Schwarzen Faden, auf der web site (www.txt.de/trotzdem) und nach Möglichkeit in der Graswurzelrevolution und den Contraste zu lesen sein.

Die bisherigen Schwerpunkte im Trotzdem-Programm (u.a. anarchistische Theorie und Geschichte, Klassiker des Anarchismus, aktuelle libertäre Theorie und Wissenschaft, Staats- und Gesellschaftskritik) sollen konzentriert weitergeführt werden. Für das Jahr 2001 und das Frühjahr 2002 werden folgende Bücher vorbereitet.

Das ursprünglich in Kooperation mit dem Münchner Marino-Verlag entstandene Buch über Noam Chomsky (Manufacturing Consent, dt. Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung) wird von der Genossenschaft – nach dem Verkauf von Marino an Frederking & Thalmann – im Alleingang neu aufgelegt; für 2002 arbeitet Michael Halfbrodt bereits an einer Ausgabe mit politischen Schriften des libertären Sozialisten Cornelius Castoriadis; Helmut Richter, Michael Schiffmann und Wolfgang Haug arbeiten an der Übersetzung von Takis Fotopoulos Buch »Towards an inclusive democracy« (Wege zu einer integrativen/inklusiven Demokratie), dieses Buch setzt im Verlag die Diskussion um die Neugestaltung der Gesellschaft fort, die mit Büchern von Murray Bookchin und Janet Biehl seit 1992 intensiv verfolgt wird. Die Stärke von Takis' Buch liegt dabei in der ausführlichen Analyse der Krise der heutigen »Wachstumswirtschaft« und endet mit einem Konzept für eine menschliche Gesellschaft, die den Weg aus der Sackgasse von internationalem Kapitalismus und Staatssozialismus findet. Die historische Reihe im Verlag wird mit der Neuauflage von William Morris Utopie »Kunde von Nirgendwo« weitergeführt. Diese Utopie, die u.a. auch in der Auseinandersetzung mit Kropotkin entwickelt wurde, ist auch heute noch ein Lesegenuss, das aktuelle Nachwort für die Neuauflage schrieb Ulrich Klemm. Schliesslich werden gleich zwei Titel zur Erweiterung des Frankfurter Flughafens vorbereitet. Zwei deshalb, weil es zwei verschiedene Bedürfnisse abzudecken gilt. Das eine Buch »Der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens im Spannungsfeld globaler Entwicklung« wird versuchen die Hintergründe für den Flughafenausbau zu analysieren und eine kritische Herangehensweise aus libertärer Sicht zu entwickeln. Das zweite Buch wird als Jahrbuch konzipiert, das konkrete Fra-

genossenschaft

gen und Probleme in der Auseinandersetzung mit der Flughafengesellschaft und den regionalen und lokalen Politikern aufgreifen will und auch Mitglieder der wieder aktiven BIs einbezieht. Beide Bücher werden von einer Vorbereitungsgruppe aus Mainz, Wiesbaden und Frankfurt konzipiert, organisiert und diskutiert.

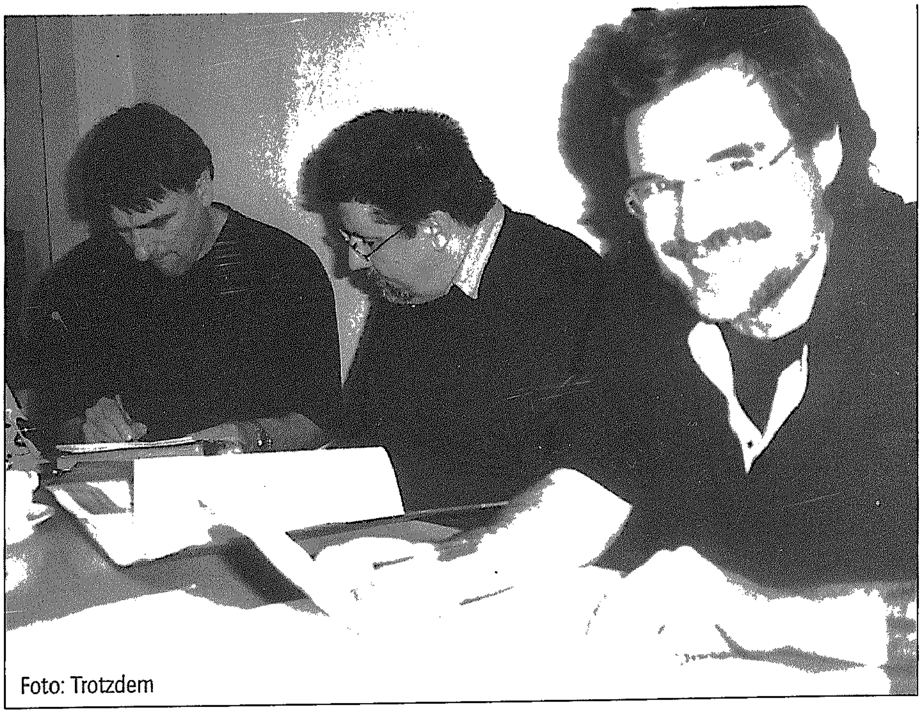


Foto: Trotzdem

Neben dem »klassischen« Produzieren von Büchern, denkt die Verlagsgenossenschaft aber auch das Produzieren von CDs an. Nach dem Vorbild von AK-Press in den USA, die sehr erfolgreich Reden von Noam Chomsky, Jello Biafra, Howard Zinn und Mumia Abu-Jamal oder einen Mix von Chumbawamba-Musik und Chomsky-Rede vertreiben, sind wir an einer Erweiterung in dieser Richtung interessiert und auch für Vorschläge offen.

Ein wesentlicher Eckpunkt für die weitere Entwicklung der Genossenschaft wird auf einer intensiveren Öffentlichkeitsarbeit beruhen. Seit der Linken Literaturmesse in Nürnberg 2000 haben wir damit begonnen, eine Chomsky-Veranstaltung überregional anzubieten. Der Chomsky-Kenner und Übersetzer Michael Schiffmann zeigt bei diesen Veranstaltungen Ausschnitte aus dem Film »Manufacturing Consent«, liest Passagen aus den Büchern »Die politische Ökonomie der Menschenrechte« (Trotzdem) und »Der neue militärische Humanismus« (edition 8, Zürich). Dabei legt Michael Schiffmann den Schwerpunkt auf durchaus umstrittene Positionen Chomsky's, die Stoff für intensive Diskussionen bieten.

Mit der Gründung der Trotzdem Verlagsgenossenschaft ist es zum ersten Mal nach langer Zeit wieder gelungen, ein breites anarchistische Projekt zu initiieren. Bisher haben exakt 111 Einzelpersonen, Gruppen oder Kollektive ihren Beitritt erklärt und die Einlage überwiesen (Stand 20.4.). Weitere 32 haben angekündigt einzutreten. Mit den Einlagen dieser Mitglieder ist die finanzielle Basis für die ersten Schritte der Genossenschaft - Übernahme des Verlags und die Produktion der ersten Bücher gesichert. Auf Dauer ist die dadurch entstandene Grundlage aber noch zu schmal. Um alle Vorhaben und Ideen in Bücher umsetzen zu können, braucht die Genossenschaft weitere Mitglieder. Darum wird die Vorstellung des Genossenschaftsmodells und die Werbung neuer Mitglieder eines der wichtigsten Aufgaben der nächsten Monate sein. Zusammen mit Buch- oder Infoläden, libertären und autonomen Zentren oder anderen Interessierten sind bereits einige Veranstaltungen geplant, die über Modell, Programm, Pläne und Ideen der Trotzdem Verlagsgenossenschaft informieren werden.

Natürlich ist eine anarchistische Genossenschaft immer auch ein politisches Projekt. Mit ihren Anteilen sichern die Genossinnen und Genossen die publizistische Verbreitung libertärer Erfahrungen, Sichtweisen und Denkansätze und befruchten jenseits der jährlichen Mitgliederversammlung mit ihren Ideen, Vorschlägen, der Organisation von Veranstaltungen oder der Werbung neuer Mitglieder deren künftige Entwicklung.

Die Mitgliedschaft in der Genossenschaft steht allen Interessierten offen. Jedes Mitglied muss mindestens einen Anteil in Höhe von 250 Euro (ca. 500 DM) zeichnen, kann sich aber auch mit einem Vielfachen davon beteiligen. Die Genossenschaftsmitglieder bekommen einen Mitgliedsrabatt von 30% auf alle Bücher des Verlags. Die Genossenschaft als Struktur erschien uns als das »demokratischste öffentliche Organisationsmodell«, weil es unabhängig von der Höhe der Einlage, jedem Mitglied das gleiche Stimmrecht einräumt.

Wolfgang Haug & Dieter Schmidt

Informationen über den Trotzdem Verlag, die Genossenschaft und die Möglichkeiten, sich an ihr zu beteiligen sind beim Verlag zu erhalten:
Trotzdem Verlag, Postfach 1159, 71117 Grafenau,
Fax 07033 - 45264,
e-mail: trotzdemusf@t-online.de

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb:
Trotzdem-Verlag, Grafenau
Das Redaktionskollektiv entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. Anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Redaktion dieser Ausgabe:
Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt.

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel per Datenträger. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als txt-Datei auf MAC-Basis, mcw-Datei auf DOS-Basis, als rtf-Datei oder als e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern

Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):
Kleinanzeige: 40.– DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm): 150.– DM
ganze Spalte (5,4x27 cm): 300.– DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm): 250.– DM
1/2-A-4-Seite: 450.– DM
1 A-4-Seite: 1000.– DM
Beilagen 400.– DM
Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Anzeigen, wenn es möglich als digitale Vorlagen. Am liebsten als EPS- (Text in Kurven konvertiert), PDF- (druckfähig!), oder TIFF-Dateien.



Foto: K. Goergen/version

Trotzdem Verlagsgenossenschaft

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der zukünftigen Trotzdem Verlagsgenossenschaft werden
und zeichne ... Genossenschaftsanteile zu je 500 DM DM.

Den Gesamtbetrag über ... DM überweise ich innerhalb eines Monats auf das Konto
Wolfgang Haug
Volksbank im Kreis Böblingen
Konto 452 622 000
BLZ 603 9000

Das Geld ist für die im Jahre 2001 zu gründende Trotzdem Verlagsgenossenschaft bestimmt.
Und darf nur zu diesem Zweck verwendet werden.

Alle Unterzeichner/Unterzeichnerinnen dieser Beitrittserklärung werden zur Gründungsversammlung eingeladen und können bei Interesse daran teilnehmen.

Persönliche Angaben

Name/Vorname: ....

Adresse: ....

PLZ/Ort: ....

Tel/Fax/E-Mail : ....

Ort/Datum: ....

Unterschrift: ....

Die Beitrittserklärung bitte an

Trotzdem Verlag
Postfach 11 59
71117 Grafenau
Fax (0 70 33) 4 52 64

Postvertriebsstück *E9860* Entgelt bezahlt*
ISSSN 0722-8988
Trotzdem Verlag, PF1159, 71117 Grafenau



»Auf der Straße wehte der würzige Geruch von Rauke, die Rebstangen hingen voller reifer, goldgelber Trauben, die Luft war erfüllt von ihren Duft. Da habe ich mir gesagt: Lohnt es sich wirklich, zur Arbeit zu gehen und dort womöglich für zehntausend Lire Schimmel anzusetzen? Wer gibt mir jemals solchen Morgen wieder, zehntausend Lire, was sind schon lumpige zehntausend Lire, die sind doch nie auch nur einen Atemzug dieser Luft hier wert. Und dann bin ich raufgegangen, hab eine Flasche geholt und bin damit ziellos über die Felder und Wiesen gestreift, weit weg vom Dorf.«

aus: Tommaso di Ciaula, Der Fabrikaffe und die Bäume; Wagenbach